

7. Sitzung — 7^e séance

Dienstag den 24. September 1935, 8 Uhr.

7. Sitzung - 7^e Séance

Dienstag den 24. September 1935, 8 Uhr.

Mardi le 24 septembre 1935, à 8 heures.

- - -

Präsident = président: Hr. Schüpbach.

Mitglieder = membres : anwesend = présents: 177.

abwesend = absents : 10.

Mit Entschuldigung = excusés: HH. Cailler, GrosPierre, Hardmeier,
Müller-Zürich, Oeri, Schneller, Steinmetz.

Ohne Entschuldigung = non excusés: HH. Dicker, Kuntschen, Rosselet

- - -

Tagesordnung

Ordre du jour

15/3296 n Bundeshilfe an den Kanton Neuenburg.

Aide au canton de Neuchâtel.

12/3259 s Offiziersschulen und -kurse. Abänderung des Bundes-
beschlusses.

Ecoles et cours d'officiers. Modification de l'arrêté
fédéral.

21/3264 s Internationale Arbeitskonferenz. 18. Session.

Conférence internationale du travail. 18^e session.

3/3291 n Volksabstimmung vom 2. Juni 1935 (Kriseninitiative).
Erwahrung.

Votation populaire du 2 juin 1935 (initiative de crise).
Résultat.

30/3237 - Postulat Balmer. Amtliches Reisebureau.- Bureau officiel
de voyage.

40/3248 - Postulat Gafner. Erhöhung des Bundesbeitrages an die
Schweiz. Verkehrszentrale.- Relèvement de la sub-
vention à l'office suisse du tourisme.

67/3276 - Interpellation Moser-Thalwil. Krise in der Seiden-
industrie. - Crise de la soierie.

- - -

Auf Antrag des Präsidenten wird das Geschäft Nr. 85/3307 der Kommission zugewiesen, die das Geschäft Nr. 3203 (Volksbegehren betreffend die Freimaurerei) behandelt hatte.

Sur la proposition du président, l'objet no. 85/3307 est renvoyé à la commission qui avait traité l'objet no. 3203 (initiative sur la franc-maçonnerie).

- - - - -

15/3296 n Bundeshilfe an den Kanton Neuenburg.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 13. September 1935 (BBl II, 325)

Anträge der Kommission vom 18. September 1935:
(s. Beilage Nr. 20 a).

Berichterstatter: HH. Stähli-Bern und Troillet.

15/3296 n Aide au canton de Neuchâtel.

Message et projet d'arrêté du 13 septembre 1935
(FF II, 326)

Propositions de la commission du 18 septembre 1935:
(v. annexe no. 20 a).

Rapporteurs: MM. Stähli-Berne et Troillet.

S t ä h l i -Bern, Berichterstatter: Die allgemeine Wirtschaftskrise, die im Jahre 1930 eingesetzt hat, wirkt sich auf allen Gebieten immer mehr aus. Man sucht ihre Auswirkungen mit vermehrter Inanspruchnahme der öffentlichen Finanzen entgegenzutreten. Dabei muss immer wieder betont werden, dass auch diese Quellen nicht unerschöpflich sind. Gerade der Kanton Neuenburg, der uns heute im Ratssaale beschäftigt, ist ein schlagendes Beispiel, das uns zeigt, wie rasch unter Umständen sogar ein Kanton am Ende seiner Finanzkraft sein kann.

Seit dem Mai des Jahres 1932 hat der Kanton Neuenburg durch seine Behörden verschiedene Hilfsgesuche an den Bund geleitet, um dem Kanton finanziell beizustehen. Durch die Verkettung von vielen schlimmen Umständen muss heute auch noch die Kantonalbank saniert werden, wofür wiederum die Finanzen des Bundes in Anspruch genommen werden sollen.

Wie ist die Notlage entstanden? Ein Ueberblick über den Kanton Neuenburg und seine wirtschaftlichen Verhältnisse wird uns die Antwort erleichtern. Topographisch zerfällt der Kanton Neuenburg in drei Teile: Das schmale Seeufer am Südhang des Jura, wo hauptsächlich der Weinbau zu Hause ist. Er nimmt heute ungefähr eine Fläche von 700 Hektaren in Anspruch. Auf einer Höhe von ca. 800 m befinden sich die Hochplateaux, "les vallées" genannt, wo landwirtschaftlich genutzter Boden ist, der ähnlich bewirtschaftet wird wie in den Ebenen des Jura überhaupt. Der grösste Teil des Kantons entfällt aber auf Berggebiet, 900 und 1000 m Höhe, wo die landwirtschaftliche Nutzung sich naturnotwendig beschränkt auf Wiesenbau und Weide, ein Gebiet, das uns auch aus dem übrigen Jura bekannt ist, in dem die einzelnen Betriebe, die Höfe, vielfach unter dem Mangel an Trinkwasser leiden. Das sagt uns, dass die natürliche Fruchtbarkeit im Kanton beschränkt ist, dass die Landwirtschaft nur in der Lage ist, eine beschränkte Anzahl Leute zu ernähren. Dagegen wissen wir, dass der Kanton Neuenburg sehr stark industrialisiert ist. Von 1000 Erwerbstätigen entfielen 1930 561 auf Industrie und Gewerbe und nur 115 auf die Urproduktion. Wenn wir die Verhältnisse der Schweiz damit vergleichen, so ergibt sich, dass auf 1000 Erwerbstätige immer noch 210 in der Landwirtschaft ihren Erwerb finden. Daraus ergibt sich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kantons Neuenburg eine gewisse Eigenart. Er hat eine sehr dichte Bevölkerung: 156 Personen auf den Quadratkilometer. Die Industrie ist hauptsächlich die Uhrenindustrie, und sie konzentriert sich auf den höheren, bergigen Teil des Kantons, mit den Zentren La Chaux-de-Fonds und Le Locle. Wir dürfen sagen, dass eine ähnliche Massierung der Uhrenindustrie nur noch im bernischen Bezirke Courtelary bekannt ist. Aber als Kanton betrachtet dürfte eine ähnliche Zusammenballung einer einzigen Industrie in unserem Lande nicht mehr zu finden sein. Die Uhrenindustrie beschäftigt in der Schweiz 5 % der Erwerbstätigen, im Kanton Neuenburg 25 %; in vielen Gemeinden

des Kantons leben bis 75 % der Bevölkerung aus der Uhrenindustrie. Man kann aus diesen Tatsachen eine Schlussfolgerung ziehen: nämlich, dass die Volkswirtschaft des Kantons Neuenburg sehr konjunkturrempfindlich ist. Dass der wirtschaftliche Aufstieg bis an das Ende des Weltkrieges andauert hat, ändert an unserer Feststellung nichts.

Man kann an diese Tatsache verschiedene Fragen knüpfen. Es drängt sich z.B. der Gedanke auf, ob die Behörden des Kantons Neuenburg dem Faktor der Konjunkturrempfindlichkeit seiner gesamten Wirtschaft genügend Rücksicht getragen haben. Das ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann. Die Zeit reichte auch nicht hin, um allen derartigen Erwägungen nachzugehen.

Ich sagte, dass die Uhrenindustrie ein krisenempfindlicher Erwerbszweig sei. Nach dem Weltkriege machte sich ein starker Rückgang im Export geltend; er zeitigte im Kanton Neuenburg ganz ernste Folgen. Ich möchte diese erste grössere Krise der Nachkriegszeit mit einigen Zahlen beleuchten. Noch im Jahre 1920 hatte die Uhrenindustrie einen Export von 325,8 Millionen; im Jahre darauf sank er auf 169 Millionen. Von 1921 an ist er wieder angestiegen und hat im Jahre 1924 wieder 372 Millionen erreicht. Die Krise der Jahre 1920 bis 1923 war sehr scharf, aber auch die Erholung hat sich innert weniger Jahre vollzogen. Wir haben wiederholt gehört, dass in dieser sogenannten Scheinkonjunktur für viele Kreise und namentlich auch für die öffentlichen Finanzen ein gewisses Verhängnis lag. Es sollte nun aber in der zweiten Krise, die im Jahre 1930 begonnen hat, vollständig anders kommen. Im Jahre 1929 verzeichneten die Uhrenindustrie noch einen Export von 307 Millionen, im Jahre 1932 noch 86 Millionen. Seither konstatieren wir einen leichten Anstieg auf 96 Millionen im Jahre 1933, 109 Millionen für 1934. Um diese Lage zu würdigen, müssen wir daran denken, dass seit 1896 der schweizerische Uhrenexport die 100 Millionen nie mehr unterschritten hat bis zum Jahre 1932. Dabei ist zur richtigen Beurteilung der Lage beizufügen, dass die Produktionskapazität der Uhrenindustrie durch

Verbesserung der Einrichtungen in den Fabriken ganz bedeutend gestiegen ist.

Es wird sich niemand verwundern, dass dieser Rückgang seine Folgen auf dem Arbeitsmarkt gezeitigt hat; und wir konstatieren auch, dass auf 1000 unselbständig Erwerbende die Zahl der Stellensuchenden im Kanton Neuenburg vor der Krise noch 8,5 gegen 5,7 für die ganze Schweiz betrug. Aber in den Jahren 1930 bis 1932 ist diese Zahl auf 27 bis 81 gestiegen, während sie in der gesamten Schweiz auf 9 bis 38 gestiegen ist. In den drei Jahren konstatieren wir somit in Neuenburg eine dreimal grössere Arbeitslosigkeit als im Gesamtgebiet der Schweiz. In den Jahren 1933 bis 1935 steigt diese Zahl der stellensuchenden unselbständig Erwerbenden in Neuenburg auf 96 bis 97; in der gesamten Schweiz sind es 45 bis 57. In der Gegenwart haben wir also im Kanton Neuenburg die doppelte Zahl der Stellensuchenden wie in der übrigen Schweiz. Deshalb sagt auch der Bundesrat in der Botschaft, dass die Krise den Kanton Neuenburg ganz besonders hart mitgenommen hat.

Die verfügbare Zeit reicht nicht aus, um eine vollständige Darstellung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse des Kantons Neuenburg zu geben; die wenigen Hinweise sollen genügen. Sie werden ohne weiteres in der Lage sein, daraus Schlüsse zu ziehen, in welchem Masse dadurch die Finanzen der Gemeinden, aber auch des Kantons und nicht zuletzt auch der Kantonalbank beeinflusst worden sind. Bereits im Jahre 1920 haben der Staat Neuenburg wie auch seine grössten Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle sehr stark gelitten. Schon damals haben sie sich sehr stark verschuldet, um den Mehrausgaben zur Bekämpfung der verschiedenen Krisenfolgen zu begegnen. Leider wurde in den folgenden Jahren der sog. Scheinkonjunktur 1924 bis 1930 diese Lasten nur ausserordentlich wenig abgetragen. So hat sich die Finanzlage der Stadt La Chaux-de-Fonds - die Herren werden es mir nicht verübeln, wenn ich sie "Stadt" nenne, obschon sie ihren Stolz darein setzen, dass sie im "grössten Dorf" wohnen - um 10 Millionen verschlechtert; abgetragen wurden bis Ende 1929

nur 2 Millionen. Man darf somit beifügen, dass die Gemeinden des Kantons Neuenburg bereits ^{mit} geschwächten Finanzen in die Krise der Jahre 1930 bis 1935 hinein geraten sind.

Es steht uns nicht an, darüber ein Urteil zu fällen; allein, wie an vielen andern Orten darf man sagen, dass die Leute, inklusive die verantwortlichen Behörden, damals die Lage doch zu optimistisch beurteilt haben und dass daraus die Neigung, sich mit Anleihen zu helfen, sich zu verschulden, entsprechend stärker zum Ausdruck kam. Am meisten betroffen wurden, wie Sie schon wissen, die beiden Städte La Chaux-de-Fonds und Le Locle. Ich verweise auf eine Bemerkung im Expertenbericht, der auf Veranlassung der Bankenkommission erstellt wurde, wo es heisst, dass man an vielen Orten im Kanton allzu sehr auf die Hilfe von auswärts gewartet und gerechnet hat.

Parallel mit der Lage der Gemeinden verschlechterte sich auch die Finanzlage des Kantons, und so war er nicht mehr in der Lage, seine Gemeinden zu entlasten. Das kommt zum Ausdruck, wenn wir uns einen Moment mit den Lasten der Arbeitslosenfürsorge befassen, die der Kanton zum grössten Teile aufgebracht hat. Es waren 561.000 Fr. im Jahre 1930, 1,8 Millionen Fr. im folgenden Jahre. Seit dem Jahre 1933 sind es immer 3,5 - 3,3 Millionen Fr. Also eine ganz ausserordentliche Belastung. Und darin ist nicht alles enthalten; denn gleichzeitig sind auch die Armenlasten gewachsen, und ganz besonders drückend wird heute vom Kanton wie auch von den Krisengemeinden die Belastung empfunden, die durch die Zinsverpflichtung der Darlehen entstehen. So ist es nicht verwunderlich, wenn die beiden Städte in ihren Eingaben die Frage an den Bundesrat richten, ob es nicht möglich sei, die ursprünglich kontrahierten Zinssätze mit Rücksicht auf die allgemeine Lage herabzusetzen, um ein Beispiel zu nennen auf etwa 3 %.

Nicht nur die Ausgaben steigen in den Krisengebieten, sondern wir haben auch Veränderungen der Einnahmen. Die Entwicklung der Einnahmen im Kanton zeigt eine stark absteigende Kurve. Das

steuerbare Einkommen ist bedeutend zurückgegangen. Wenn wir im Kanton die Gesamtsumme des Jahres 1930 mit 100 annehmen, so waren es im Jahre 1934 noch 78,6 & des steuerpflichtigen Einkommens. Das ist ein Rückgang, den man anderswo nicht so leicht finden wird.

Noch schlimmer ist der Rückgang bei den Gemeinden La Chaux-de-Fonds mit 64 % und Le Locle mit 61 %. Diese Gemeinden haben also gleichzeitig bei einer grösseren Belastung rund einen Drittel des früheren Steuerkapitals verloren. Wie das nicht anders zu erwarten ist, ist auch der Betrag der ausstehenden Steuern grösser geworden, sodass dem Kanton wie den Gemeinden immer weniger Mittel zur Verfügung standen.

So kam die Oeffentlichkeit in eine eigentliche Defizitwirtschaft. Das Defizit der Staatsrechnung betrug für den Kanton im Jahr 1930 300,000 Fr., im Jahre 1933 aber 5,5 Mill. Franken. Seither haben verschiedene Massnahmen der Behörden eingesetzt, sodass das Defizit wieder abnimmt. Aber das Budget 1935, wie es nachträglich aufgestellt wurde, hat immer noch ein Defizit von 3,1 Mill. Fr. So darf man sagen, dass seit einigen Jahren die Ausgaben von Kanton und auch von den Gemeinden kaum mehr zu 3/4 durch die direkten Einnahmen gedeckt werden und somit muss ihre Vermögenslage von Tag zu Tag schlechter werden.

In dieser Lage entschlossen sich die Kantonsbehörden zu einem "Gang" nach Bern. Nachdem sich die Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle nicht mehr helfen können, gelangten sie direkt an den Bund. Der Bundesrat hat sie an ihre Kantonsregierung verwiesen. Das entspricht nach meiner Auffassung durchaus der historischen Kompetenzaufteilung, wie sie sich in unserem Bundesstaate entwickelt hat. Die Kantone sind gegenüber den Gemeinden die Organe der Ueberwachung und auch der Hilfeleistung, wenn eine solche absolut notwendig ist. Es würde, immer nach meiner persönlichen Auffassung, die planmässige Arbeit des Bundes erschweren und die Stellungnahme der Kantone und des Bundesrates vollständig ändern, wenn man von

diesem Grundsatz abgehen wollte. Da aber auch der Kanton aus eigener Kraft nicht in der Lage war zu helfen, wandte auch er sich an den Bund. Der Bundesrat hat sich wiederholt mit den neuenburgischen Begehren auseinandergesetzt, und er sagte auch in der Botschaft, dass er immer nur dann geholfen habe, wenn die Schwierigkeiten vom Kanton allein nicht bewältigt werden konnten. Diese Voraussetzungen schienen dem Bundesrate gegeben, als die Anleihen des Kantons nicht mehr gezeichnet wurden und als sogar eine neue Art der Finanzbeschaffung, das Prämienanleihen, negativ ausgefallen war. So kam es am 19. Dezember 1932 zu der ersten Bundeshilfe, indem der Bundesrat dem Kanton für sich und seine Gemeinden zur Krisenbekämpfung ein Darlehen von 8 Millionen Franken zu 2 % gewährte. Dabei wurde als Rückzahlungstermin der 1. März 1934 vereinbart. Seitherige Verhandlungen haben dieses Datum hinausgeschoben auf den 31. März 1935. In diesem Moment erfolgte die Rückzahlung auch nicht, sondern man hat über eine neue Hilfe beraten und bereits über eine grosse Bundesaktion diskutiert.

Es ist notwendig, hier eine grundsätzliche Erwägung anzustellen. Die eidgenössischen Räte haben vor einigen Jahren ein sog. Anlagegesetz geschaffen. Dieses Anlagegesetz verbietet die Abgabe von Darlehen zu Vorzugszinsen. Die Finanzdelegation und auch die Finanzkommissionen der eidg. Räte haben diesen Standpunkt immer verfochten, weil sonst in dieser Darlehensgewährung eine Art versteckter Subventionen enthalten wäre. Sie haben darauf immer ein gewisses Gewicht gelegt, namentlich auch um die Universalität des Voranschlages möglichst restlos durchzusetzen. Der Bundesrat hat nun trotzdem diese Form der Hilfe gewährt. Wir kennen die Ueberlegungen nicht, die ihn dazu geführt haben. War es der Umstand, dass er schon in früheren Fällen ähnlich vorgegangen ist? Vielleicht war auch die Hilfe an die Banque d'escompte eine Art Präjudiz zu diesem Vorgehn.

Die Zeit geht weiter, die erste Hilfe genügte nicht. Am 1. Dezember 1933 hat der Staatsrat erneut Verhandlungen mit dem Bundesrate aufgenommen. Er wünschte ein weiteres Darlehen und ganz besonders die restlose Uebernahme der Krisenlasten durch den Bund. Der Staatsrat konnte damals nachweisen, dass seine Einnahmen aus direkten Steuern noch 5,2 Millionen betragen, während das Defizit der letzten Staatsrechnung 1933, wie ich schon erwähnte, 5 $\frac{1}{2}$ Millionen Fr. betrug. Anders ausgedrückt hat sich von 1930 bis 1932 der Ueberschuss der Passiven um 42 Millionen Fr. vermehrt. Das bedeutet eine ausserordentliche Verschlechterung der Lage. Wiederum zeigten sich in der Folge beim Kanton Zahlungsschwierigkeiten. Er ist zur Nationalbank gegangen, und diese hat ihm am 8. Mai 1935 ein Darlehen von 8 Millionen Fr. zu 2 $\frac{1}{2}$ % gewährt, allerdings nur für die Dauer von 3 Monaten, um die dringendsten Finanzbedürfnisse zu befriedigen. Schon damals war es, wie man auf Französisch so schön sagt, "sous-entendu", dass der Bund dann seinerseits den Betrag von 8 Mill. Fr. übernehmen werde. Auf jeden Fall hat der Bund seinen Segen zu dieser Aktion gegeben. Von diesem Moment an wurden die Verhandlungen über eine weitere Hilfsaktion fortgesetzt. Auch hier muss man ein psychologisches Argument einflechten. Der Monat Mai 1935 ist noch in Erinnerung durch die zahlreichen Angriffe auf die Frankenwährung. Deshalb ist es klar, dass in dem Moment die Nationalbank wie der Bundesrat für eine zweite Hilfsaktion gefügiger waren. Es wäre unrecht, dieses Argument, das in jenem Zeitpunkt eine so grosse Rolle gespielt hat, heute etwa zu kritisieren.

Aber auch diese Hilfe genügte nicht. Schon Ende Juni dieses Jahres verlangte der Staatsrat von Neuenburg eine weitere Milderung seiner Krisenlasten. Am 9. Juli hat der Bundesrat ihm ein weiteres Darlehen von 4 Millionen Fr. zu 2 % zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig nahm der Bundesrat eine Vorlage an die eidgenössischen Räte in Aussicht, um diese sog. kurzfristigen Anleihen zu konsolidieren, und dadurch wieder eine normale Basis zu schaffen.

Nun kennen Sie den Inhalt unserer Vorlage. Bei 4 Mill. Fr. konnte es auch nicht bleiben, sondern der Bundesrat verlangt in seiner Vorlage eine weitere Kreditkompetenz von 4 Mill. Fr., die dann seinerzeit nach Massgabe des Bedürfnisses auch wieder dem Kanton zugeführt werden kann.

Damit habe ich Ihnen ein kurzes Resumé über den Gang der Verhandlungen und den Verlauf der Hilfsaktionen gegeben. Alles zusammen ergibt den Betrag von 24 Millionen Fr., die nach Vorschlag des Bundesrates zu 2 % für die Dauer von 15 Jahren dem Kanton zur Verfügung gestellt werden sollen. Angesichts dieser Lage wird man sich auch Rechenschaft darüber geben wollen, was der Kanton getan hat, um seine Finanzen zu verbessern. Wenn wir die Bevölkerung des Kantons verfolgen, so ergibt sich, dass seit dem Jahre 1913 die Bevölkerungszahl des Kantons Neuenburg ständig, bald langsamer, bald rascher, abgenommen hat. Damit hat eine gewisse Schrumpfung eingesetzt. Die Herren, die auf diesem Gebiet bewandert sind, werden mir aber entgegen, das sei keine Produktionsschrumpfung gewesen, sondern der Uebergang zu einer verschärften Mechanisierung, indem die Heimarbeit immer mehr durch Fabrikarbeit abgelöst wurde. Immerhin, wir haben das Bild, dass im Jahre 1910 Neuenburg 133,000 Einwohner zählte, im Jahre 1934 noch 119,000.

Bei der Beratung dieses Geschäftes in der Finanzkommission hatte man den Eindruck, dass die Behörden des Kantons Neuenburg mit ihren Massnahmen etwas lange zugewartet haben. Auch hier werden die Herren entschuldigend antworten, dass im Jahre 1930 das Neuenburger Volk ein neues Steuergesetz verworfen habe. Das stimmt, man kann aber entgegen, dass der Kanton Neuenburg schon im folgenden Jahre als erster eine sog. Kriegsteuer einführte. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass das unter den gegebenen Umständen als grosser Erfolg gebucht werden muss. Im Jahre 1932 hat der Kanton ein Sparprogramm aufgestellt und genehmigt für einen Gesamtbetrag von rund 800.000 Fr. Im Februar 1935 sind weitere Spardekrete gefolgt, die eine Ersparnis von

1 1/4 Millionen Fr. realisieren sollen. Wenn ich gut berichtet bin, so liegen weitere Spardekrete vor dem Grossen Rat, die neuerdings einen Betrag von 425,000 Fr. in runder Summe an Ersparnissen in der Staatsverwaltung erzielen sollen.

Bei kritischer Beurteilung der Vorkommnisse darf man feststellen, dass man mit der Schuldentilgung etwas spät begonnen hat, dass es unterlassen wurde, in der Reihe der guten Jahre gewisse Reserven für die sieben mageren Jahre aufzuspeichern. Ausserdem ist heute noch ein Steuergesetz in Kraft, das alles andere als modern genannt werden kann. Die Steuersätze sind heute nach meinen Wahrnehmungen in der Steuerstatistik von Neuenburg von andern Kantonen und auch nach dem Berichte der Experten etwas über dem schweizerischen Mittel. Ich habe hier eine Zusammenstellung mitgebracht über die Steueransätze einer Anzahl bernischer Gemeinden; ich habe sie verglichen mit denen des Kantons Neuenburg. Ich will Sie nicht lange damit unterhalten, aber nur als Beispiel angeben, dass wir eine ganze Anzahl Gemeinden haben, die heute 10 % aus dem Einkommen aus Arbeit erheben und 6, 7, ja sogar bis 7,4 ⁰/oo aus Vermögen. Ich könnte die Zahlenreihen vergleichen mit dem Kanton Neuenburg, allein die Steuersätze für sich sagen noch nicht alles. Es ist besser, wenn ich Ihnen vergleichsweise zeige, was ein fixes steuerpflichtiges Einkommen zahlen muss, wenn es in Biel, Chaux-de-Fonds oder Locle zur Taxation gelangt. Dabei stütze ich mich nicht etwa auf eigene Berechnungen; sondern der Gemeinderat von Locle war so freundlich und hat unter dem Datum vom 30. August als Antwort auf gewisse Behauptungen der Experten die Sache genau nachgerechnet. Bei kleinen Einkommen bis 2000 Fr. bezahlt man in Chaux-de-Fonds und Locle, die in bezug auf Steuern ähnlich sind, etwas mehr als in Biel. Man bezahlt z.B. dort von 2000 Fr. Einkommen 13 Fr., in La Chaux-de-Fonds 31 und in Le Locle 26 Fr. Dem Staat gibt man im Kanton Bern 9 Fr., in La Chaux-de-Fonds 14.10 Fr. und selbstverständlich ebensoviel in Le Locle. Bei 4000 Fr. Einkommen zahlt man heute in Biel der Gemeinde 120 Fr., in La Chaux-de-Fonds 100 Fr. und in Le Locle

105 Fr. Für das gleiche Einkommen bezahlt man dem Staat im Kanton Bern 93 Fr. und in La Chaux-de-Fonds und Le Locle 46.90. Wenn wir 6000 Fr. Einkommen nehmen, so ergibt sich eine Gemeindesteuer in Biel von Fr. 241.70, in La Chaux-de-Fonds von 195,80 und in Le Locle von Fr. 211. Dem Staat bezahlt man in diesem Falle in Biel Fr. 183,85 und in La Chaux-de-Fonds und Le Locle Fr. 92.90. Wenn wir noch weiter hinaufgehen, so kommt die Progression noch viel stärker zum Ausdruck. Bei 8000 Fr. Einkommen bezahlt man in Biel Fr. 767.-, in La Chaux-de-Fonds Fr. 465. Ich glaube, diese Zahlenreihe nicht weiter fortsetzen zu müssen.

Es ist mir nun bekannt, dass im Kanton Neuenburg ein Steuergesetz besteht, das den Ansatz nach oben maximal mit 8 % begrenzt. Ich anerkenne auch, dass trotz der gesetzlichen Bestimmungen an einzelnen Orten sogar sogenannte "centimes additionnel" beigefügt wurden, um die Finanzlage etwas zu verbessern. Allein, es wird es mir niemand verübeln, wenn ich sage, in dem Moment, da man eine Bundeshilfe in diesem Ausmasse gewährt, sei es an der Zeit auch das Steuergesetz zu ändern und an jene anderer Gebiete anzugleichen, die auch Finanzschwierigkeiten zu bewältigen haben. Ich könnte auch beifügen, dass ebenfalls auf andern Steuergebieten, so bei den Erbschaftssteuern z.B. im Kanton Bern ganz andere Abgaben gefordert werden, als es zur Zeit im Kanton Neuenburg der Fall ist. Ohne die Einzelheiten genau zu kennen, bin ich sicher, dass auch mehrere ostschweizerische Kantone höhere Steuern erheben als es in Neuenburg der Fall ist.

Es wird es auch jedermann verstehen, wenn ich sage, dass die Hülfe für die andern Kantonsgebiete unerträglich würde, wenn dieser Zustand so bleiben sollte, wie wir ihn heute aus Eingaben der beteiligten Gemeinden kennen gelernt haben. Die Experten verweisen denn auch darauf, dass für den Kanton Neuenburg auch noch Sparmöglichkeiten bestehen, so in Bezug auf die Universität oder die Organisation des Kirchenwesens, ferner bei

der Arbeitslosenfürsorge usw. Allein, es kann mit Recht geltend gemacht werden, dass es eine gewisse Anzahl Jahre braucht, bis sich alle diese Sparmassnahmen durchführen und realisieren lassen. Was bisher realisiert wurde, ergibt für das Jahr 1935 im Kanton Neuenburg eine Ausgabensumme von 18,2 Millionen Fr., denen 13 Millionen Fr. Einnahmen gegenüberstehen. Der Fehlbetrag macht somit 5,2 Millionen Fr. aus. Man kann nun davon den Tilgungsbetrag von 1,4 Millionen Fr. in Abzug bringen. Aber die Schuldenvermehrung für das Jahr 1935 beträgt immer noch 3,8 Millionen Franken.

Nun hat der Bundesrat dem Kanton Neuenburg bei der Realisierung der Hilfsaktionen einige Bedingungen gestellt, u.a. auch, er solle auf 1. September 1935 ein ausgeglichenes Budget vorlegen. Diese Bedingung ist noch nicht erfüllt; ich wiederhole, was ich schon gesagt habe: die Sparmassnahmen brauchen eine Anzahl Jahre, bis sie wirksam werden.

Man kann auch bei diesem Beispiel sagen: "Ein Unglück kommt selten allein". Das zeigte sich im Kanton Neuenburg darin, dass die Kantonalbank auch saniert werden muss.

Ihre Gründung erfolgte im Jahre 1882 mit einem Dotationskapital von 40 Millionen Fr. Diese Summe hat allgemein in Bezug auf die Höhe überrascht. Bei den Beratungen in der Finanzkommission wurde uns allerdings erklärt, dass die Kantonalbank nie diese Gesamtsumme zur Verfügung hatte. Sie können der Botschaft auch entnehmen, dass die Kantonalbank Neuenburg von Anfang an ein weites Tätigkeitsgebiet gewählt hatte. Immer mehr drangen die sogenannten Handelsgeschäfte in den Vordergrund. Die Bank hat zur Aufgabe auch die Gewährung von Darlehen an Kanton und Gemeinden. Und da haben wir wiederum den Eindruck, dass die Kantonalbank etwas zu sehr vom Staate selber abhängig war. Das kommt insbesondere zum Ausdruck im Bankengesetz vom 22. April 1931 mit folgender, nach meiner Auffassung ganz verhängnisvoller Vorschrift:

"Elle procure à l'Etat et aux communes neuchâtelaises sous forme de prêts temporaires ou consolidés les sommes qui leur sont nécessaires."

Ich will an diese Vorschrift kein Kommentar knüpfen. Alles, was ich sagen möchte, ist, dass in der Folge daraus eine schwerwiegende Belastung der Bank entstand. Die Gemeinde La Chaux-de-Fonds hat dann ihren Kredit mit 6,3 Millionen Fr. nach oben beschränkt. Der Staat hat die Kantonalbank für die laufende Verwaltung bis 8 Millionen Fr. in Anspruch genommen. Das ist aber noch nicht alles; im Jahre 1920 kam die Caisse d'Epargne in Finanzschwierigkeiten. Die Kantonalbank hat sie damals liebevoll in ihre Arme genommen und die Verbindlichkeiten liquidiert. In der Botschaft wird ausgeführt, dass allein daraus für die Kantonalbank eine Verschlechterung der Bilanz um 20 Millionen Fr. entstand. Von diesen 20 Millionen Fr. sind bis zum Jahre 1930 nur 9 Millionen Fr. getilgt worden. Es ist heute fast müssig zu sagen, dass dieses Vorgehen nicht richtig war. Das Handelsgeschäft ist immer mehr ausgedehnt worden. Man hat in der Folge sogar ungedeckte Kredite gewährt, man hat auch die gedeckten Kredite überschritten usw. Und so drängte sich im Jahre 1930 eine Reorganisation auf. Damit sollten 17 Millionen Fr. Verluste auf verschiedenen Gebieten abgeschrieben werden. Die Verluste wurden aber nicht am Dotationskapital abgeschrieben, sondern, um ein schönes Wort zu gebrauchen, man hat sie "giriert" auf die Rechnung des Staates und sie dort unter den Aktiven aufgeführt.

Nun kommen wir in die Periode der eigentlichen Vertrauenskrise gegenüber der Bank. In den Jahren 1930 und 1931 allein sind der Kantonalbank Neuenburg 30 Millionen Fr. fremde Gelder entzogen worden. Die Sanierung von 1930/31 war eben keine Sanierung. Staat und Gemeinden verschuldeten sich immer mehr und sie erhielten keine Kredite mehr, um ihre früheren Vorschüsse von der Kantonalbank abzulösen. So zeigte das Bilanzkonto im Juni 1935 unter "Comptes courants d'Etat et communes" einen Saldo von 50,3 Millionen Fr. 34 Millionen Fr. waren angegeben als fiktive Aktiven und 17,3 Millionen Fr. als Vorschüsse an den Staat und die Gemeinden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn unter diesen Umständen die Kurse der Obligationen sanken und das Vertrauen zu der Kantonalbank weiter zusammenschrumpfte.

Die Konsequenz daraus ist, dass die fremden Gelder bis Ende 1934 weiter um 55 Millionen Fr. abgenommen haben. In ihrer Not hat dann die Kantonalbank Neuenburg bei der Nationalbank vorübergehend Hilfe gesucht, und später hat sie vom Bunde ein Depot von 5 Millionen zu 3 % für ein halbes Jahr erhalten. Weil die Verhältnisse sich immer mehr verschlechterten, ersuchte die Bank zur Bewältigung der Schwierigkeiten um Mitwirkung der schweizerischen Bankenkommission, welche insbesondere die Frage des Fälligkeitsaufschubes zu untersuchen hatte. Die Bank wäre vielleicht einem solchen Aufschub nicht abgeneigt gewesen, allein der Verband der Kantonalbanken und mit ihm die Nationalbank und die Bankenkommission erachteten den Fälligkeitsaufschub, wie er im Gesetz vorgesehen ist, als eine Gefährdung des Landeskredites und als einen Einbruch in das Vertrauen gegenüber den Kantonalbanken, und deshalb wurde von dieser Massnahme Umgang genommen. Es bleibt uns daraus nur die eine Lehre, nämlich die, dass eine Bank, auch wenn es eine Kantonalbank ist, ausgerüstet mit Staatsgarantie, rasch am Ende ihrer Kraft sein kann, wenn sie das Vertrauen ihrer Gläubiger, der Geldgeber verloren hat.

Und nun bleibt uns gar nichts anderes übrig, als eine Sanierung vorzunehmen. Nach dem Gutachten der Bankenkommission mussten die vom Staat geschuldeten 17 Millionen des Jahres 1930, sowie die Verluste aus der Caisse d'Epargne von 16,5 Millionen am Dotationskapital abgeschrieben werden. Eine neue Bewertung der Aktiven gab eine weitere Summe von 22 Millionen Verlusten, gegenüber den 40 Millionen Dotationskapital, entsteht also ein Verlustsaldo von 15,5 Mill. Fr. bei der Kantonalbank. Was tun? Guter Rat ist teuer, wenn man nicht wüsste, dass es in Bern einen Bundesrat und eine Bundesversammlung gibt. Es ist keine andere Lösung möglich, als zur Deckung der Verluste neues Kapital herbeizuschaffen. Der Bundesrat beantragt nun, für die Deckung der Verluste eine Reserve von 15 Millionen für die Dauer von 15 Jahren zinslos zur Verfügung zu stellen. Dabei sollen Verluste berücksichtigt werden, die bis zum Jahre 1950 eintreten. Diese Summe soll durch die spätern Gewinnanteile der

Bank wieder allmählich getilgt werden.

Das ist aber nur die Regelung hinsichtlich der Verluste. Die Bank braucht jedoch neues Geld, um ihre Tätigkeit fortzusetzen. Es ist also ein neues Dotationskapital nötig, das nach dem Urteil der Fachleute im Minimum 15 Millionen Fr. betragen sollte. Es haben längere Verhandlungen stattgefunden zwischen den Kantonalbanken, den privaten Geldgebern und dem Bund. Es ist schliesslich eine Vereinbarung zustande gekommen. Sie ist am Schluss der Botschaft aufgeführt. Darnach zeichnen die Kantonalbanken 5 Millionen, die Privaten 4 - 4,5 Millionen, eventuell noch etwas mehr. Um die Sicherheit zu haben, dass die 15 Millionen erreicht werden, beantragt der Bundesrat zu Lasten des Bundes einen Höchstbetrag von 6 Millionen. Dieses Dotationskapital soll zu 4 % verzinst werden und der Anteil des Bundes würde sichergestellt durch die Verpfändung des Dotationskapitals selbst. So verlangt denn die Sanierung der Kantonalbank von den Bundesfinanzen die Bereitstellung von 21 Millionen.

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, es diene der Sache, wenn wir noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Wenn in unserem Bundesstaat ein Kanton nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, mahnt das sicher zum Aufsehen. Die geplante Hilfsaktion hat eine grosse finanzielle Bedeutung. Sie hat sicher auch eine grundsätzliche Seite, und eine Reihe von Fragen drängt sich auf: Mit welchem Recht will der Bund Gesuche anderer Kantone abweisen? Sollen die übrigen Kantone bestraft werden, die sich bisher aus eigener Kraft geholfen haben, und dabei den Bürgern bedeutend mehr Steuerlasten zugemutet haben, als es bisher bei Neuenburg der Fall war? Wenn nun dieses Beispiel Schule machen sollte, wird das den Landeskredit und die schweizerische Währung nicht mehr schädigen, als wenn man eine Bank, selbst wenn es eine Kantonalbank ist, dem Schicksal überlässt? (Huggler: Und dann der Föderalismus, der wird auch geschädigt, aber aus ganz andern Gründen. Es gibt vielleicht später eine Vorlage, die das speziell behandelt. Man kann weiter

die Frage stellen, in welche Lage wir mit den Bundesfinanzen schliesslich gelangen, da diese selber in den letzten Jahren mit eigenen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ich muss die Beantwortung aller dieser Fragen dem Bundesrat überlassen, weil ich weiss, dass er alle diese Erwägungen selbst gemacht hat und nur nach genauer Prüfung aller Auswirkungen dazu gelangt ist, die Hilfsaktion vorzuschlagen. Und nun kann man die weitere Frage stellen: Hat es früher schon Hilfsaktionen gegeben? Die Antwort darauf lautet Ja. Der Bund hat schon im Jahre 1860 dem Kanton Glarus geholfen beim grossen Brand, im Jahre 1865 der Bahngesellschaft Jura Industriel eine Million Schulden erlassen, und er hat 1915 dem Kanton Uri 5 Millionen vorgestreckt, um die Ersparniskasse Uri zu sanieren. Daraus ist die heutige Kantonalkasse geworden. Die weitere Frage ist die: Bildet die heutige Hilfe ein Präjudiz für andere Gesuche? Die Kommission hat diese Frage auch berührt. Der verehrte Vertreter des Finanzdepartementes hat erklärt, sie bilde kein Präjudiz für weitere Gesuche. Aber prompt ist dann aus der Mitte der Kommission die Antwort erfolgt, das sei im besten Fall eine Hoffnung ohne Sicherheit. Wir wissen heute, dass die finanziellen Schwierigkeiten auch in andern Kantonen grösser werden, und man wird es den Kantonen, die seit Jahrzehnten eine sorgfältige Finanzgebarung eingehalten haben, nicht verargen, wenn sie in der Folge den Weg nach Bern für die Finanzhilfe etwas leichter unter die Füsse nehmen, als es bisher der Fall war. Wir haben in der Finanzkommission weiter die Frage berührt, ob die Hilfe genügend sei. Nach dem Bericht der Experten entstehen Zweifel, ob die Aktion zur Erreichung des gesteckten Zieles genüge. Der Chef des Finanzdepartementes betrachtet die Aktion ausdrücklich als einmalig: Es ist staatspolitisch verständlich, wenn in der heutigen Lage der Bund kein Glied des Bundesstaates fallen lassen will. Das war schon bei der Hilfe für den Kanton Uri der Grundsatz, und treffend hat der Bundesrat damals in seiner Botschaft geschrieben, man müsse handeln nach der alten Devise: Einer für Alle, Alle für Einen. Den zweiten Teil des Satzes wenden wir

gewohnheitsgemäss sehr häufig an; etwas schwerer dürfte es sein, den ersten Teil, das Eintreten des Einen für Alle nachzuweisen.

Es taucht ferner die Frage der Garantien auf. Man hat in der Kommission über die Garantien gesprochen, die der Kanton dem Bund zu leisten hätte. Dem Kanton Uri wurde an die Ausbezahlung der Kredite seinerzeit die Bedingung geknüpft, es seien zunächst die Staatsfinanzen durch neue Einnahmen und Ersparnisse zu sanieren, was auch geschehen ist. Der heutige Beschlussentwurf über die Hilfe an Neuenburg enthält keine derartigen Bestimmungen. Gewiss können auch verfassungsrechtliche Fragen Zurückhaltung auferlegen. Wir wissen auch, dass die Vereinbarungen über das Dotationskapital abgeschlossen sind. Nachträglich können die Garantien dieser Vereinbarungen nicht abgeändert werden ohne dass sie wieder den Ausgangspunkt zu neuen schweren Verhandlungen bilden. Aber ich glaube, wir dürfen annehmen, dass die Behörden und das Volk von Neuenburg sich bemühen werden, die letzte Kraftanstrengung zu tun, um die Erwartung, die wir freundeidgenössisch auf sie setzen, zu erfüllen. Das Gegenteil würde neben den finanziellen Schwierigkeiten noch eine Vertiefung der Vertrauenskrise mit sich bringen. Ich glaube, wir dürfen die Hoffnung haben, dass die heutige Aktion dem Kanton erlauben wird, sich finanziell wieder aufzurichten. Das scheint mir dann möglich, wenn Behörden und Volk ihre Anstrengungen gemeinsam auf das eine Ziel, die Sanierung der Staatsfinanzen, richten. Aus diesen Erwägungen ersuche ich Sie namens der einstimmigen Kommission, auf den Bundesbeschlussentwurf einzutreten.

T r o i l l e t , rapporteur: Par son message du 13 septembre 1935, le Conseil fédéral soumet à l'approbation des Chambres fédérales un projet d'arrêté concernant l'aide de la Confédération au canton de Neuchâtel et à la banque cantonale neuchâteloise. Il s'agit, au total, d'une somme de 45 millions de francs, dont 24 pour le canton et certaines communes neuchâteloises et 21 pour la Banque cantonale.

Pourquoi cette intervention de la Confédération dans un domaine qui n'est pas le sien?

C'est parce qu'il est hors de doute que le canton de Neuchâtel, du fait de ses particularités économiques et des effets de la crise sur l'économie du canton et sur les finances publiques, est de tous les cantons suisses celui qui présente la situation financière la plus défavorable. Dans aucun autre canton, les répercussions de la crise économique sur les recettes et les dépenses publiques ne se sont manifestées d'une manière aussi rapide et aussi intense. Le déficit du ménage financier de l'Etat, qui était en 1930 de 300,000 francs seulement, a atteint déjà 2,5 millions pour 1931, 4,8 pour 1932, 5,5 pour 1933 et 4,9 millions de francs pour l'année 1934.

Il serait injuste de ne pas reconnaître que le canton a fait de grands efforts, en 1931 et bien auparavant déjà, pour rétablir et affermir sa situation financière. Le canton de Neuchâtel a été, par exemple, le premier qui, ensuite de consultation populaire, ait introduit un impôt de orise cantonal pour les années 1932 - 1934. La loi du 9 février 1935 a prolongé pour les années 1935, 1936 et 1937 la perception de cet impôt, lequel rapporte à l'Etat une recette annuelle de 500.000 francs.

Dans la compression des dépenses, l'Etat est-il intervenu en temps utile? Votre commission s'est posé cette question, car elle a eu le sentiment que, sous ce rapport, les pouvoirs responsables n'avaient peut-être pas réalisé tout ce qu'il aurait été possible de faire. Il est cependant hors de doute que les mesures d'économie ne datent pas d'hier et, des renseignements donnés à la commission, il appert que le canton n'est pas resté inactif dans ce domaine. Il est évident que le message du Conseil fédéral ne pouvait pas rappeler ce qui a été fait dans cette direction depuis une vingtaine d'années. C'est à quatre ou cinq reprises que le Conseil d'Etat a proposé chaque fois un nouveau programme d'économies. Il serait intéressant de faire le total de ce que cela représente. Pour les années 1931-1933, les économies sur les dépenses ordinaires compressibles ont atteint 773.129 francs. La nouvelle loi du 9 février 1935 concernant l'amélioration de la situation financière de l'Etat

doit apporter une réduction supplémentaire des dépenses de 700.000 francs, ainsi qu'une augmentation des recettes de 1.100.000 francs.

Malheureusement, tous ces sacrifices de la population neuchâteloise sont loin de suffire aux besoins extraordinaires auxquels l'Etat doit faire face. Aussi le Conseil d'Etat, dans son rapport au Grand Conseil des 26 octobre 1934 et 7 mai 1935, sur l'amélioration de la situation financière, a-t-il envisagé de nouvelles mesures pour compléter le programme financier.

Depuis 1930, la situation financière s'aggrave d'année en année d'une façon inquiétante. L'excédent effectif de la dette a passé de 11,2 millions en 1930 à 46,3 à fin 1931. Cette aggravation provient toutefois en grande partie de l'action de secours de l'Etat en faveur de la Banque cantonale et de l'ancienne Caisse d'épargne. Pour les trois années 1932 à 1934, l'excédent de la dette a encore augmenté de 16 millions, de sorte que l'excédent effectif de la dette dépasse aujourd'hui la somme de 60 millions de francs. Il y a lieu de compter pour 1935, malgré le programme financier, sur une nouvelle aggravation de 3,8 millions de francs.

Voilà donc la situation financière de l'Etat.

Par lettre du 5 septembre 1935, le Conseil d'Etat du canton de Neuchâtel indique que les chiffres du budget de 1935, soit 12,959,335 francs aux recettes et 18,220,858 francs aux dépenses, d'où un déficit de 5,226.522 francs, qui serait ramené à 3.820.157 francs si l'on tenait compte d'un amortissement de la dette de 1.441.365 francs. Ces chiffres, dit le Conseil d'Etat, peuvent être considérés comme un avant-projet de budget pour l'année 1936.

Le Conseil d'Etat ne considère pas sa tâche comme terminée. Donnant suite à la suggestion d'experts, il examine la possibilité de faire de nouvelles économies. C'est ainsi qu'il espère trouver 200.000 francs en procédant à une nouvelle réduction des traitements des titulaires de fonctions publiques, en envisageant une nouvelle répartition des primes aux caisses de

pensions et de retraite et allongement de la période d'acquisition de la haute-paie; une autre économie, évalué à 200.000 francs également, est escomptée de diverses concentrations dans le domaine de l'instruction publique, d'une nouvelle répartition des charges de l'enseignement universitaire, de réductions des autres dépenses de l'administration par la diminution de crédits, la rationalisation ou même la suppression de certains services.

Quant à l'augmentation des recettes, le Conseil d'Etat déclare que le résultat de son étude l'a amené à la conclusion que l'on pourrait encore obtenir une somme de 400.000 francs environ par la revision de la législation fiscale cantonale portant en particulier sur les points suivants: atténuation ou même suppression de l'exemption de l'impôt prévue dans un certain nombre de cas; modification des échelles de taux pour l'impôt sur les ressources et sur la fortune ou centimes additionnels calculés sur les taux actuels.

Telles sont dans leurs grandes lignes les propositions de réduction des dépenses et d'augmentation des recettes que le Conseil d'Etat étudie en ce moment et qu'il soumettra au Grand Conseil avant la fin de l'année.

Ces mesures sont-elles suffisantes? Le Conseil d'Etat affirme que le marasme des affaires, principalement dans la région des montagnes, comme aussi l'introduction, dès 1935, d'une série d'impôts nouveaux, ne lui permet pas de prévoir pour le moment une augmentation des recettes fiscales dépassant le rendement de 400.000 francs.

Si l'on tient compte du programme envisagé par le Conseil d'Etat du canton de Neuchâtel, l'avant-projet du budget pour 1936 se présente comme suit:

Recettes	Fr. 13.359.335
Dépenses	<u>Fr. 17.220.858</u>
Déficit	Fr. 3.861.522
- amortissements	<u>Fr. 1.441.365</u>
soit augmentation du passif	<u>Fr. 2.420.157</u>

Cette dernière somme correspond à 250.000 francs près au montant des dépenses extraordinaires pour le chômage (Fr.2.675.000).

Votre commission est d'avis, tout en reconnaissant l'effort fait par le canton de Neuchâtel, auquel il convient de rendre hommage, que cet effort ne constitue cependant pas le maximum de ce qui pourrait être fait. Elle n'en veut pour preuve que les chiffres comparatifs suivants qui démontrent d'une manière non équivoque que les contribuables neuchâtelois n'ont pas lieu de se plaindre puisque dans d'autres cantons, celui de Berne notamment, le bordereau des impôts est, d'une manière générale, plus élevé que dans le canton de Neuchâtel. Il en est de même des impôts des communes de la Chaux-de-Fonds et du Locle, comme le prouve le tableau ci-dessous:

Bienne

Salaire ou traitement pour
un marié sans enfant

	<u>Commune</u>	<u>Cultes</u>	<u>Etat</u>	<u>Total</u>
Fr. 2000.-	13.-	7.30	9.30	22.30
Fr. 4000.-	120.-	7.20	93.--	220.20
Fr. 6000.-	241.70	11.40	183.85	436.95

La Chaux-de-Fonds

Fr. 2000.-	31.60	14.10	45.70
Fr. 4000.-	100.10	46.50	146.60
Fr. 6000.-	195.80	92.50	288.30

Le Locle

Fr. 2000.-	26.--	-	14.10	40.10
Fr. 4000.-	105.--	-	46.50	151.50
Fr. 6000.-	211.50	-	92.50	304.--

Ainsi le contribuable biennois, dont le produit du travail s'élève à 4000 francs, acquitte un impôt communal de 120 fr., celui de La Chaux-de-Fonds de 100 fr. et celui du Locle de 105 fr. L'impôt cantonal est pour Bienne de 93 fr. et pour Neuchâtel de 46 fr. 50. Au total, le contribuable biennois paie 200 fr., tandis que celui de La Chaux-de-Fonds paie 146 fr.60 et celui du Locle

151 fr. 50. La différence s'accroît à mesure que grandit le revenu: Pour un revenu de 6000 francs, on paie à Bienne, au total 436 fr.95, à La Chaux-de-Fonds 288 fr.30 et au Locle 304 fr.

Le Conseil d'Etat déclare que, dans le domaine des recettes nouvelles, il ne voit que l'impôt sur le chiffre d'affaires.

Quant aux communes de la Chaux-de-Fonds et du Locle, elles disent que, dans les circonstances actuelles et après 6 ans de crise, elles doivent renoncer à une augmentation des charges fiscales de la population, la plus grande partie ayant ses ressources gravement atteintes par le manque de travail; tandis que l'autre, qui jouit encore de revenus d'une certaine importance est frappée par les taux élevés d'une échelle progressive rapidement ascendante.

Or, qu'en est-il de la situation financière de ces communes? pour 1935, la situation budgétaire se présente comme suit:

La Chaux-de-Fonds	déficit	Fr. 2.162.198.40
Le Locle	déficit	Fr. 670.173,45

En ce qui concerne la situation de fortune de La Chaux-de-Fonds, il y a lieu de retenir ce qui suit:

Au 31 décembre 1934, la dette consolidée s'élève à	Fr. 32.898.000
La dette flottante est indiquée par	Fr. 12.768.966.07
Total	Fr. 45.666.966.07

Sur cette somme, la Banque cantonale est créancière pour un montant de 5.318.942 fr.85, dont 3.266.758 fr. en compte-courant, 600.000 fr. ferme jusqu'en 1941 et 1.452.185 fr. jusqu'en 1953. L'avoir en compte-courant de la Banque cantonale s'était accru au 11 avril 1935 à 4.171.609 francs. La limite maximale du crédit accordé par la Banque cantonale est donc presque atteinte. Dans le poste "Dettes flottantes" sont compris 4.900.000 francs représentant la participation de la commune au prêt de 8.000.000 à 2 % accordé par la Confédération et 2.033.223 fr. qui

sont dûs par la caisse communale aux fonds spéciaux.

Le compte capital se soldait à la fin de 1933 par un déficit de 8.692.535 fr. En 1934, le solde passif s'est encore accru de 2.000.000 de francs. L'augmentation des dettes consolidées et flottantes s'élève à 12 millions pour les cinq dernières années. La dette totale, répartie sur toute la population, soit sur 32.248 habitants (contre 36.349 en 1929), représente une charge de 300 francs par habitant. En tenant compte que le total de l'actif de 50.000.000 de francs environ contient un grand nombre d'articles qui n'ont aucune valeur réelle ou productive, on arrivera à des chiffres encore beaucoup plus défavorables.

En ce qui concerne la commune du Locle, il y a lieu de constater ce qui suit:

La dette consolidée s'élevait au 31 décembre	
1934 à	Fr. 12.661.306.25
la dette flottante à	Fr. 1.956.525.44
dette totale	<u>Fr. 14.617.831.69</u>

Au 30 mars 1935, la dette flottante de
2.198.063 fr. se décompose comme suit:
1.677.353 fr. compte-courant à la Banque cantonale,
433.931 fr. compte-courant des fonds spéciaux,
86.779 fr. divers
2,198.063 fr.

En regard du passif de 14.617.831 fr.69, nous trouvons 7,5 millions d'actifs productifs et 4,4 millions d'actifs improductifs. Il ressort du bilan un excédent passif de 2,7 millions de francs. La population étant de 11.000 habitants environ, la dette par habitant se chiffre donc à 600 ou 700 francs, si l'on fait abstraction des actifs improductifs.

Etant donnée la crise persistante, la situation financière des deux communes doit être qualifiée d'extraordinairement difficile. Les autorités de ces deux communes relèvent qu'il est impossible de contracter de nouveaux emprunts. La Banque canto-

nale a déjà été mise à contribution dans une mesure extraordinaire, de telle sorte qu'il faudrait absolument s'efforcer d'obtenir un allégement dans cette direction. Le conseil communal de La Chaux-de-Fonds déclare sans ambages qu'il n'est pas en mesure de faire à la Banque cantonale des propositions quant à l'amortissement de la dette contractée chez elle. Le conseil communal de Locle, étant donné que l'obligation d'amortir la dette consolidée constitue déjà une lourde charge pour les comptes de la commune, fait une déclaration identique en ce qui concerne la dette flottante due à la Banque cantonale.

Il ressort de ces constatation que ces deux communes sont extraordinairement gravement endettées. On avoue ouvertement qu'il n'est plus possible de satisfaire à ses engagements par des moyens normaux. Les mesures d'assainissement déjà prises et celles qui sont envisagées ne parviennent pas à écarter les grosses appréhensions que cause la situation financière des deux communes. Ces mesures méritent d'être pleinement appréciées; elles ne sont cependant pas suffisantes.

Mais rien ne fera mieux ressortir la situation financière des deux communes que la comparaison des recettes provenant des impôts avec les dépenses qu'exige le service des intérêts de la dette.

La Chaux-de-Fonds a inscrit au budget de 1935 une somme de 1.942.343 fr.90 pour les intérêts et l'amortissement; les recettes de l'impôt sont estimées à 2.906.000 francs. La plus grande partie du produit des impôts est ainsi absorbée par le service de la dette. Il y a lieu de tenir compte du fait que les 10 centimes additionnels se chiffrant par un total de 180.000 francs sont déjà compris dans l'estimation des impôts susmentionnés. Par contre, il n'est pas tenu compte ici du bénéfice des services industriels, inscrit au budget pour 1 million de francs.

Pour la commune du Locle, il faut prendre en considération les chiffres suivants: Intérêts et amortissement, 765.244 fr.45, en regard desquels figurent comme produit des impôts 740.500 fr.

seulement. Ici non plus, le bénéfice des services industriels n'a pas été pris en considération (195.000 francs). Cette disproportion ne pourra pas être éliminée sans l'application de mesures extraordinaires énergiques. Et au nombre de ces mesures énergiques figure, selon nous, une adaptation de l'impôt aux besoins du canton et des communes.

Les déficits sont encore si élevés, qu'on ne saurait envisager le redressement des finances par le seul moyen de la compression des dépenses. Dans son rapport, le Conseil d'Etat lui-même parle de "nouveaux sacrifices plus douloureux peut-être encore que ceux qui ont déjà été consentis". Nous admettons que ce passage a trait à une nouvelle augmentation quasi inévitable des impôts cantonaux et peut-être aussi à une certaine réduction des charges résultant de l'assistance publique.

En matière d'impôts, relevons qu'en ce qui concerne Neuchâtel la charge fiscale cantonale grevant le produit du travail est inférieure à la moyenne des chefs-lieux des cantons. Si nous considérons les impôts cantonaux et communaux, nous constatons que Neuchâtel ne dépasse que très légèrement la moyenne. La ville de St-Gall, particulièrement atteinte par la crise, prélève des impôts sensiblement plus élevés que ceux de Neuchâtel. Ainsi pour le canton de Neuchâtel, il y a encore certaines possibilités d'ordre fiscal.

Et l'on devra y venir non seulement pour trouver une augmentation des recettes fiscales, mais pour compenser aussi dans une certaine mesure la moins-value imputable à la diminution de la matière imposable.

A La Chaux-de-Fonds, la fortune imposable a passé de 198.476.100 fr. en 1929 à 174.725.800 fr. en 1934 (indice: soit de 100 à 88) et les ressources imposées de 57.344.900 fr. en 1929 à 36.747.400 fr. en 1934 (indice: de 100 à 64).

Pour la commune du Locle, nous obtenons les chiffres comparatifs suivants: De 56.261.000 fr. en 1929, la fortune imposable a passé à 52.661.100 en 1934 et les ressources imposées

de 18.724.500 en 1929 à 11.456.200 en 1934.

Nous avons la conviction que tant pour le canton de Neuchâtel que pour les communes du Locle et de La Chaux-de-Fonds, il existe encore des possibilités d'améliorer la situation budgétaire. Sans risque de léser des intérêts vitaux intangibles, il est possible de faire de nouvelles économies administratives, qu'il s'agisse des frais matériels, des dépenses pour le personnel ou de l'assistance. Il en sera ainsi tout spécialement si l'on observe une extrême réserve dans le vote de dépenses nouvelles, et cela même s'il faut s'exposer au risque de refuser les ressources nécessaires à des actions de secours et à des dépenses si désirables qu'elles puissent être.

Du côté des recettes, toutes les possibilités de majoration ne sont pas encore épuisées.

Les mesures arrêtées jusqu'ici par le canton prouvent que le redressement des finances publiques a été pris énergiquement en main et que l'on continue à s'en préoccuper. Cela est indispensable si l'on veut échapper à un endettement qui finira par créer une situation inextricable. Et c'est aussi pour cela que le gouvernement neuchâtelois s'est adressé à la Confédération dont il sollicite l'appui financier pour lui et les communes et pour la réorganisation de la Banque cantonale.

D'ailleurs ce n'est pas le premier appel puisqu'en 1932 déjà, le Conseil fédéral accorda un prêt de 8 millions dont le remboursement fut prorogé au 31 mars 1935. Le canton non seulement ne fut pas à même de rembourser cette somme, mais il fallut consentir un nouveau prêt par voie de rescription à la Banque nationale avec garantie de consolidation à l'échéance. Les besoins de trésorerie des communes devenant de plus en plus pressants et ceux de la Banque cantonale également, une nouvelle avance de 4 millions fut consentie, ensorte que le montant total des avances s'élève aujourd'hui à 20 millions.

La situation de la Banque cantonale a fait l'objet d'un chapitre spécial du message du Conseil fédéral. Je n'y reviens donc pas si ce n'est pour souligner que le champ d'activité de

cet établissement bancaire, fondé en 1883 et pourvu aujourd'hui d'un capital de dotation de 40 millions, fut trop vaste dès le début. L'article 15, lettre h, de la loi sur la banque du 22 avril 1931 prévoit ce qui suit:

" Elle procure à l'Etat et aux communes neuchâteloises, sous forme de prêt temporaire ou consolidé, les sommes qui leur sont nécessaires."

Il en résulta parfois une mise à contribution assez forte de la banque. A la commune de La Chaux-de-Fonds, il dut être accordé, pour elle et ses services industriels, une limite de crédit de 6,3 millions, au Locle 2,5 millions, à Neuchâtel 2,65 millions, et le débit du compte-courant de l'Etat à la Banque cantonale s'éleva en 1934 jusqu'à 7 millions de francs.

Lorsque survint, en 1920, la débâcle de la Caisse d'épargne, celle-ci fut incorporée à la Banque cantonale à des conditions qui provoquèrent une immobilisation de 20 millions. Jusqu'en 1930, 9 millions environ purent être amortis, mais depuis lors, cette amélioration se réduisit de moitié.

Les opérations commerciales prirent une grande extension et ne se limitèrent pas toujours au pays. Les crédits en blanc et les dépassements de crédits jouèrent un grand rôle. En 1930, il fallut procéder à une réorganisation et à l'amortissement de pertes pour un montant de 17 millions. Le capital de dotation, au lieu d'être réduit du montant correspondant, demeura inchangé, ce qui fut une erreur. On s'était figuré alors qu'il serait possible d'amortir progressivement cet actif fictif en y affectant le 70 pour cent du bénéfice net de la banque. Le 30 pour cent restant devait être attribué au fonds de réserve. On se rendit bientôt compte qu'on s'était fait des illusions. Avec un capital de dotation de 40 millions et 28 millions de non-valeurs (17 millions d'amortissement et 11 millions solde de la Caisse d'épargne), la base financière était devenue trop étroite. De 1930 à 1931, plus de 30 millions d'argent du public furent en outre retirés et n'y retournèrent plus. Les années suivantes sévit la crise horlogère, de sorte qu'il ne put être fait aucun

amortissement des 17 millions. Aucune somme ne put être versée non plus aux réserves depuis la réorganisation. L'assainissement institué par le décret du 20 février 1931 n'a pas raffermi la situation interne de la Banque cantonale. Au contraire, cette situation s'est encore amoindrie pour les raisons suivantes.

Les amortissements faits sur la base des évaluations de 1930 se révélèrent insuffisants ensuite de la persistance de la crise, de sorte que de nouveaux abattements furent nécessaires. Une partie de la population neuchâteloise, privée de gain pendant plusieurs années, se vit obligée de retirer une partie des dépôts d'épargne à la Banque cantonale et de vivre de ses réserves. L'Etat et les communes devenaient débiteurs de la Banque cantonale dans une mesure toujours plus forte et ne parvenaient pas à se procurer les ressources nécessaires à la consolidation de ces avances. A fin juin 1935, le poste du bilan "comptes-courants Etat et communes" présentait un solde de 51,9 millions; 34 millions représentaient les actifs fictifs (Caisse d'épargne et pertes de 1930/31) et 17,9 millions les avances courantes à l'Etat et aux communes. A partir de septembre 1934, il se produisit une crise de confiance, que la banque soutint de ses propres forces jusqu'à la fin de l'année. En février 1935, elle se vit cependant dans l'obligation de recourir au crédit de la Banque nationale jusqu'à concurrence de 5 millions de francs, et en mars suivirent les avances de l'Etat, obtenues par la négociation de rescriptions du canton avec garantie hypothécaire fournie par la Banque cantonale. Le 3 avril, il fut établi que 20 millions seraient nécessaires pour faire face aux obligations jusqu'à la fin de l'année. Ensuite des demandes réitérées de la Banque cantonale, la Confédération lui fit un dépôt de 5 millions de francs à 6 mois, au taux de 3 pour cent, contre garantie hypothécaire. La centrale des lettres de gage des banques cantonales aurait été prête à céder à la Banque cantonale un montant important d'un emprunt à émettre. Mais

l'émission de cet emprunt ne put avoir lieu par suite des circonstances par trop défavorables. Les 16 et 23 avril, la centrale des lettres de gage et quelques banques cantonales mirent cependant à disposition 5 millions de francs à 3 $\frac{1}{2}$ pour cent pour 3 mois. Le prêt fut ensuite prolongé de deux mois. Il doit être consolidé par la centrale des lettres de gage dès qu'il sera possible d'émettre un emprunt d'un montant suffisant. Le crédit sur rescriptions à la Banque nationale, qui doit être remboursé par la Confédération, apporta de nouveau, le 10 mai 1935, un certain allègement à la Banque cantonale.

A partir du début de juin, les événements se déroulèrent de nouveau d'une manière très défavorable pour la Banque cantonale. Le 24 juin, elle demanda à la commission fédérale des banques d'examiner la possibilité de lui accorder une prorogation des échéances, car les guichets ne pouvaient probablement plus rester ouverts que quelques jours.

La Banque nationale, la commission fédérale des banques et l'union des banques cantonales furent d'avis, avec le département fédéral des finances et des douanes, que tout devait être mis en oeuvre pour se rendre maître des difficultés sans avoir recours à la prorogation des échéances encore peu connue du public. Une telle mesure prise à l'égard d'un établissement de banque jouissant de la garantie de l'Etat, et particulièrement lorsque cette banque, comme c'est le cas à Neuchâtel, est au centre de l'économie publique et privée, aurait certainement des répercussions beaucoup plus étendues que si elle n'avait concerné qu'une simple banque privée. Il était en outre à craindre que l'octroi d'une prorogation des échéances provoquât de la méfiance envers les banques cantonales en général, ce qui n'aurait pas manqué d'avoir de graves effets sur l'ensemble du crédit hypothécaire et, selon les circonstances, sur notre franc. Finalement, il ne fallait pas non plus méconnaître que le rétablissement économique du canton de Neuchâtel n'eût pas été facilité, mais au contraire rendu beaucoup plus difficile, si l'on avait accordé simplement à la Banque cantonale une prorogation des échéances sans opérer préalablement un assainissement

complet.

Cette réorganisation financière a fait l'étude de laborieux pourparlers, mais on peut dire qu'aujourd'hui le plan est définitivement élaboré. Aussi bien le Conseil fédéral nous invite-t-il à donner notre approbation au projet d'arrêté qu'il nous a soumis en date du 13 septembre 1935.

En quoi consiste cette réorganisation de la Banque cantonale? Je vous prie de vous reporter à page 22 du message, où vous trouverez la convention relative à la création du nouveau capital de dotation de la Banque cantonale neuchâteloise.

Pour la Confédération, il s'agit de participer à la constitution de ce capital par l'apport d'une somme jusqu'à concurrence de 6 millions de francs à 4 pour cent; de plus, un crédit de 15 millions serait utilisé pour faire, à la Banque cantonale neuchâteloise, sans intérêt, les avances nécessaires à la couverture des pertes qui, après l'amortissement opéré par l'ancien capital de dotation et les réserves, seraient encore enregistrées jusqu'au 30 septembre 1950, sur les actifs compromis.

Votre commission unanime s'est prononcée en faveur du projet. Certes, ce n'est pas de gaîté de coeur qu'elle envisage cette nouvelle action de secours. Mais devant la gravité de la situation et la menace persistante d'une catastrophe financière qui aura déferlé bien au-delà des limites du canton de Neuchâtel, votre commission s'est ralliée en principe au projet du Conseil fédéral. Les amendements qu'elle formule sont plutôt d'ordre formel et ne concernent pas le fond même de l'arrêté.

On s'est demandé, au sein de la commission, s'il ne conviendrait pas de prévoir un intérêt modeste, 2 pour cent par exemple, pour les 15 millions destinés à faire les avances nécessaires à la couverture des pertes. Tout en reconnaissant que d'excellentes raisons militent pour la fixation d'un intérêt songeons à l'avenir! - votre commission y a cependant renoncé parce que les calculs de rentabilité de la Banque cantonale ont

été établis dans l'hypothèse que pour cette somme, qui ne sera d'ailleurs pas décaissée en une seule fois, mais seulement au fur et à mesure des besoins, soit des pertes futures, il n'y aura pas d'intérêt à payer. Les banques cantonales qui sont partie contractante aux côtés de la Confédération ont donné leur acquiescement à la convention. Or, exiger un intérêt équivaldrait à modifier les bases mêmes de la convention dont l'aboutissement serait ainsi remis en jeu. C'est un danger qu'il ne faut pas courir; d'ailleurs le temps presse. Le moment n'est plus aux pourparlers, mais aux actes!

Quant à l'article 4, où il est question des garanties et du droit de regard de la Confédération on s'est demandé également si, vu l'ampleur de l'action de secours - pour la Confédération il y va de 45 millions! - il ne conviendrait pas d'exiger des garanties qui puissent réellement "jouer" au moment opportun. Car on ne se dissimule pas que les garanties prévues par le projet d'arrêté risquent de rester inefficaces. En effet, voit-on la Confédération compenser sa créance avec la subvention à l'Ecole primaire, par exemple, dont le débiteur serait privé? C'est matériellement et moralement impossible. J'entends bien que cette disposition qui dit que "les parts du canton aux recettes de la Confédération garantissent ces prestations" est bien faite pour exercer une pression sur les pouvoirs publics et que ceux-ci feront tout pour éviter d'en arriver à cette extrémité. Mais notre action de secours est de longue durée. Que sera le Gouvernement de 1950? Nul ne le sait, c'est pourquoi des dispositions plus impératives paraissent nécessaires. Il faut en quelques sorte renforcer la situation des pouvoirs publics en face du peuple, car si ce dernier devait refuser les mesures d'assainissement qui lui seront encore soumises et qui exigeront de lui de nouveaux et douloureux sacrifices, le Conseil d'Etat et le Conseil fédéral seraient désarmé. Aussi-a-t-on envisagé d'introduire une disposition dans l'art.4 de l'arrêté donnant le droit au Conseil fédéral d'intervenir et d'exiger l'application de telle mesure qui lui paraîtrait propice à assurer

l'assainissement financier du canton. Nous songeons à l'application d'une nouvelle loi d'impôt malgré le refus du peuple. Mais on a reconnu sans ambages que cette suggestion posait un problème extrêmement délicat, car c'est évidemment empiéter, et gravement empiéter, sur la souveraineté cantonale garantie par la Constitution. Pour ce motif et considérant que jusqu'ici le peuple neuchâtelois a donné toutes garanties de bonne volonté pour consentir aux sacrifices nécessaires au rétablissement de ses finances, votre commission s'est abstenue finalement d'introduire dans l'arrêté une disposition qui serait comme une humiliation pour cette vaillante population neuchâteloise. Votre commission pense qu'il est plus politique de faire confiance aux pouvoirs publics et au peuple et de s'en remettre à leur sagesse, plutôt que de prévoir des sanctions.

On peut se demander quelle est la leçon à tirer de cette malheureuse situation du canton de Neuchâtel.

En examinant les causes qui l'ont déterminée, on arrive aux conclusions suivantes:

1. Nous constatons que le canton de Neuchâtel s'est développé au point de vue économique d'une façon unilatérale, qu'il est surindustrialisé, qu'il y a un déséquilibre entre l'industrie et les autres branches de l'activité nationale, spécialement en ce qui concerne l'agriculture.

Ce manque d'équilibre se fait sentir surtout en temps de crise; il est certainement un des motifs pour lesquels ce canton a moins bien supporté la crise que d'autres.

Cette constatation doit nous amener, par comparaison, à examiner la situation générale de la Suisse, qui, elle aussi, a perdu son équilibre, qui est aussi trop fortement industrialisée; de là la situation difficile actuelle qui nous incite à prendre des mesures pour tâcher de remédier à ce manque d'équilibre dans la production nationale.

2. La deuxième constatation, c'est qu'une partie des pertes subies proviennent des pertes faites à l'étranger. La même faute a été commise d'une façon générale en Suisse. Si tous ces capitaux

exportés avaient pu être utilisés dans le pays, la situation ne serait pas la même.

3. Troisième constatation. On a eu l'impression, en commission, qu'on a trop attendu pour assainir la situation et prendre des mesures définitives, de là la gravité du problème actuel; plus on attend, plus l'assainissement est coûteux et pénible pour le peuple.

Le passé doit être une leçon pour l'avenir; il doit nous inspirer également dans le domaine fédéral.

Il y a 20 ans - que la Confédération intervenait également en faveur d'un canton dont la banque cantonale était en butte à de graves difficultés financières: le canton d'Uri. L'aide fut efficace. Souhaitons que l'aide qui a été prêtée au canton de Neuchâtel, et qui sera poursuivie, soit tout aussi efficace. Il y va non seulement de l'avenir financier du canton de Neuchâtel et de ses communes, mais aussi du crédit en général. C'est une question de confiance. Or, jamais cette confiance fut plus nécessaire qu'aujourd'hui. C'est au rétablissement de cette confiance que tend l'arrêté soumis à notre examen et que votre commission vous recommande d'approuver, avec les quelques amendements proposés, qui, du reste, sont plutôt d'ordre rédactionnel.

Allgemeine Beratung.

Discussion générale.

M. N i c o l e : Si je prends la parole ce n'est pas pour m'opposer au vote de l'arrêté proposé par le Conseil fédéral. Je le voterai, bien que le groupe auquel j'appartiens ait laissé la liberté de vote. Je prends la parole pour une question de procédure, je tiens à le dire à M. le Conseiller fédéral représentant le Conseil fédéral: J'attendais un peu ce moment là pour régler cette question de procédure comparée, procédure employée à l'égard du canton de Neuchâtel qui a un gouvernement, je le sais, selon le coeur du Conseil fédéral, et procédure employée à l'égard du canton de Genève, qui n'a pas un Gouvernement selon le coeur du Conseil fédéral. Nous avons eu l'occasion de nous

en apercevoir surtout l'année dernière. Cette année, je reconnais que les choses ont un peu changé. L'année dernière, le canton de Genève s'est trouvé, en raison d'une situation financière extrêmement critique qui nous a été laissée par nos prédécesseurs au Gouvernement, le canton de Genève, dis-je, s'est trouvé dans une situation plus que difficile, inextricable. Nous avons soumis au peuple un projet de loi de redressement des finances cantonales. Le peuple l'a refusé. Il l'a refusé après une campagne extrêmement acharnée de la part de tous les partis adversaires de la majorité gouvernementale. Et ici, puisque nous parlons de comparaisons, je voudrais comparer l'attitude de l'opposition socialiste dans le canton de Berne avec l'attitude de l'opposition bourgeoise dans le canton de Genève.

Dans le canton de Berne, l'opposition socialiste s'est employée de toutes ses forces pour amener d'entente avec les partis gouvernementaux le redressement des finances cantonales. Or, très certainement, la responsabilité des socialistes dans le déséquilibre des finances bernoises était infiniment moins lourde que les responsabilités des partis bourgeois de Genève dans le marasme des finances genevoises. Malgré cela, les socialistes bernois ont soutenu le plan de redressement financier présenté par le gouvernement cantonal, alors que les partis bourgeois de Genève, engagés cependant de toutes leurs responsabilités dans les difficultés financières du canton, ont mené contre nous une campagne acharnée et ont réussi - la belle affaire, le beau triomphe! - à faire échouer la loi de redressement financier de l'Etat. C'était là une action d'ordre purement politique. Et, si j'ai à me plaindre aujourd'hui, Monsieur le représentant du Conseil fédéral, c'est du fait que cette action, purement politique, conduite par les partis bourgeois de Genève contre la majorité gouvernementale, socialiste c'est entendu, mais aussi contre l'intérêt du canton et contre le crédit de la Confédération - M. Troillet vient de le dire en termes excellents: on ne touche pas au crédit d'un canton sans

toucher, par là même, au crédit de la Suisse. Je dis donc, que cette action des partis bourgeois de Genève contre le crédit du canton, contre le crédit de la Suisse, a été continuée et c'est de cela que je me plains, Monsieur le conseiller fédéral, continuée ici même, au Palais fédéral.

Dans le message du Conseil fédéral sur l'affaire qui nous occupe en ce moment, nous avons vu, que, le 19 décembre 1932 déjà, le Conseil fédéral accordait au canton de Neuchâtel, pour alimenter sa trésorerie, une avance de 8 millions à titre de prêt pendant 12 mois; que ce prêt de 8 millions a été renouvelé, notamment le 4 avril 1934, jusqu'à fin mars 1935. Or, au lendemain du 18 novembre 1934, date de la votation populaire qui a rejeté le redressement financier du canton de Genève, nous nous sommes présentés devant le Conseil fédéral en lui demandant de consentir à notre canton une avance qui lui permettrait de faire face aux obligations immédiates. Et il ne s'agissait pas là d'une démarche faite à l'improviste car, dès le mois d'avril de la même année, nous avons signalé au Conseil fédéral que, dans le courant de novembre ou d'octobre, mais très certainement en novembre, la situation de notre trésorerie serait telle que la question se poserait de savoir si nous pourrions faire face à nos échéances. Nous sommes donc présentés ici à un moment où, le Conseil fédéral depuis plusieurs mois déjà était parfaitement au courant de la situation. Et on nous a déclaré que l'octroi d'une avance de la Confédération au canton de Genève était une opération impossible, qu'on créerait de la sorte un précédent, et qu'on ne voulait pas le faire en cette occasion! Je constate aujourd'hui, à la lecture du message du Conseil fédéral, que pourtant un précédent existait, qu'il avait été créé le 19 décembre 1932 déjà. On l'a renouvelé successivement jusqu'à l'échéance de fin mars 1935. Je veux être extrêmement modéré dans mes expressions, mais je crois qu'il m'est permis de dire que le Conseil fédéral ou ses représentants, ont commis à ce moment-là, dans les renseignements qu'ils ont donnés aux représentants du canton de Genève, tout au moins une exactitude

lorsqu'ils ont déclaré qu'il était impossible de faire droit à leur demande parce que cela créait un précédent; ce précédent, je viens de le démontrer, existait déjà.

Pourquoi ai-je pu dire, il y a un instant, que l'on continuait de la sorte, au Conseil fédéral, une manoeuvre des partis bourgeois de Genève? Je pense que le Conseil fédéral, qui est la plus haute autorité de notre pays, ne peut pas tenir à un parti plutôt qu'à un autre; la démonstration nous en a été apportée, la semaine dernière, à propos de radiophonie, d'une façon éclatante, par M. le conseiller fédéral Pilet-Golaz. Ce dernier nous a dit que l'autorité supérieure du pays ne peut pas être une autorité de parti, qu'elle doit traiter tous les citoyens à plus forte raison les cantons absolument sur le même pied, et par conséquent qu'elle doit agir à l'égard des représentants de ces cantons exactement dans le même esprit, à quelque parti qu'ils appartiennent.

On savait à Berne que nous ne pourrions pas faire face à l'échéance de novembre 1935. On le savait aussi à Genève où les partis de la bourgeoisie et leur presse avaient soin de faire sonner bien haut cette date de novembre 1935 à laquelle ils espéraient - permettez-moi également cette expression, elle est peut-être un peu triviale mais elle dit bien ce qu'elle veut dire - "avoir la peau" du gouvernement socialiste de Genève; oui, Messieurs, on voulait "avoir la peau" du gouvernement socialiste de Genève à la faveur des misères financières, des embarras de trésorerie causés précisément par ceux-là qui espéraient être les bénéficiaires de cette manoeuvre d'ordre purement politique.

Et le Conseil fédéral, Messieurs, a repoussé notre requête. J'ai lu dans le message que l'on avait accordé telle et telle avance au canton de Neuchâtel afin que celui-ci pût faire face à ses échéances; c'était normal, c'était confédéral, il était conforme à la Charte fédérale que la Confédération vînt en aide

à un canton et je ne saurais blâmer le Conseil fédéral de ce qu'il a fait à l'égard du canton de Neuchâtel en 1932, mais je constate qu'en novembre 1934 il a laissé le canton de Genève acculé à une situation inextricable. Mieux que cela, chaque fois que nous venions à Berne, nous trouvions dans le vestibule des bureaux de M. le président de la Confédération d'alors, de nombreux photographes, venus tout exprès pour fixer sur leurs plaques l'image de la délégation de Genève et, ces photographies on les publiait dans toute la presse, en indiquant: Voilà le gouvernement de Genève qui vient au Palais fédéral réclamer de l'argent; on s'en gaussait, on essayait de cette façon de nous ridiculiser. De même, nous n'avons pas adressé à Berne une seule lettre qui n'ait été aussitôt communiquée à toute la presse. Pas une seule fois nous avons fait une démarche par téléphone, le président du Conseil d'Etat de Genève n'a pas appelé par téléphone à Berne un haut magistrat, fût-ce le plus haut que l'on voudra, même le président de la Confédération, sans que cela ait été commenté aussitôt dans toute la presse suisse. En agissant ainsi, on a voulu évidemment jeter le maximum possible de discrédit sur les finances du canton de Genève, mais on a également porté atteinte, par répercussion, aux finances de la Confédération. Ah! on dit parfois que nous ne sommes pas soucieux des finances de la Confédération! En réalité, nous en avons eu un souci plus grand que n'importe qui, et ceux qui n'y ont point eu égard, à l'occasion de ce que viens d'indiquer, ce sont ceux-là précisément qui utilisaient la moindre lettre, le moins coup de téléphone, la moindre démarche du gouvernement genevois à Berne pour jeter le discrédit sur les finances genevois par conséquent sur la situation financière de la Confédération.

On nous a laissé aller! Le 25 novembre 1934, nous avons dû faire savoir que le canton de Genève se trouvait en partie insolvable, qu'il ne pouvait pas faire face à son échéance de fin de mois, qu'il ne pourrait pas payer ses fonctionnaires, c'est ce moment-là qu'on attendait au Conseil fédéral.

Il me souvient de certain rendez-vous au cours duquel nous n'arrivions pas à établir exactement un rapprochement satisfaisant pour discuter d'une façon précise de la situation financière du canton de Genève, mais où à la fin de la conversation toute la discussion fut éclairée par ces mots de votre part, Monsieur le conseiller fédéral: Est-ce qu'il n'y aurait pas quelque chose à modifier dans la situation politique à Genève? Est-ce que peut-être le Conseil d'Etat ne penserait pas qu'il y a un geste à faire, une majorité à changer?

Je dis donc qu'on s'est servi de cette situation financière du canton de Genève - peut-être pas vous, Monsieur le Conseiller fédéral, ce n'était peut-être pas votre volonté personnelle, mais tous les téléphones échangés et reproduits dans la presse le prouvent - pour aider, d'ici, du Palais fédéral, à conduire l'opération menée depuis deux ans, avec une férocité sans exemple, par les partis de la bourgeoisie genevoise, contre le Gouvernement à majorité socialiste de la République et canton de Genève.

A chaque renouvellement des rescriptions que nous avons trouvées au moment où nous sommes arrivés au pouvoir et qui ascendent à 10 millions, trou laissé dans la caisse de l'Etat de Genève, on a réédité la même comédie. Nous sommes aujourd'hui le 24 septembre; dans quatre jours, au moment du renouvellement des rescriptions, je suppose qu'elle continuera. Nous avons renouvelé ces rescriptions à fin juin dernier et, à ce moment, nous avons non seulement payé les intérêts, mais versé encore 1 million d'amortissement. L'Etat de Genève se trouve actuellement dans une situation telle qu'il ne peut emprunter et rembourser les dettes de ses prédécesseurs. Nous avons pourtant remboursé 1 million sur la dette flottante, en date du 30 juin dernier. Le 30 septembre viendra le renouvellement des rescriptions et je m'attends à la même campagne formalistique. Je pense que, comme de coutume, des ordres seront donnés à l'en-

semble de la presse suisse pour qu'elle parle abondamment de la chose. Chaque fois que ces rescriptions viennent en renouvellement, on dirait, à lire cette presse, qu'il s'agit d'un nouvel emprunt de 9 ou 10 millions, fait par le canton de Genève.

Là aussi, deux procédures différentes. Nous voulons, M^r le conseiller fédéral, loyalement régler nos comptes, d'une façon complète. Alors que, la Confédération traite directement avec le canton de Neuchâtel, on oblige les représentants du Gouvernement de Genève à faire amende honorable devant Messieurs les représentants de la haute finance suisse. Nous n'avons pas la possibilité, nous autres, de traiter avec le Conseil fédéral. On nous envoie devant les représentants du Crédit suisse - et Dieu sait si ce sont de hauts personnages - devant les représentants des banques, de l'Union de Banque suisse, de la Société de Banque suisse, personnages auxquels en dépit de notre sens démocratique, nous nous sentons presque obligés de nous adresser à la troisième personne. Ces personnages posent leurs conditions et certaines conditions que vous connaissez, Monsieur le Conseiller fédéral - sont en contradiction formelle avec les garanties constitutionnelles actuelles, concernant, par exemple, la liberté de la presse.

Messieurs les représentants de la haute finance suisse - j'attendais ce moment pour jeter cela dans ce débat, parce que nous sommes en pays démocratique et ne sommes pas encore prêts à nous aplatir devant la finance - devant lesquels on nous renvoie quand il y a certains renouvellements pénibles à effectuer, posent des conditions qui sont à l'encontre de certaines garanties constitutionnelles qui nous sont précieuses, extrêmement précieuses.

J'ai dit que je voterai cet arrêté. Je le ferai parce qu'il contient, malgré tout, une disposition qui me plaît infiniment. C'est celle qui accorde au canton de Neuchâtel un prêt de 24 millions au 2 %. Ah! si on pouvait, par ce moyen, ouvrir un brèche

dans les sacros saintes garanties qui entourent le paiement des coupons et des intérêts, si on pouvait ouvrir une brèche dans cette masse énorme de surendettement qui pèse sur le peuple, et passer des intérêts habituels de 4, 4 $\frac{1}{2}$ à 5 % à celui de 2 % que je vois pour la première fois dans une loi, on ferait là une belle opération! Il faudrait, bien entendu, qu'on ne se contente point de ce 2 % dans ce projet-là, mais que, par tel autre procédé, par tel autre projet, que voudra bien nous soumettre M. le représentant du Conseil fédéral - car je ne crois pas qu'on pourra continuer longtemps le système actuel - on arrive à diminuer d'une manière générale le poids des dettes de tous les cantons.

Si vous pouvez, pour Genève, nous permettre une opération de conversion par laquelle nous n'aurons plus que 2 % à payer sur nos dettes, je vous garantis que nous ne viendrons plus demander quoi que ce soit au Conseil fédéral. Il faudrait qu'il en soit de même pour l'ensemble des communes, des cantons, pour la Confédération, ainsi que pour les Chemins de fer fédéraux. Il vaudra toujours mieux diminuer la dette des Chemins de fer fédéraux que d'abaisser les salaires de son personnel. Je pense également que l'honorable rapporteur de la commission ne m'en voudra pas si je dis que l'agriculture suisse serait aussi bien aise d'obtenir un allègement, dans le paiement de ses intérêts, comparable à celui qui figure dans le présent arrêté.

Cette fixation d'un intérêt de 2 %, dès maintenant, est d'autant plus nécessaire que j'ai vu, dans le message, que la Chaux-de-Fonds qui est déjà dans une situation financière extrêmement obérée. C'est certain. Cependant, elle paie autant aux porteurs de coupons de sa dette qu'elle ne verse chaque année aux chômeurs, soit à peu près 2 millions pour les uns comme pour les autres.

On voit par là qu'avant de parler, ainsi qu'on l'a fait dans le message et comme M. Stähli, rapporteur de la commission l'a dit - de la réduction des secours aux indemnités aux chô-

meurs, il serait bon d'envisager la réduction de ce qu'on doit payer aux porteurs de coupons des dettes publiques.

A ce propos, je veux signaler, en passant, que nous avons donné la preuve à Genève du fait que nous pensons que les chômeurs doivent venir avant les porteurs de coupons. Quand le Conseil fédéral, au mois de novembre 1934, nous eût refusé de nous permettre de faire face à nos besoins de trésorerie pour fin novembre, nous nous sommes posés la question: Qu'allons-nous faire de notre argent? Nous en avions un peu, nous n'en avions pas assez. Nous avons tout d'abord décidé que les porteurs de coupons attendraient peut-être un, deux ou trois mois. Ensuite nous avons décidé que les gros fonctionnaires gagnant plus de 300, 400 ou 500 francs toucheraient comme tous les petits fonctionnaires un minimum de 200 francs. Nous avons versé 200 francs à tous les fonctionnaires, indistinctement. Ce sont donc des opérations qui sont possibles. Le monde ne s'est pas renversé pour autant. La République et Canton de Genève est encore restée debout. Nous n'avons rien fait perdre aux chômeurs. Nous ne les avons pas fait attendre. Les porteurs de coupons, eux, ont attendu deux ou trois mois. Je dois dire, en passant, que si MM. les hauts financiers suisses, soutenus directement ou indirectement par les pouvoirs fédéraux, veulent continuer à faire la guerre au canton de Genève, nous avons des économies pour 11 millions qui sont possibles dans le Budget. Ces 11 millions sont ceux dont nous nous servons pour faire face à nos obligations concernant la dette publique.

Encore une fois, je ne m'oppose pas à ce projet. Je ne veux pas être plus royaliste que le roi - je crois que bien que nous soyons en république je puis me servir de cette expression - (Rires) , mais si j'étais chef du département fédéral des finances, poste que je n'envie pas car celui que j'occupe à Genève me suffit amplement, je m'inquiéteraient tout de même très sérieusement de la voie dans laquelle on s'engage aujourd'hui. En effet, nous versons aujourd'hui 40 millions; demain, pour les chemins de fer fédéraux, il faudra verser d'autres

sommes et plus tard d'autres cantons viendront! D'autres banques cantonales vont venir! Je le répète, Monsieur le Conseiller fédéral, si j'étais à votre place, ce serait en tout cas sans enthousiasme que je proposerais ce projet d'arrêté. Je n'ai pas à me mettre à votre place. Vous avez pris vos responsabilités, elles ne sont pas les miennes. Je voterai ce projet. Je le voterai également pour enlever à Messieurs les adversaires de notre parti, dans le canton de Neuchâtel, un argument politique pendant la campagne électorale qui va s'ouvrir. On fait beaucoup de politique que l'on mêle à la finance ensuite. Le parti radical nous a appris à quel point il savait mêler la politique à la finance. Je ne vois pas pourquoi, vu la situation de notre parti en Suisse, nous donnerions aux partis de la bourgeoisie du canton de Neuchâtel cet argument contre nos camarades de Neuchâtel. Nos adversaires ne doivent pas pouvoir dire qu'il s'est trouvé au Conseil national des socialistes pour voter contre le projet d'arrêté qui doit aider le canton de Neuchâtel à sortir de la misère financière. Je voterai donc ce projet.

M ä d e r : Ich glaube, der Vorredner, Herr Nicole, ist wohl nicht der einzige im Saal, der wie er sagte, als Finanzchef des Bundes in dieser Angelegenheit beunruhigt wäre. Ganz sicher ist auch der Finanzchef des Bundes, Herr Bundesrat Meyer, nicht ganz ohne Sorge bei der Erledigung der obschwebenden Frage. Er hat gewisse Schmerzen und Hemmungen empfunden. Wenn Sie die bundesrätliche Botschaft aufmerksam durchgehen, so beobachten Sie, dass es dem Kanton Neuenburg durchaus nicht etwa leicht gemacht worden ist, beim Bund die nachgesuchte Hilfe zu erlangen. Man muss sich in der Tat bei der gegenwärtigen Finanzlage des Bundes fragen, ob man gegenüber einem Kanton nicht über die Grenze dessen hinausgeht, was in der ganzen Auswirkung der bundesrätlichen Anträge betrachtet, zulässig und tragbar ist. Zum vornherein will ich bemerken, dass ich nicht etwa gegen den Kanton Neuenburg spreche. Durchaus nicht! Ich anerkenne, dass der Kanton Neuenburg ganz exceptionelle Verhält-

nisse hatte in der Krise und dass er unter dem Druck der wirtschaftlichen Not gelitten hat, wie nicht viele andere Kantone. Aber deshalb mag es mit Rücksicht auf die Bedeutung des hier zu behandelnden Geschäftes doch angezeigt sein, einige Bedenken zu äussern.

Man hat mit Recht auf die Konsequenzen der beantragten Hilfsaktion hingewiesen. Der Kanton Neuenburg ist nicht allein in einer schelchten Finanzlage. Auch andere Kantone sind übel daran. Und wenn es so weiter geht, wie es bis jetzt gegangen ist, werden letzten Endes alle Kantone mehr oder weniger notleidend sein. Dann wird es aber auch keinen finanzkräftigen Bund mehr geben, denn es gibt keinen starken Bund ohne starke Kantone. Ich möchte bitten das bei der Behandlung aller Krisenangelegenheiten in dieser Saale zu bedenken. Die Konsequenzen der vorgeschlagenen Hilfeleistung des Bundes können in der Tat sehr gefährlich werden. Herr Nicole und andere haben darauf hingewiesen, dass andere Kantone kommen könnten mit ähnlichen Hilfsgesuchen. Vielleicht hätten auch ostschweizerische Kantone Veranlassung die Hilfe des Bundes anzurufen. Sie werden es wahrscheinlich nicht tun, es müsste denn schon ganz schlimm kommen. Aber es ist immerhin berechtigt, darauf hinzuweisen, dass auch andere Kantone, lange, andauernde und sehr schwere Wirtschaftskrisen durchgemacht und trotzdem noch geordnete Verhältnisse in ihren Finanzen haben. Vielleicht hätte man auch in Neuenburg, wenn man frühzeitig vorgesorgt hätte, dieser Hilfsaktion ausweichen können. Der Botschaft können Sie entnehmen, dass die Uhrenindustrie des Kantons Neuenburg, die in der Wirtschaft dieses Kantons eine sehr grosse Rolle spielt, schon zu Anfang des letzten Dezenniums eine ziemlich schwere Krise durchgemacht hat. Aber es geht aus der Botschaft nicht hervor, dass damals energische Massnahmen zu deren Bekämpfung getroffen worden wären. Nach kurzem Unterbruch besserer wirtschaftlicher Verhältnisse, setzte die zweite Krise ein, die nachhaltiger und auch tiefer

gehend wirkte als die erste. Sie führte in ihrer Rückwirkung auf die öffentlichen Finanzen zu den geradezu katastrophalen Verhältnissen, die uns jetzt beschäftigen. Die Behörden des Kantons Neuenburg glauben, dass eine Rettung aus eigener Kraft nicht mehr möglich sei. Nun muss man sich aber fragen, ob die Hilfe, die der Bundesrat vorschlägt, genügt oder ob man später wieder mit einem Hilfsgesuch an den Bund gelangt? Sie haben bereits gehört, dass Experten sich dahin ausgesprochen haben, dass die Hilfe, wie sie vorgeschlagen wird, vielleicht nicht vollkommen genüge. Ich habe die Angelegenheit aufmerksam geprüft, und ich bin ebenfalls zum Eindruck gekommen, dass diese Befürchtungen nicht ganz unberechtigt sind. Das trifft auf alle Fälle zu, wenn nicht wenigstens jetzt im Kanton Neuenburg ganz energische Massnahmen getroffen werden. Man hat Sie darauf aufmerksam gemacht, dass die Steuerquellen im Kanton Neuenburg nicht so stark ausgebeutet werden wie in gewissen andern Kantonen. Diese Tatsache ist unschwer zu beweisen. Ich möchte nur zwei Vergleiche aus dem reichhaltigen Material der Statistik: Steuerbelastung in der Schweiz 1934, herausgreifen. Es werden in der Tat im Kanton Neuenburg, im Vergleich mit anderen Kantonen nicht die gleich hohen Steuern erhoben wie anderwärts. Ich möchte nicht mit st. gallischen Gemeinden vergleichen, mit st. gallischen Gemeinden, die ganz exorbitante, zum Teil wirklich unerträgliche Steuern haben. Ich möchte Sie nur auf eine thurgauische Industriegemeinde, die sich in bezug auf ihre Grösse und die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse mit den neuenburgischen Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle vergleichen lässt, auf Arbon, hinweisen. Die Statistik zeigt, dass man mit dem gleichen Vermögen und dem gleichen Einkommen in allen Stufenhöhen von unten bis oben in Arbon ganz bedeutend mehr Steuern bezahlen muss als in La Chaux-de-Fonds und Le Locle. Also: In einer industriellen Gemeinde der Ostschweiz viel stärkere Steuerbelastung als in dem Hilfe suchenden Neuenburgergebiet. Ich erachte es nun aber als Pflicht eines Kantons und der Gemeinden, alles aufzubieten, was möglich ist, um sich selbst zu helfen.

Nur, wenn die äussersten Anstrengungen nicht zu dem Erfolg führen, aus der Misère herauszukommen, darf man die Hilfe des Bundes in Anspruch nehmen. Man könnte ja noch eine andere Frage aufwerfen. Man könnte sich fragen, ob man auch in Bezug auf Beschränkung in den Ausgaben das tat, was irgendwie möglich gewesen ist. Ich möchte mich über diese Frage nicht einlässlicher verbreiten, aber doch die Andeutung machen, dass man in einzelnen notleidenden neuenburgischen Gemeinden vielleicht doch etwas weit ging, in der Ausschüttung von Fürsorgeentschädigungen. In Bezug auf die Arbeitslosenentschädigungen hat man ja kolossale Aufwendungen machen müssen. Ich anerkenne, dass die Not grosse Opfer erforderte. Aber vielleicht ist man doch da und dort weiter gegangen, als absolut notwendig war. Es ist mir auch gesagt worden, dass im Vergleich zu Gemeinden des Kantons Bern, die ebenfalls unter ähnlichen Verhältnissen standen, etwas weit gegangen worden sei.

Nun habe ich die Frage aufgeworfen: Genügt die Hilfe? und habe gesagt, es seien in mir gewisse Zweifel aufgestiegen. Es ist uns bekannt gegeben worden, dass die Gemeinden La Chaux-de-Fonds und Le Locle bereits verlangt haben, und zwar mehrmals und nachdrücklich, dass der Bund die ganze Entschädigung für die Arbeitslosenversicherung, soweit sie von der Oeffentlichkeit zu tragen ist, übernehme. Stellen Sie sich da die Konsequenzen der Berücksichtigung eines solchen Begehrens vor! Der Bund würde wenn auch andere Kantone und Gemeinden dieses Begehren stellen würden, solche Leistungen nicht lange aushalten. Aber es hätte noch eine andere Konsequenz: wenn der Geldgeber weit weg ist vom Empfänger, sind die Ansprüche des Geldnehmers vielleicht doch noch etwas nachdrücklicher und grösser, als wenn die beiden Kontrahenten nahe beieinander sind. Es geht aber doch aus dem Begehren hervor, dass man in diesen Gemeinden selbst glaubt, man werde in Zukunft auch nicht auskommen mit den eigenen Mitteln.

Auch in Bezug auf einen vollen Erfolg der Hilfeleistung an die Kantonalbank kann man vielleicht gewisse Zweifel haben;

wir hoffen immerhin, dass sich die Bank wieder erhole, wenn ihr diese Hilfe gewährt wird; und die Zweifel erscheinen in dieser Beziehung doch weniger berechtigt. Aber eines muss gesagt werden: Unter den gegebenen Verhältnissen sollten die Bedingungen die an die Hilfeleistung geknüpft werden vielleicht doch noch schärfer gefasst werden, als wie sie der Bundesrat vorschlägt.

Vom Bundesrat wird vorgeschlagen eine Finanzkontrolle: Einblick in die Rechnungen des Kantons. Mit diesem Einblick ist aber eigentlich nicht sehr viel getan. Man kann bei der Einsichtnahme in die Rechnungen wohl feststellen, dass die Verhältnisse unbefriedigend sind. Aber man muss aus dieser Wahrnehmung ganz entschiedene Konsequenzen ziehen können. Man muss Folgerungen ziehen und Massnahmen zur Sanierung treffen? Nun sagt man uns in dieser Beziehung, dass die Souveränität eines Kantons nicht verletzt werden und dass der Bund einem Kanton keine zu weitgehenden Vorschriften machen dürfe. Ich stelle mir das indessen so vor, wie im Privatleben. Der Geldgeber stellt die Bedingungen für die Gewährung eines Darlehens auf und nur unter diesen Bedingungen gibt er das Geld; der Geldnehmer braucht es nicht anzunehmen, wenn ihm die Bedingungen nicht passen. Auf die vorliegenden Verhältnisse übertragen meine ich dabei allerdings, dass nicht entwürdigende und drückende Bedingungen aufgestellt werden dürfen für die Gewährung eines Bundesdarlehens an den Kanton Neuenburg. Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber es gibt auch da noch Bedingungen, die man ganz gut vertreten kann, ohne dass man dem betreffenden Kanton in seiner Ehre und Würde zu nahe tritt.

Ich habe Sie auf die Steuerverhältnisse im Kanton Neuenburg und auf die Möglichkeit der Steuererhöhung hingewiesen. Demgegenüber wurden wir in der Finanzkommission darauf verwiesen, dass im Kanton Neuenburg ein gesetzliches Steuermaximum bestehe. Darauf muss man antworten: Wenn Ihr diesen Weg nicht betretet, dann machen eben wir den Versuch. Darfich zum Ver-

gleich doch noch die St.Gallischen Verhältnisse heranziehen! Im Kanton St.Gallen haben wir auch ein Steuermaximum. Wir haben das Volk liebenswürdig wie wir ihm gegenüber immer sind, angefragt: Willst Du nicht so freundlich sein und bei dieser ausserordentlich schlechten Finanzlage des Kantons ein wenig mehr an den Kanton abgeben, damit wir den armen Leuten und den armen Gemeinden etwas besser helfen können? Das Volk aber entschied mit grosser Mehrheit: Nein, niemals! das gibt es nicht! Gesetz und Verfassung haben ja das Volk dazu berechtigt. Was macht man dann? Nach einigen Monaten bereits verfügte der Grosse Rat, die gesetzgebende Behörde: Jetzt wird die Steuer doch erhöht. Ich war etwas erstaunt - dass gegen diesen Vorschlag keine Revolution inszeniert wurde und dass sich eigentlich nicht einmal jemand darüber recht aufgeregt hat, wenigstens kam dergleichen in der Presse kaum zum Ausdruck. Sie sehen also, dass Möglichkeiten bestehen, selbst bei gesetzlichen Bestimmungen, unter ausserordentlichen Umständen etwas mehr zu fordern, als man unter normalen Verhältnissen als zulässig betrachtet.

Der Bund will sodann als Sicherstellung für die Erfüllung von gewissen Rückzahlungsverpflichtungen des Kantons Neuenburg Anteile des Kantons an Bundeseinnahmen zurückbehalten. Ich betrachte diese Sicherstellung als etwas problematisch. Es gibt Bundesanteile der Kantone, die früher ganz bedeutend waren: so machte z.B. der Ertrag aus dem Alkoholmonopol pro Kopf der Bevölkerung bis zu 2 Fr. aus. Heute bekommt man nichts mehr; und in dieser Beziehung hat man also keine Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen des Schuldners. Es gibt allerdings andere Bundesanteile, die noch in die Kantone fliessen, auch nach Neuenburg. Aber ich weiss nicht, wie die Erfüllung der Rückzahlungsverpflichtungen durch den Rückbehalt dieser Bundesanteile, beispielsweise dem Benzinzollanteil aus dem man den Strassenbau und die Beschäftigung Arbeitsloser finanzieren soll, letzten Endes gesichert werden. Ich fürchte sehr, dass man diese Sicherung jetzt wohl zu Papier nehmen kann, dass aber der Durch-

führung dieser Vorschriften sehr grosse Schwierigkeiten im Wege stehen werden.

Man verlangt ferner vom Kanton Neuenburg nach der Vorlage, wie sie Ihnen von der nationalrätlichen Kommission unterbreitet worden ist, Massnahmen und Berichterstattung über diese Massnahmen an den Bundesrat. Das ist vielleicht schon eine etwas bessere Handhabe für die Erfüllung der Verpflichtungen des Schuldners; aber vielleicht ist auch diese Handhabe noch nicht genügend. Man könnte sich fragen, ob man nicht dem Bundesrat die Ermächtigung geben sollte, weitergehende Massnahmen, und zwar insbesondere eine stärkere Ausbeutung der Steuerquellen vorzuschreiben. Das wäre ein wirksames Mittel, um einmal im Kanton Neuenburg die Finanzen wesentlich zu verbessern und damit auch für die Erfüllung der Schuldverpflichtungen gegenüber dem Bunde mehr Gewähr zu haben.

Man hat auch gesagt, es wäre nötig, weitergehende Bedingungen zu verlangen in Bezug auf die Hilfeleistung zu Gunsten der Kantonalbank. Ich möchte immerhin darauf aufmerksam machen, dass neben dem Bundesbeschlusse, wie er hier in fünf Artikeln beantragt wird, noch eine Vereinbarung über die Schaffung des neuen Dotationskapitals für die neuenburgische Kantonalbank in Aussicht genommen ist, bei der nicht nur der Bund und der Kanton Neuenburg, sondern auch noch andere Kontrahenten vorhanden sind und dass in dieser Vereinbarung vorgeschrieben wird, dass das Gesetz über die Kantonalbank möglichst bald revidiert werden müsse. Dies ist in der Tat auch notwendig, denn das Gesetz über die Kantonalbank des Kantons Neuenburg war nicht das beste. Es ist 1882 erlassen worden, also in einem Zeitpunkte, wo andere Kantone schon längst Kantonalbankgesetze hatten. Man hätte zu diesem neuen Gesetze vielleicht ein besseres Muster nehmen können als es geschehen ist. Man hat der Kantonalbank vorgeschrieben, dass sie quasi die Gemeinden und den Kanton finanzieren müsse, dass sie diesen die Mittel beschaffen müsse. Einem Finanzdirektor eines notleidenden Kantons könnte das ei-

gentlich sehr angenehm sein; aber ich halte das für gefährlich. Es hat sich denn auch im Kanton Neuenburg als sehr gefährlich erwiesen. Der Kanton bezog Geld von der Kantonalbank; die Gemeinden bezogen Gelder von der Kantonalbank, und auf der andern Seite kam es dazu, dass der Kanton das Dotationskapital, ich darf nicht gerade sagen, aufblähen musste, aber doch höher zur Verfügung stellen musste, als das nach dem Geschäftsumfang der Neuenburger Kantonalbank notwendig gewesen wäre. Das sind Zusammenhänge, die hier erörtert werden müssen, und es sind Zustände, die jetzt festgehalten werden müssen. Ich hoffe nur, dass das Ansehen der übrigen Kantonalbanken an diesem Beispiele keinen Schaden erleide.

Alles in allem genommen möchte ich zum Schlusse eine Feststellung besonders hervorheben: Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Kanton Neuenburg hat schlaglichtartig gezeigt, wohin es mit einem Kanton und mit den Gemeinden kommen kann, wenn man die Gemeinwesen durch die Bundesgesetzgebung und durch kantonale Gesetze zu Opfern verpflichtet, die sie nicht mit eigenen Mitteln prästieren können. Man möge sich daraus eine Lehre für die Zukunft ziehen, und das ist gerade im gegenwärtigen Moment sehr notwendig und nützlich, die Lehre nämlich, dass man auch vom Bunde aus - von diesem Saale aus - die Kantone weniger verbindlich erklärt für Leistungen, für die Erfüllung von Verpflichtungen die sie, auf sich allein angewiesen, in anderer Art und Weise und vielleicht doch auch den Verhältnissen richtig angemessen regeln würden. Zu grosse Anforderungen führen immer mehr dazu, dass der Bund um Hilfe angegangen wird. Deshalb möchte ich Ihnen zurufen: Seien Sie inskünftig vorsichtiger, als es bisher gelegentlich der Fall war, sonst wird es nicht das einzige Beispiel sein, das jetzt leider der Kanton Neuenburg geben muss! Es werden unter Umständen andere Fälle folgen.

Bundesrat M e y e r: Im Antrage des Bundesrates finden Sie ganz gegen die Gewohnheit, die wir sonst üben, keinen Artikel der Bundesverfassung zitiert, um die Kompetenz des Bundes

zu begründen. Wir könnten also dem Einwand begegnen, dass diese Kompetenz verfassungsrechtlich nicht genügend fundiert sei. Allein ich glaube, Sie fühlen alle wohl, dass diese ausserordentliche und ungewohnte Aktion unserem Verfassungsrechte in den Grundsätzen nicht widerspricht. Ich glaube, wir dürfen darauf hinweisen, dass die Kompetenz des Bundesrates in diesem Falle aus dem ganzen Verhältnis des Bundes zu den Kantonen in unserem Bundesstaate herauszulesen ist. Die Kantone sind die Glieder des Bundes, und es ist wohl richtig, wenn ein Staatsrechtslehrer ausgesprochen hat, dass in keinem Bundesstaate der Welt die Glieder mit dem übergeordneten Staate so enge verbunden seien wie gerade in unserem Staatswesen. Wenn der Bund die nationale Einheit verkörpert, so erfüllen die Kantone gleichermassen eine lebenswichtige Funktion, nämlich als die Förderer des demokratischen Gedankens und als die Herde der Kultur. Durch diese Zusammenarbeit für den Zweck des Staates folgt die Tatsache, die unserem Bewusstsein einverleibt ist, dass nur ein Zusammenwirken der beiden Teile, des Bundes und der Kantone, eine Vereinigung von Zentralismus und Föderalismus, geeignet ist, unsere Entwicklung zu fördern.

Freilich muss dieses Verhältnis beiden Teilen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wenn sich im Volksbewusstsein festgesetzt hat, wie es auch heute wieder in den Reden durchgeklungen ist, dass überall da, wo der Kanton mit seiner Kraft nicht mehr nachkommt, der Bund helfen müsse, so muss diesem Satz als Korrektur das gegenüberstehen, was der Föderalismus im guten Sinne des Wortes enthält: Das Bewusstsein und der Stolz der Kantone, aus eigenen Kräften das zu erfüllen, was ihnen nach der Bundesverfassung zugebracht ist.

In diesem Sinne hat die Schweiz schon in früheren Jahren einige ausserordentliche Aktionen gegenüber den Kantonen durchgeführt, und Sie haben aus den Aeusserungen der Herren Referenten der Kommission gehört, um welche Fälle es sich gehandelt hat. Es ist bis auf wenige Tage genau 20 Jahre her, seitdem die

letzte dieser Aktionen stattgefunden hat, diejenige, die mit der vorliegenden noch am meisten Aehnlichkeit gehabt hat - in der Veranlassung, wenn auch nicht in den Summen - nämlich die Hilfeleistung an den Kanton Uri, der mit seiner Kantonalbank in eine Lage gekommen war, die ihm ein Herausarbeiten aus eigenen Kräften unmöglich machte.

Die Herren, die bis jetzt gesprochen haben, haben es mir nachgeföhlt, dass ich in bezug auf diese Vorlage nicht von Enthusiasmus beseelt bin. Ich brauche dazu wohl nichts weiter zu sagen. Ich stelle jedoch fest, dass der Bundesrat wie auch das Finanzdepartement, die die Vorbereitungshandlungen zu besorgen hatten, ganz und gar nicht leichthin an die Sache gegangen sind. Sie können sich bei den Vertretern des Kantons Neuenburg erkundigen und sich überzeugen, mit wie viel Zurückhaltung Finanzdepartement und Bundesrat in den verschiedenen Stadien die Sache behandelt haben. Wir haben - es wäre ja auch ein schwerer und unverzeihlicher Fehler gewesen - niemals ausser acht gelassen, dass es andere Kantone in der Schweiz gibt, die in den Krisenzeiten, wo alle leiden, besonders schwere Opfer haben tragen müssen. Wir haben den Vertretern des Kantons Neuenburg in den Besprechungen das Beispiel einzelner Kantone vorgehalten, namentlich aus der Ostschweiz, die in ganz ähnlicher Weise wie der Kanton Neuenburg durch eine langandauernde Krise ihrer wichtigsten Industrie haben hindurchgehen müssen, und die in der letzten Phase, in der schweren Weltkrisis, ihre letzten Kräfte anstrengen mussten, um sich über Wasser zu halten. Die Kantone St.Gallen, Appenzell und andere haben ähnliche Leiden durchmachen müssen, und zu ihrer Ehre ist zu sagen, ich bestätige es mit Dank, dass diese Kantone durch Sparsamkeit und durch eine ausserordentliche Energie dieser Verhältnisse Meister geworden ist. Natürlich wäre es auch eine unverzeihliche Unterlassungssünde gewesen, wenn wir nicht etwa an den Kanton gedacht hätten, den heute Herr Nationalrat Nicole so beredt vertreten hat. Der Kanton Genf ist gelegentlich an uns gelangt, Ich möchte nicht

nach jeder Richtung hin auf die Aeusserungen des Herrn Nicole zurückkommen. Wenn er uns aber Beweggründe für unser Verhalten unterschiebt, die rein parteipolitischer Art sind, so möchte ich ihm entgegnen, dass ich mich in der Behandlung des Kantons Genf von jeder Schuld in dieser Hinsicht frei weiss, und ich stelle fest, dass auch der Bundesrat von solcher Schuld freigesprochen werden muss. Man darf nicht übersehen, dass es sich beim Kanton Genf um einen Fall anderer Art handelte als jetzt beim Kanton Neuenburg. Der Kanton Genf steht in bezug auf die Leistungsfähigkeit seiner Bevölkerung ganz anders da als der Kanton Neuenburg. Neuenburg mit seinen 124.000 Einwohnern gegenüber den 171.000 des Kantons Genf unterscheidet sich der Grösse nach nicht wesentlich von seinem Nachbarkanton. Wenn Sie aber das steuerbare Einkommen der Kantone vergleichen, so sehen Sie, dass dieses im Kt. Neuenburg 127 Millionen beträgt, dasjenige des Kantons Genf 337 Millionen. Und wenn Sie das steuerbare Vermögen des Kantons Neuenburg im Vergleich setzen mit dem von Genf, so finden Sie, dass 849 Millionen Fr. für Neuenburg, 2.892 Millionen Fr. für Genf gegenüberstehen. Der Kanton Genf ist Gott sei Dank ein reicher Kanton und wenn er in Schwierigkeiten gekommen ist, so bedeutet das nur eine vorübergehende Krise, die mit dem Vertrauen derer zusammen hängt, die dem Kanton Genf ihr Geld leihen müssen. Weil Herr Nationalrat Nicole sich, wie er sagte, solcher Zurückhaltung beflissen hat in seinen Bemerkungen gegenüber dem Finanzdepartement, so möchte ich diesen Ton beibehalten, möchte aber betonen, dass die Aeusserungen, die insbesondere Herr Staatsrat Nicole denen machte, die berufen waren, das Geld für ein Darlehen aufzubringen, nicht allzu freundlicher Art waren und daher nicht geeignet, den Leistungswillen dieser Kreise anzuspornen. Aber für diese Sache können wir direkt nichts und sind auch dafür nicht verantwortlich. Ich stelle fest, dass wir dem Kanton Genf gegenüber den ehrlichen und loyalen Vermittler zwischen dem Kanton und den "Geldmächten", die da in Betracht kommen, gespielt haben und spielen mussten. Die Sache ist bis heute ja gut ge-

gangen. Was von denen, die das Darlehen gewährten, verlangt wurde, das haben wir gewissermassen als Briefträger dem Kanton übermittelt; wir haben es ihm überlassen, sich dem zu unterziehen oder nicht. Er hat sich unterzogen und so sind die finanziellen Transaktionen zwischen dem Kanton und den Banken schliesslich selbständig abgeschlossen worden. Das zum Unterschied zwischen Neuenburg und Genf. Ich möchte an Hand dieses Beispiels nur zeigen, dass wir orientiert sind auch über die Lage der andern Kantone, und wir wissen, in welcher Weise nicht nur der Kanton Neuenburg, sondern auch die andern Kantone in bezug auf die Ausgleichung ihres Budgets Anstrengungen unternommen haben. Ich darf übrigens Herrn Nationalrat Nicole noch eines sagen - es wird ihn freuen: Im Ständerat hat ein Genfer Abgeordneter, der bei der Besprechung des Finanzprogramms sehr eindringlich nach Ersparnis gerufen hat, uns sogar den Kanton Genf als Vorbild hingestellt, weil er mit einer plötzlichen Reduktion seiner Ausgaben seinen Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen vermochte. Was wollen Sie mehr? Es liegt deshalb kaum eine Veranlassung vor, Genf von Seiten des Bundes ein Darlehen zu ermässigtem Zinsfuss zu gewähren.

Ich sage: wir haben die Lage des Kantons Neuenburg in wiederholten Erhebungen und in Verhandlungen sehr einlässlich geprüft. Wir haben es an kritischer Beurteilung, wie sie heute auch wieder, sowohl bei der Berichterstattung der Finanzkommission wie auch bei den andern Votanten zum Ausdruck gekommen ist, nicht fehlen lassen. Wir wissen sehr wohl, dass man sagen kann, der Kanton Neuenburg sei im Ganzen spät auf die Neuordnung seines Finanzhaushaltes herangetreten, und dass auch in bezug auf die Kantonalbank einiges zu kritisieren ist, sowohl was die Konstituierung, die Ausdehnung des Geschäftskreises und überhaupt die ganze Tätigkeit betrifft. All das ist von uns nicht übersehen worden. Wir haben in voller Erkenntnis dieser Dinge den Antrag gestellt, der Ihnen heute zur

Beratung vorliegt. Als wir im Bundesrat diese Sache besprachen, sagten wir uns: Gewiss, es ist manches einzuwenden, aber es ist jetzt nicht die Zeit, um diese Kritik zu üben und darüber das Handeln zu versäumen. Ich möchte Sie bitten, den Zeitpunkt in Betracht zu ziehen, der uns veranlasst hatte, dem Begehren des Kantons Neuenburg zu willfahren.

Ich will nicht weiter auf die Verkettung ungünstiger Umstände hinweisen, welche die Situation des Kantons Neuenburg in einer Weise gestaltet haben, dass nach dem Experten-Gutachten festgestellt werden musste, der Kanton könne sich aus eigener Kraft aus dieser Verlegenheit nicht mehr heraushelfen. Ich will die einseitige Wirtschaftsorientierung, die industrielle Struktur, die in der Blüte allerdings eine Wohlhabenheit hervorbrachte, aber dann in der Krisis um so schwerer auf dem kleinen Kanton lastete, nicht weiter berühren. Der Kanton Neuenburg ist, das war angesichts seiner Lage das Bedenkliche, in einem durchaus geschwächten Zustande in diese ernste Zeit der Weltkrisis hineingekommen. Er ist schon Jahre vorher durch schweres Darniederliegen in der Uhrenindustrie arg getroffen worden. Dazu ist dann der Zusammenhang mit der Kantonalbank gekommen. So hat dann die Krise derart schwere Opfer gefordert.

Der Kanton Neuenburg hat zwar erhebliche Anstrengungen unternommen, Ersparnisse zu erzielen. Er war der erste Kanton, der eine Krisensteuer durchgebracht hat. Aber das genügte nicht. So gelangten dann vom Jahre 1932 hinweg die Hilfsgesuche an den Bund. Die erste Leistung in Form eines Darlehens, des Bundes erfolgte Ende 1932. Ich möchte niemanden kritisieren, aber die Frage kann man wohl stellen, ob nicht gerade durch jenen Anfang die verhängnisvolle Bahn beschritten worden sei. Es ist schwer zu sagen, ob es damals für den Kanton noch zeitig genug gewesen wäre, sich aus eigener Kraft aufzuraffen. Es ist vielleicht nicht unrichtig, was in einem Gutachten steht, nämlich dass man wohl im Kanton Neuenburg allzusehr auf die Hilfe von aussen vertraute. Allein, als man sich im Jahr 1935, im Monat Mai, in

einer Zeit grosser Unruhe, schwerer Angriffe auf unsere Währung und unliebsamen Diskussionen um unsern gesamten Landeskredit, die Frage stellte: Soll ein Kanton, ein Glied der schweizerischen Eidgenossenschaft, jetzt finanziell zusammenbrechen, dürfen wir das vom Standpunkte des Landeskredites, der Währung aus verantworten, da hat sich der Bundesrat gesagt, die Folgen seien so unabsehbar, dass für diese Katastrophe, die eintreten müsste, wenn der Bund seine Hilfe versagen sollte, niemand mit gutem Gewissen die Verantwortung übernehmen könnte. So ist dann das zustande gekommen, was wir Ihnen heute zur Annahme unterbreiten. Es ist mit vollem Recht durch den Herrn Präsidenten der Finanzkommission auf die unselige Verquickung mit der Kantonalbank Neuenburg hingewiesen worden. Wir haben uns zehnmal überlegt, bevor wir auch zu Gunsten der Bank eingriffen. Wenn der Kredit der Kantonalbank nicht in der Weise mit der Zahlungsfähigkeit des ganzen Kantons verbunden gewesen wäre, dass man sich sagen musste, eine Sanierung der Kantone ohne Sanierung der Bank sei unwirksam, so hätte der Bund keinen Rappen für die Bank gegeben. Aber aus Rücksicht auf den Kanton haben wir uns auch der Sanierung der Bank annehmen müssen. In bezug auf die Bank kann man wieder Kritik üben. Hier liegt abermals nicht ein einziges Unglück vor. Im Jahre 1920 führte die notgedrungene Uebernahme eines Institutes, das nicht mehr bestehen konnte, nämlich der Caisse d'épargne, zu einer Immobilisierung der Kantonalbank von etwa 20 Millionen Franken. Da nützte das gross aufgezogene Dotations-Kapital von 40 Millionen Fr. nicht mehr viel, wenn es in so starkem Masse immobilisiert war.

Dann folgte 1930 die Reorganisation. Sie bestand darin, dass man zwar eine Unterbilanz von 17 Millionen Fr. feststellte (sie war zurückzuführen auf eine Serie von Verlusten bis zu diesem Betrage) diese aber nicht am Dotationskapital abschrieb. Derart geschwächt und in nicht intakter Verfassung ist darauf diese Bank in die neue Periode der Krise hineingekommen, in die Zeit, wo selbst Banken, die keiner Diskussion unterlagen, grosse Rückzüge erlitten, weil ein allgemeines Misstrauen gegenüber

den Banken entstanden ist. Als dann im Frühjahr dieses Jahres die Frage sich stellte, ob für diese Bank dasjenige Mittel angewendet werden solle, das wir bisher bei privaten Banken angewendet haben, nämlich der Aufschub der Fälligkeit gemäss dem neuen Bankengesetz, da haben verschiedene Stellen uns sehr eindringlich gebeten, es ja nicht zu diesem Schritte kommen zu lassen. Die eidgenössische Bankenkommision hat uns erklärt: Wenn das geschieht, dann wird das Misstrauen, das in gewissen Kategorien von Banken vorhanden ist, nun auch den stärksten Stamm unserer Bankenorganisation in unserem Lande ergreifen, diejenige Gruppe, die sich bisher durch Festigkeit ausgezeichnet hat, nämlich die Kantonalbanken. Als es sich dann um die Rekonstruktion handelte, hat zuerst der Bundesrat die Beteiligung am Dotationskapital abgelehnt. Er hat gesagt, wenn die Kantonalbanken erklären, die Anwendung des Fälligkeitsaufschubes auf diese eine Kantonalbank würde den Kredit der Kantonalbanken, damit aber auch den Kredit des ganzen Bankwesens und des Landes nachteilig beeinflussen, dann sollen die Kantonalbanken durch ihre tätige Mitwirkung an der Rekonstruktion den Beweis erbringen.

Es kam dann eine Vereinbarung zustande, durch die die Kantonalbanken sich verpflichteten, an das neue Dotationskapital 6 Millionen beizutragen. In dieser Vereinbarung war weiter vorgesehen, dass private Institute, verschiedene Stellen im Kanton Neuenburg, ebenfalls ein Opfer bringen müssen durch eine Beteiligung mit 3 Millionen. Als dann die Kantonalbanken ihre Bemühungen weiter führten und auch die Versicherungsgesellschaften ersuchten, sich an der Solidaritätsaktion zu beteiligen, da erst hat dann der Bundesrat sich auch dazu verstanden, auch seinerseits einen Teil des Dotationskapitals zu leisten. So wie jetzt die Dinge liegen, wird diese Beteiligung des Bundes am Dotationskapital sich auf 5 Millionen oder wenig darüber beschränken können. Die Beteiligung der Versicherungsgesellschaften ist zur Zeit noch nicht perfekt, wir können also den genauen Betrag heute noch nicht mitteilen.

Nun ist auch diese Beteiligung neben dem Anteil an der

Sanierung der Kantonalbank eine grosse Last, die wir auf uns nehmen. Allein ich möchte doch feststellen: Wir geben hier keinen Franken à fonds perdu; mit Ausnahme der Einbusse auf dem Kapitalzins schenken wir nichts. Alle Kapitalbeträge, die wir vorschliessen, sollen zurückbezahlt werden; sie sind mit Ausnahme eines einzigen dem Kanton Neuenburg geliehen und sollen nach 15 Jahren zur Rückzahlung kommen.

Eine eigenartige Stellung nimmt die Verlustreserve ein, die der Kanton hier hat zuschiessen müssen. Die Experten haben festgestellt, dass die gefährlichen Risiken der Bank sich auf 55 Millionen belaufen, dass sie also 15 Millionen über das Dotationskapital hinausgehen. Diese letzten 15 Millionen sind nicht Verluste, die bereits eingetreten wären. Aber um die Gefahren dieser Risiken von der Bank fortzuschaffen, hat der Bundesrat einen Betrag von 15 Millionen ausgesetzt. Das ist ein Kredit, den er au fur et à mesure der eintretenden Verluste dazu verwenden will, diese Verluste zu decken. Es ist ein genau umschriebener Kreis von Verlusten um dessen Deckung es sich hier handelt; es kommen nur diejenigen Posten in Betracht, die nach Abschreibung des gesamten Dotationskapitals heute noch und bis 1950 notleidend werden. Die Deckung geht in der Weise vor sich, dass, wenn der Betrag nötig ist, bis zu 15 Millionen nach Massgabe der Verluste einbezahlt werden muss. Es handelt sich hier um ein nicht verzinsliches Darlehen. Allein es ist in der Gewinnverteilung der Bank vorgesehen, dass nach Verzinsung des Dotationskapitals und Dotierung des Reservefonds die Hälfte des Reingewinnes dem Bunde zufällt als Tilgung für die Verlustreserve, soweit sie hat in Anspruch genommen werden müssen. Ein Teil dieser Verlustreserve soll sofort ausbezahlt werden, um als offene Reserve zu dienen, damit die neue Kantonalbank vom ersten Tag ihrer Wirksamkeit an, eine bessere Fundierung aufweist.

Das sind die nicht ganz einfachen Verhältnisse, um die es sich hier handelt. Und nun ist die Frage hier gestellt worden: Wie steht es denn mit dem Präjudiz, das dieser Fall in unserem Lande bildet? Es ist ja nicht zu leugnen, dass man da und dort in Versuchung kommen wird, sich auf diesen Fall zu berufen. Allein

ich glaube, wir haben die Angelegenheit so einlässlich geprüft und sind mit so fester Ueberzeugung, wie übrigens auch die Herren der Finanzkommission und andere Votanten, zu dem Schluss gekommen, es handle sich um eine so eigenartige Situation und um eine derart unheilvolle Verquickung verschiedener schwerwiegender Umstände, dass wir glaubten, hier die Hilfe des Bundes als einmalige und einzigartige Aktion gewähren zu dürfen. Wenn Sie fragen, ob die Hilfe genüge, oder ob nicht in kurzer Zeit der Kanton wieder an uns gelangen werde, so möchte ich antworten, dass wir bereits angedeutet haben, dass der Kanton Neuenburg noch Reserven besitzt, um seine Finanzlage zu bessern. Es ist hier, zum Teil in einer Form nicht unberechtigter Kritik, gesagt worden, dass diese Reserven sowohl in den Ausgaben wie in den Einnahmen namentlich in Bezug auf die Steuern, bestehen. Da müssen wir verlangen, soll diese Hilfsaktion nicht widersinnig sein, dass die Forderung sich auf der jetzigen Grundlage einzurichten vom Kanton Neuenburg aufs Aeusserste beherzigt werde. Der Kanton muss auf Grund der jetzt erfolgenden Hilfe das Erdenkliche tun, um selbst die Ordnung der Finanzen herzustellen. In Bezug auf Art.4, der gewisse Garantien enthält - man hat sie nach einem zeitgemässen modernen Namen als Sanktionen betitelt - ist zu sagen, dass vielleicht auch andere Garantien geschaffen werden könnten; in der Finanzkommission des Nationalrates wie auch derjenigen des Ständerates sind solche Anregungen gemacht worden, und es ist nicht unmöglich, dass im Laufe der Verhandlungen zwischen beiden Räten noch einzelne Aenderungen eintreten.

Man hat uns Anregungen gemacht, die dahin gingen, es müsse im Notfalle die Ordnung durch einen Abgesandten des Bundesrates hergestellt werden. Wer die Dinge überdenkt, muss sich sagen, dass die Stelle, die hier die Ordnung herzustellen imstande sei, am allerehesten die Kantonsregierung sein wird. Wir haben das Vertrauen in die Kantonsregierung, und wir vertrauen auch dem Neuenburger Volk, dass es durch Opferwilligkeit den Intentionen der Kantonsregierung folgen werde, so dass die Herstellung des

Gleichgewichtes nicht auf sich warten lasse. So sehr ich nun auch mit den Herren, die gesprochen haben glaube, dass wir auf allen Seiten aus diesem Falle die nötigen Lehren ziehen müssen, so möchte ich doch die Hoffnung hegen, dass wir durch diese Aktion dem Kanton eine Hilfe haben angedeihen lassen, die einem wirklich bedürftigen Glied zugute kommt, und die auch wirksam sein wird. In dieser Hoffnung möchte ich Ihnen beantragen, auf die Vorlage einzutreten.

Der Rat geht ohne Gegenantrag zur artikelweisen Beratung über. Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles.

Titel und Ingress.

Angenommen.

-

Titre et préambule.

Adopté.

Art. 1.

S t ä h l i, Berichterstatter: Bei Art.1 handelt es sich darum, die frühere Anleihe von 8 Millionen aus dem Jahre 1932, die Vorschüsse der Nationalbank von 8 Millionen aus dem Frühjahr 1935 und die 4 Millionen vom Juli 1935 zu konsolidieren als langfristige Schuld. Ausserdem kommen zu diesem Betrag die 4 Millionen, die der Bundesrat noch vorbehalten hat, um sie zu gegebener Zeit an den Kanton Neuenburg auszurichten. Der Zinsfuss ist auf 2 % festgesetzt. Ab 1939 soll mit der planmässigen Tilgung begonnen werden.

Ich empfehle Ihnen Annahme dieses Artikels.

M. T r o i l l e t; rapporteur: Pour venir en aide au canton de Neuchâtel sans modifier les dispositions légales, on examina dit le message, "la possibilité de subventions à fonds perdu d'un montant correspondant aux suppléments demandés. Dans sa séance du 9 juillet, le Conseil fédéral écarta cependant cette solution; par contre, il décida d'accorder au canton, pour lui et ses communes dans la gêne, un nouveau prêt de 4 millions de francs au taux de 2 %, destiné aux besoins courants de la trésorerie. Il envisagea, en outre, de proposer à l'Assemblée fédérale, pour la session de septembre, de consolider en un prêt

d'une durée de 15 ans, à 2 %, les différents prêts consentis jusqu'à ce jour pour un montant de 20 millions auquel s'ajouterait 4 autres millions éventuellement nécessaires.

L'article 1er consacre la situation actuelle, avec l'adjonction de 4 millions, somme éventuellement nécessaire.

Art. 2.

S t ä h l i, Berichterstatter: Ich habe schon bei der Debatte über Eintreten ausgeführt, dass bei der Kantonalbank nach Abschreibung des Dotationskapitals ein Verlustsaldo von 15,5 Millionen bleibt. Artikel 2, wie er in der Vorlage enthalten ist, ermächtigt den Bundesrat, der Kantonalbank Neuenburg Vorschüsse bis zu 15 Millionen zinslos zu gewähren. Diese Vorschüsse sollen die Verluste decken, die bis 30. September 1950 noch entstehen. Der Betrag von 15 Millionen würde somit vorerst beim Bund bleiben und erst nach Massgabe des eintretenden Verlustes zur Zahlung gelangen. Immerhin wird der Bundesrat ermächtigt, der Kantonalbank von Anfang an den Betrag von 3 Millionen als offene Reserve zinslos zur Verfügung zu stellen. Diese Reserve - sie haben das aus dem Votum des Chefs des Finanzdepartementes entnommen - würde erst in letzter Linie in Anspruch genommen! Bei der Beratung in der Finanzkommission ist die Frage der Verzinsung dieser 15 Millionen diskutiert worden. Die Aufnahme einer Zinspflicht ist aber kaum mehr möglich, weil dann die mit andern Geldgebern abgeschlossene Vereinbarung beeinflusst würde.

Für die Tilgung dieser 15 Millionen ist einmal die Hälfte des zukünftigen Reingewinnes der Kantonalbank vorgesehen, d.h. das, was nach Verzinsung des Dotationskapitals mit 4 % übrig bleibt. Für Näheres verweise ich auf Art. 6 der Vereinbarung. Sodann sind für die Tilgung allfällige Wiedereingänge aus Verlusten vorgesehen, die zu Lasten des Vorschusskredites des Bundes verbucht wurden. Auch da sei an Art. 7, Ziffer 3, der Vereinbarung erinnert. Da es sich bei diesen 15 Millionen nicht um eine Subvention, auch nicht um ein Darlehen handelt, war die Finanzkommission der Meinung, diesen Betrag als Vorschuss aufzuführen.

So bringt denn die abgeänderte Fassung der Finanzkommission diesen Gedanken wieder besser zum Ausdruck. Ich möchte Ihnen belieben, die abgeänderte Fassung der Kommission zu Art.2 anzunehmen.

M. T r o i l l e t , rapporteur: La modification qui vous est proposée ici par la commission est d'ordre purement rédactionnel. Cet article 2 est introduit dans l'arrêté ensuite de la convention qui a été passée entre, d'une part le Conseil fédéral, l'Union des banques cantonales suisses et, d'autre part, d'autres bailleurs de fonds, pour la réorganisation de la Banque cantonale neuchâteloise. Il est prévu dans la dite convention que ces valeurs seront versées au fur et à mesure des pertes jusqu'en 1950 et que le remboursement de ces valeurs sera fait, selon l'article 6 de la convention, par 50 % à la Caisse fédérale en amortissement de la réserve de perte de 15 millions qui a été accordée par la Confédération. Cet article est donc une consécration de la convention entre le Conseil fédéral, l'Union des banques cantonales suisses et d'autres bailleurs de fonds. L'amendement que nous vous proposons est sans importance quant au fond, c'est plutôt une modification rédactionnelle destinée à donner une plus grande clarté au texte et nous vous recommandons l'adhésion à la proposition de la commission.

Art.3.

S t ä h l i , Berichterstatter: Art.3 des Entwurfes ermächtigt den Bundesrat, dem Kanton Neuenburg ein Darlehen von höchstens 6 Millionen zu geben. Er hat den Betrag als Dotationskapital der Kantonalbank zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich also um die Leistungen des Bundes für das zukünftige Dotationskapital von 15 Millionen. Das Dotationskapital ist zu 4 % zu verzinsen. Als Sicherheit wird dem Bund gegenüber das Dotationskapital verpfändet. Das neue Kapital wird vom Bund, den Kantonalbanken und den privaten Geldgebern nur vorgeschossen, und zwar für die Dauer von 15 Jahren. Ich möchte besonders be-

tonen, dass der Bundesrat infolgedessen nicht an der Kantonalbank beteiligt wird. Er erhält vielmehr nur ein Guthaben an den Kanton. Der Kanton seinerseits hat jährlich den festen Betrag von 600.000 Fr. an die Geldgeber zu leisten. Ausserdem wird der Kanton seinen Anteil am Reingewinn zur Tilgung des Dotationskapitals verwenden. In dem Masse, wie nun das Dotationskapital zur Tilgung gelangt, kann auch von den 600.000 Fr. ein steigender Betrag für die Tilgung verwendet werden. Die näheren Bestimmungen darüber sind in den Art.5 und 6 der Vereinbarung enthalten.

Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob es in Zukunft zu Reingewinnen kommen werde. Die Experten haben diese Frage bejaht und zwar besonders deshalb, weil auch nach Auffassung der Bankenkommission die Sanierung diesmal gründlich vorgenommen wird, und namentlich auch, weil diese Lösung der Kantonalbank 15 Millionen neue Mittel zuführt.

Sie entnehmen dem Art.3, Schlusssatz auch, dass die Darlehen des Bundes von Stempel- und Couponabgaben befreit sind. Es erschien dem Bundesrat als zweckmässig, diese Vergünstigung auf das ganze Dotationskapital auszudehnen. Das schien ihm um so naheliegender, weil auch die übrigen Geldgeber zum Teil aus höheren, allgemeinen Interessen sich zur Beteiligung an das Dotationskapital entschlossen haben.

Ich empfehle Ihnen Zustimmung zum Antrag der Kommission.

Art. 3.

M. Troillet, rapporteur: Vous venez de voter, à l'article 2, les 15 millions nécessaires pour couvrir les pertes qui pourront survenir à la Banque cantonale neuchâteloise jusqu'en 1950. L'article 3, lui, prévoit le capital de dotation indispensable pour permettre la continuation de l'activité de cet établissement. Cet article 3 est également en liaison avec les dispositions de la convention relatives à la création d'un nouveau capital de dotation prévu à l'article 1er, où il est dit que les

prêteurs accordent à l'Etat de Neuchâtel des prêts d'un montant total de 15 millions de francs que l'Etat met à la disposition de la Banque cantonale neuchâteloise, comme nouveau capital de dotation, prêts dans lesquels la Confédération intervient pour 6 millions.

A l'article 2 de la Convention, il est prévu également que les prêts doivent être gagés par la mise en nantissement en faveur des prêteurs d'un montant nominal équivalent du capital de dotation. La forme et les conditions du nantissement seront fixées par une convention spéciale.

Le remboursement de ce capital de dotation est prévu ensuite à l'art. 6, où il est stipulé que le bénéfice net de la Banque cantonale neuchâteloise, après prélèvement de la somme nécessaire au paiement de l'intérêt de 4 % sur le capital de dotation, doit être réparti comme suit, notamment 30 % à l'Etat, qui utilisera ce montant pour le remboursement des prêts destinés à la création du capital de dotation. Ce capital de 6 millions résulte donc d'une convention. Il est prévu que cette valeur sera garantie par la Banque elle-même et aussi que le remboursement en sera garanti sur ses bénéfices. La commission d'experts, qui a examiné la situation, considère que les possibilités qui offertes en ce moment par la Banque cantonale neuchâteloise sont de nature à assurer le remboursement de ce capital de dotation à la Confédération.

Nous recommandons l'adoption de l'art. 3.

Art. 1 bis 3 sind angenommen. - Art. 1 à 3 sont adoptés.

Art. 4.

S t ä h l i , Berichterstatter: Art. 4 enthält die Garantien gegenüber dem Bund, wenn man überhaupt von Garantien im engeren Sinn des Wortes sprechen darf. Sie entnehmen der ausgeteilten Vorlage, dass die Finanzkommission eine Abänderung in der Redaktion vorschlägt. Wir schlagen insbesondere vor, an Stelle von "Staatsrat" "Kanton" zu setzen, weil damit auch die andern Kantonsbehörden und das ganze Volk gewisse Verpflichtungen zu

übernehmen haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhange neuerdings betonen, dass die Formel über die Garantie seinerzeit gegenüber dem Kanton Uri bedeutend strenger und genauer war. In unserer Vorlage handelt es sich mehr nur um einen Appell an die zuständigen Behörden, das finanzielle Gleichgewicht wieder herzustellen. Sie haben in der allgemeinen Eintretensdebatte gehört, dass das voraussichtlich ohne eine Revision der Steuergesetze und Erhebung einer Erbschaftssteuer und weitere Ersparnisse kaum gelingen dürfte. Deshalb wollen wir mit der vorgeschlagenen Fassung den Staatsrat auch verpflichten, innert einem Jahre dem Bundesrate über die getroffenen Massnahmen Bericht zu erstatten und Einblick in den Finanzhaushalt zu gewähren.

Sie haben aus dem Votum von Herrn Dr. Mäder gehört, dass für Zins und Amortisation die Anteile des Kantons an den Bundeseinnahmen haften. Wir sind uns bewusst, dass diese Garantie nur relativen Wert hat; immerhin ist damit zu rechnen, dass ja der Bund abgesehen vom Alkoholzehntel auf andern Gebieten eine ganze Reihe von Beiträgen für die verschiedensten Zwecke an die Kantone leistet, sodass wir uns in der Finanzkommission mit dieser Fassung abgefunden haben. Ich möchte aber beifügen, dass auch weitergehende Vorschläge erhoben wurden; und der Herr Vertreter des Finanzdepartementes hat erklärt, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass im Ständerate weitergehende Vorschläge beschlossen werden. Unter anderm ist auch von der Schaffung einer besondern Kontrollstelle gesprochen worden; nachdem wir aber vernommen haben, dass der Bundesrat und die Kantonalbanken im neuen Bankrat vertreten sein werden, wurde ein bezüglichlicher Vorschlag wieder zurückgezogen.

Wir haben immer betont, dass auf der andern Seite auch die Würde des Kantons und seine Selbständigkeit in Betracht zu ziehen seien, und dass man diese beiden Dinge nicht ohne Zwang verletzen solle. Es erschien uns schliesslich als Hauptsache, dass die Behörden und das Volk des Kantons Neuenburg

ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, ihre Verpflichtungen, die aus der Finanzhilfe entstehen, genau zu erfüllen, um so den finanziellen Aufstieg des Kantons und seiner Gemeinwesen wieder zu ermöglichen.

Nun möchte ich, veranlasst durch Herrn Dr. Mäder, Ihnen noch eine kleine Abänderung an der nationalrätlichen Fassung vorschlagen. Sie hat rein redaktionellen Charakter. Die Abänderung würde in folgenden Worten bestehen:

"Der Staatsrat hat innert Jahresfrist vom Inkrafttreten des Beschlusses an gerechnet dem Bundesrat ..."; das Wort "dem Bundesrat" wurde also nach dem zweiten Komma eingeschaltet, weil dadurch der Zweck wesentlich deutlicher wird.

Im übrigen bitte ich Sie, der vorgeschlagenen Fassung zuzustimmen.

Art. 4.

M. T r o i l l e t, rapporteur: L'art. 4 a été modifié par la commission dans ses alinéas premier et second.

L'alinéa premier prévoit que "le Conseil d'Etat du canton de Neuchâtel prendra toutes les mesures" ... etc., tandis que la commission dit que "le canton de Neuchâtel prendra toutes les mesures" ... Il ne s'agit pas ici d'une modification purement rédactionnelle. Au contraire, elle est d'une importance capitale, parce que, dans le texte présenté par le Conseil fédéral, c'était le Conseil d'Etat qui était responsable vis-à-vis des autorités fédérales, tandis que, ici, c'est non seulement le Conseil d'Etat, mais le Grand Conseil et, éventuellement le peuple neuchâtelois, qui sont responsables à l'égard des autorités fédérales. Nous n'avons pas voulu que le Conseil d'Etat ait, à lui seul, toutes les compétences.

Le deuxième alinéa est un peu plus précis et sévère que celui prévu à l'art. 4 présenté par le Conseil fédéral. La commission vous propose de dire que "le Conseil d'Etat fera rapport au Conseil fédéral, dans le délai d'un an, à compter de l'entrée en vigueur du présent arrêté, sur les mesures prises et lui accordera, ainsi qu'à ses mandataires, un droit de regard étendu sur les finances". Dans le texte du Conseil fédéral,

ce droit de recours était prévu comme illimité, tandis que la commission a estimé qu'un droit de regard étendu était suffisant.

On peut se demander si les propositions faites soit par le Conseil fédéral soit par la commission, sont satisfaisantes pour garantir la bonne réussite de l'opération proposée. Nous pensons qu'on pourrait naturellement proposer des sanctions plus sévères, demander un droit de contrôle plus accentué, une intervention plus complète de la Confédération, mais nous estimons qu'il n'y a pas lieu de le faire, qu'il s'agit là d'une question de confiance. Essayer par des moyens rigoureux et par la force, d'obtenir du canton de Neuchâtel un redressement plus fort que ce qu'il peut normalement réaliser, ce serait aller à fin contraire. Nous estimons que c'est là une question de confiance de la part des autorités à l'égard de ce canton et nous pensons que, comme le canton d'Uri, celui de Neuchâtel fera de lui-même tout l'effort nécessaire pour améliorer sa situation.

Nous espérons que le Conseil des Etats adhérera à la décision du Conseil national et nous estimons que ces propositions sont de nature à donner toutes garanties.

Nous proposons donc d'accepter ainsi l'article 4.

Bundesrat M e y e r : Ich möchte feststellen, dass der Bundesrat mit dieser von der Kommission vorgeschlagenen Fassung durchaus einverstanden ist. Sie entspricht seinen Intentionen. Nun hat der Herr Präsident der Kommission bereits darauf aufmerksam gemacht, dass keinerlei Kontrolle bei der Kantonalbank vorgesehen sei. Das ist richtig. In diesem Entwurf ist nichts davon enthalten. Dagegen möchte ich ausdrücklich aufmerksam machen auf den Art. 9 der Vereinbarung über die Beschaffung des neuen Dotationskapitals für die Kantonalbank. Es heisst dort: "In Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und der direkten Beteiligung Dritter am neuen Totalkapital ist der Verwaltungsrat der Neuenburger Kantonalbank vom Staatsrat des

Kantons Neuenburg neu zu bestellen." Ich glaube, es ist bereits vom bisherigen Verwaltungsrate die Erklärung eingegangen, dass er bereit sei, zu demissionieren. Weiter steht in dem gleichen Artikel noch die Bestimmung: "Der neue Verwaltungsrat der Neuenburgischen Kantonalbank besteht aus 7 Mitgliedern, wovon 3 Mitglieder auf gemeinsamen Vorschlag der Darlehensgeber ernannt werden müssen." Damit ist gesagt, dass sowohl der Bund wie die Kantonalbank wie auch die weiteren Interessenten, die ja noch einige Millionen bei dieser Rekonstruktion am Kapital beitragen, berechtigt sind, einen Vertreter im Verwaltungsrate zu haben. Wir legen grossen Wert darauf, dass in diesem Verwaltungsrat der Kantonalbankenverband vertreten ist; er wird in der Lage sein zu helfen, dass diese Bank in bezug auf den Geschäftskreis und die ganze Verwaltung wieder auf eine gute Bahn gelangt.

Ich empfehle Ihnen also den Artikel.

Der Artikel wird mit dieser Abänderung angenommen.

L'article est adopté avec cette modification.

Art.5.

S t ä h l i , Berichterstatter: Im Entwurf des Bundesrates war für den Bundesbeschluss die Dringlichkeit vorgesehen. Die Beratungen in unserer Kommission haben dann ergeben, dass das ein Irrtum war. Wir schlagen deshalb vor: "Dieser Beschluss tritt als nicht allgemein verbindlich sofort in Kraft."

Troillet, rapporteur: L'article 5, tel qu'il a été rédigé par le Conseil fédéral, prévoit la clause d'urgence avec l'immédiate entrée en vigueur.

La commission a estimé que ce n'était pas pour ce motif d'urgence que l'arrêté entrerait immédiatement en vigueur, mais bien plutôt parce qu'il n'était pas d'une portée générale. En conséquence, elle a modifié le texte comme suit: "Le président arrêté, qui n'est pas d'une portée générale, entre immédiatement en vigueur."

Art.5.

Angenommen.

Adopté.

Der Beschlussentwurf wird in der Gesamtabstimmung angenommen.

Le projet d'arrêté est adopté au vote sur l'ensemble par assis et levé.

An den Ständerat - Au Conseil des Etats.

- - - -

12/3259 s Offiziersschulen und -kurse. Abänderung des Bundesbeschlusses.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 26. Juli 1935
(BBl II, 129)

Beschluss des Ständerats vom 20. September 1935.

Antrag der Kommission: Eintreten und Annahme des
Beschlussentwurfes mit folgender Abänderung in
Art.1:

VII. Sanitätstruppe.

In die taktisch-technischen Kurse II, die in Art. 134 des Bundesgesetzes vom 28. September 1934 über die Abänderung der Militärorganisation vorgesehen sind, können auch solche Offiziere einberufen werden, die bereits zum Major befördert sind und in irgend einer Hinsicht weiter ausgebildet werden sollen."

Berichterstatter: Hr. Keller.

12/3259 é Ecoles et cours d'officiers. Modification de l'arrêté fédéral.

Message et projet d'arrêté du 26 juillet 1935 (FF II, 129)

Décision du Conseil des Etats du 20 septembre 1935.

Proposition de la commission: Passer à la discussion des articles et adopter le projet d'arrêté avec la modification suivante à l'article 1er.

VII. Service de santé.

Les officiers qui ont déjà été promus majors et qui doivent parfaire leur instruction sous un rapport quelconque peuvent toutefois être aussi convoqués aux cours tactiques-techniques no.II prévus à l'art.134 de la loi du 28 septembre 1934 sur la réorganisation de l'instruction.

Rapporteur: M. Keller.

K e l l e r , Berichterstatter: Die Kommission hat sich von der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit des Beschlusses überzeugt. Sie stellt Ihnen in Uebereinstimmung mit dem vom Ständerat gefassten Beschluss den Antrag auf Zustimmung zur Vorlage mit einer kleinen redaktionellen Aenderung, die sich auf den Art.1, Ziff. VII bezieht, die keiner Begründung bedarf. Es soll lediglich das Ueberflüssige aus dieser Bestimmung gestrichen werden.

Die Vorlage befasst sich mit der Ausbildung der Offiziere. Die grundlegenden Vorschriften über die Ausbildung der Offiziere sind in der Militärorganisation selbst enthalten. Sie behält aber gewisse ergänzende Vorschriften besonderen Beschlüssen der Bundesversammlung vor. Es handelt sich dabei um Vorschriften, die einer gewissen Elastizität bedürfen, um die Ausbildung der Offiziere jederzeit ohne grosse Umstände, ohne den Apparat der Gesetzgebung in Bewegung setzen zu müssen, der fortschreitenden Technik und Taktik und der in steter Entwicklung begriffenen Kriegswissenschaft, leicht anpassen zu können. In Frage stehen dabei namentlich Vorschriften über Schiesskurse, über technische und taktische Kurse und über Spezialkurse mit Ausbildungszielen, für die in den Schulen und Kursen der Militärorganisation keine Zeit zur Verfügung steht, die aber gepflegt werden müssen, wenn unsere Offiziere auf die Höhe ihrer Aufgabe gebracht werden wollen. Diese ergänzenden Vorschriften waren bisher enthalten in einem Beschluss der Bundesversammlung vom Dezember 1911, der aber durch eine Reihe von Budgetbeschlüssen teils aufgehoben, teils abgeändert, teils ergänzt, namentlich durch die Revision der Militärorganisation vom September 1934 derart beeinflusst worden ist, dass die Totalrevision dieses Beschlusses zur Dringlichkeit geworden ist. Der vorliegende Beschluss bringt nun diese Revision und damit eine übersichtliche und erschöpfende Darstellung der Vorschriften über die Ausbildung der Offiziere, die sehr begrüßenswert ist.

Der neue Beschluss weicht hauptsächlich in zwei Punkten vom bisherigen Beschlusse ab: Er legt mehr als der Bundesbeschluss

vom Dezember 1911 das Hauptgewicht auf die Zusammenarbeit der Waffen, die heute von so grosser Bedeutung ist. Er ersetzt deshalb die waffenweisen taktischen Kurse durch Kurse, in die Offiziere aller fechtenden Waffen einberufen werden. Schon bisher hat man mit diesen gemeinsamen taktischen Kursen die besten Erfahrungen gemacht, sodass es gegeben war, sie nun auch im neuen Bundesbeschluss zu verankern.

Das ist die erste Aenderung. Die zweite ergibt sich aus den technischen Neuerungen, wie sie namentlich seit dem Kriege auch in unserer Armee Eingang gefunden haben und sie nun in einer Reihe von technischen und von Spezialkursen zum Ausdruck kommen. Im ganzen genommen, darf festgestellt werden, dass der Beschluss auf unsere besonderen Verhältnisse in der Schweiz angemessen Rücksicht nimmt, und dass er sich auch auf das absolut Notwendige beschränkt.

Er vermeidet eine Mehrbelastung der Offiziere nach Möglichkeit. Soweit eine solche vorhanden ist, ist sie weniger auf diesen Bundesbeschluss, als auf die Verlängerung der Rekrutenschulen, die mit der Revision der Militärorganisation vom Volke beschlossen worden ist, zurückzuführen. Eine mässige Mehrbelastung ergibt sich für die Infanterieoffiziere aus der Einführung der Schiesskurse für neu ernannte Offiziere mit einer Dauer von 11 Tagen. Allein diese Schiesskurse waren schon bei der Revision der Militärorganisation vorgesehen, es ist dort durch eine entsprechende Kürzung der Offiziersbildungsschulen schon auf diese Schiesskurse Rücksicht genommen worden und zudem sind diese Schiesskurse absolut notwendig, wenn der Infanterieoffizier mit all den neuen Waffen der Infanterie in Zukunft vertraut werden soll.

Dass der Beschluss sich auf das Notwendige beschränkt, ergibt sich auch aus seiner finanziellen Tragweite. Das Militärdepartement hat die Mehrkosten aus diesem Beschluss auf ca. 250.000 Fr. berechnet. Sie sind gewiss bescheiden, wenn man sich vor Augen hält, dass es sich um die Ausbildung der Offiziere

handelt, von deren Tüchtigkeit nicht in letzter Linie Wert und Brauchbarkeit der Schweizerischen Armee überhaupt abhängen.

In formeller Beziehung ist zu sagen, dass es sich hier nicht um einen Bundesbeschluss, sondern um einen Beschluss der Bundesversammlung handelt, bei dem weder die Referendums-klausel, noch die Dringlichkeitsklausel in Frage kommt. Durch die Militärorganisation ist die Kompetenz zum Erlass dieser Vorschriften der Bundesversammlung übertragen worden.

Ich empfehle Ihnen Zustimmung zur Vorlage mit der vorge-schlagenen redaktionellen Abänderung.

Dem Antrage der Kommission wird ohne Gegenantrag zuge-stimmt.

La proposition de la commission est adoptée sans opposition.

An den Ständerat.

Au Conseil des Etats.

- - - -

21/3264 s Internationale Arbeitskonferenz. 18. Session.

Bericht und Beschlussentwürfe des Bundesrats vom 21. Juni 1935 (BB1 I, 973)

Beschluss des Ständerats vom 18. September 1935: Ge-nehmigung des Berichts und Annahme der beiden Be-schlussentwürfe.

Antrag der Kommission: Zustimmung zum Beschluss des Ständerats und Annahme folgenden Postulats:

"Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, wie die Berichte über die Tagungen der Internationalen Ar-beitskonferenz inskünftig in einem früheren Zeitpunkt zur Behandlung gelangen könnten".

Berichterstatter: Hr. Rossi.

21/3264 s Conférence internationale du travail. 18^e session.

Rapport et projets d'arrêté du Conseil fédéral du 21 juin 1935 (FF I, 989)

Décision du Conseil des Etats du 18 septembre 1935: Le rapport est approuvé et les deux projets d'arrêtés adoptés.

Proposition de la commission: Adhérer à la décision du Conseil des Etats et adopter le postulat sui-vant:

"Le Conseil fédéral est invité à examiner comment

les rapports sur la Conférence internationale du travail pourraient à l'avenir être discutés à un terme plus rapproché.

Rapporteur: M. Rossi.

R o s s i , Berichterstatter: Monsieur le Président, Messieurs. La Chambre des 44 sages nous a fait entendre l'écho de certaines critiques émises lors de la discussion du rapport du Conseil fédéral sur la XVIII^e Conférence internationale du travail. Ces critiques empruntées à un grand pessimisme sur l'utilité de cette organisation ne sont pas tout à fait dénuées de fondement, malgré que l'on doive reconnaître que le fonctionnement d'une institution qui groupe une cinquantaine d'Etats et qui doit résoudre des problèmes très délicats, ne va pas sans de très sérieuses difficultés.

Certes, si l'on songe qu'il n'a pas fallu moins de douze années pour mettre en vigueur la décision prise en 1922 par la conférence d'augmenter de 24 à 32 le nombre des membres du conseil d'administration, on a de quoi être sceptiques et découragés.

Le mécanisme de la conférence est très complexe; le nombre considérable des personnes accréditées auprès d'elle (en 1934, il y en avait 347 dont 142 délégués et 205 conseillers techniques) tout en conférant à l'assemblée une allure solennelle, alimente les débats à l'infini par des discours qui dépassent bien souvent le quart d'heure réglementaire.

Les paragraphes d'une procédure passablement compliquées ne permettent pas d'adopter une convention avant un délai d'au moins deux ans, et celle-ci ne pourra entrer en vigueur qu'une année après avoir obtenu la ratification de deux Etats.

Ajoutons que l'adhésion à une convention de la part des représentants d'un pays au sein de la conférence, n'engage nullement celui-ci à la ratifier et nous aurions alors un tableau exact de la situation.

Sur 44 conventions adoptées par la Conférence internationale du travail, seules 32 sont entrées en vigueur; la Suisse, pour son compte, n'en a ratifié que 8.

La C.I. T. travaille au ralenti; ce qui n'empêche pas toutefois de lui reconnaître des succès bien plus considérables que ceux dont peut s'enorgueillir par exemple, la conférence internationale pour la limitation et la réduction des armements.

Il sera difficile de toucher à la structure de cette organisation pour la rendre plus souple et plus efficace. Les profondes différences géographiques, économiques et sociales des Etats membres de C.I.T. constituent des entraves insurmontables à la rapidité des décisions. Force nous est donc de nous contenter, faute de mieux, de maigres résultats. Il est de première évidence que la Suisse, pays industriellement très développé et socialement très avancé, a malgré tout un intérêt indiscutable au maintien et à l'essor de la C.I.T. en tant que celle-ci est destinée, en dernière analyse, par l'introduction de mesures uniformes dans la réglementation du travail, à éliminer la source de frappantes disparités dans le domaine de la concurrence.

Le rapport du Conseil fédéral sur la XVIII^e conférence internationale du travail vient en discussion à une époque où la conférence s'est déjà réunie pour la 19^{ème} fois. Ce retard excessif met le parlement dans la condition de ne pas pouvoir se prononcer sur les problèmes en suspens que la conférence renvoie à l'assemblée suivante. Ainsi, par exemple, les suggestions que les Chambres auraient pu faire au sujet de la réduction de la durée du travail, objet qui figurait à l'ordre du jour de la session de 1934 de la C.I.T., ont perdu toute actualité, du fait que la C.I.T. a tranché ce problème dans sa session de juin 1935.

Cette situation ne pourrait se perpétuer sans qu'il en résulte une entorse aux droits du parlement. Aussi, votre commission vous propose-t-elle un postulat - auquel, du reste, s'est déjà rallié le chef du département de l'économie publique et dont le texte vous a été distribué - qui permette de parer à cet inconvénient. Elle exprime aussi le vœu (en priant le bureau du

conseil d'en tenir compte) que, afin d'assurer un certain esprit de suite et une certaine continuité harmonique dans l'examen des travaux de la C.I.T. et de réaliser des économies non négligeables, on ne modifie pas toujours la composition de la commission qui doit examiner le rapport du Conseil fédéral.

Il arrive aujourd'hui que la commission doit se convoquer en dehors des sessions du Conseil national car une demi-journée est absorbée par la répétition rituelle des explications concernant la composition et le fonctionnement de l'organisation de Genève, ainsi que par des discussions inutiles ou oiseuses sur des objets qui, par le fait de la double discussion qui est d'usage au sein de la C.I.T., ont déjà été examinés une année avant par les commissions des Chambres.

La création d'une nouvelle commission permanente n'est point nécessaire. Il suffit de garder toujours la même composition, comme cela se pratique déjà pour différents objets: aide à l'agriculture, aide à l'industrie hôtelière, etc. Ainsi la commission pourra se réunir, dans la règle, pendant une session des Chambres sans occasionner aucune dépense à la charge de la Caisse fédérale.

Le rapport très développé du Conseil fédéral me permet et m'impose même d'être bref.

L'ordre du jour de la XVIII^e session de la C.I.T. comprenait notamment les objets suivants: 1^o réduction de la durée du travail; 2^o assurance-chômage et diverses formes d'assistance aux chômeurs; 3^o modes de repos et d'alternance des équipes dans les verreries à vitres automatiques; 4^o conservation, au profit des travailleurs qui transfèrent leur résidence d'un pays à un autre, des droits acquis et des droits en cours d'acquisition de l'assurance-invalidité-vieillesse-décès; 5^o revision partielle de la convention concernant la réparation des maladies professionnelles; 6^o emploi des femmes aux travaux souterrains dans les mines de toutes catégories; 7^o revision partielle de la convention concernant le travail de nuit des femmes.

Les objets 1,4, 6 concernant respectivement la réduction de la durée du travail, la conservation des droits acquis ou en cours d'acquisition de l'assurance-invalidité-vieillesse-décès et l'emploi des femmes aux travaux souterrains ont été renvoyés à la session suivante. Entre temps, la question de la réduction de la durée du travail a été tranchée au cours de la session de juin 1935. La conférence s'est prononcée pour la semaine de 40 heures et elle a adopté une convention sui generis, une convention de principe qui ne crée aucune obligation juridique pour les pays y ayant adhéré. Ce principe de la semaine de 40 heures est établi d'une façon absolument théorique et, pratiquement, la convention ne sera appliquée qu'à travers des conventions spéciales visant les différentes branches de l'économie. Les pays qui ont adhéré à la convention de principe ne sont pas tenus d'accepter les conventions spéciales et c'est ainsi que, lors de la session de 1935, sur 5 conventions spéciales proposées, une seule, celle relative à la durée du travail dans les verreries à bouteilles, fut adoptée par la conférence.

Quant aux autres tractanda qui figuraient à l'ordre du jour de la XVIII^e conférence, la discussion a abouti à la stipulation d'une convention. Le Conseil fédéral nous propose de ratifier les conventions concernant respectivement l'assurance chômage et diverses formes d'assurance aux chômeurs et la révision partielle de la convention concernant le travail de nuit des femmes, tandis qu'il se réserve de se prononcer sur les conventions relatives au mode de repos et d'alternance des équipes dans les verreries automatiques et sur la révision partielle de la convention concernant la réparation des maladies professionnelles, à la lumière des expériences qui seront faites dans ce domaine.

La convention sur la durée du travail dans les verreries automatique ne revêt pour nous qu'un bien faible intérêt. Il y a, en Suisse, une seule verrerie de ce genre qui travaille en moyenne 56 heures par semaine et dont l'exploitation, sauf

pour la durée du travail, est conforme aux prescriptions de la convention. Nous pouvons donc attendre, avant de nous prononcer, que les pays plus intéressés dans cette branche aient pris position. Votre commission unanime partage à ce sujet l'opinion du Conseil fédéral.

Par contre, elle a discuté longuement l'opportunité de ratifier la convention révisée concernant la réparation des maladies professionnelles.

Quelques explications me semblent à ce sujet indispensables.

La Suisse a ratifié le 16 novembre 1927 la convention primitive adoptée en 1925 par la C.I.T. et partant a complété sa législation sur l'assurance maladies et accidents par l'ordonnance I quater du 8 novembre 1927.

La révision approuvée par la C.I.T. dans sa session de 1934 porte sur l'extension du tableau des maladies donnant droit à réparation.

La plupart des maladies indiquées à l'art.2 de la nouvelle convention sont déjà reconnues en Suisse comme maladies professionnelles donnant droit à réparation conformément à l'art. 68 de la loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents. En sont exclus seulement les troubles pathologiques dus aux rayons X, qui ne jouent aucun rôle dans notre pays où aucune entreprise se servant des rayons X n'est soumise à l'assurance obligatoire, et la silicose. C'est à propos de cette dernière maladie que la discussion s'est engagée.

La silicose est une affection pulmonaire engendrée par l'inhalation de poussières de silice.

Elle était, jusqu'à ces dernières années, totalement inconnue en Suisse. A la suite de recherches, on en releva l'existence chez les ouvriers travaillant dans les carrières et spécialement chez ceux occupés aux travaux de fonte: ainsi par exemple dans l'usine Fischer, à Schaffhouse. Grâce à des installations spéciales on a pu toutefois éliminer la dispersion de la poussière de silice et enrayer la diffusion de la silicose dans les fondries.

Le conseil d'administration de la caisse nationale d'assurance décida, en 1932, d'accorder des prestations volontaires aux assurés atteints par la silicose ou atteints, d'une façon générale, par la pneumoconiose, terme qui comprend toutes les maladies pulmonaires provoquées par l'inhalation de poussières (Staublunge).

En indemnisant les assurés conformément à cette décision, la caisse nationale ne s'acquitte pas d'une obligation légale, mais elle étend bénévolement l'assurance à des lésions que la loi n'oblige pas de réparer. Les décisions ne peuvent donc, en l'espèce, faire l'objet d'un appel au tribunal.

Les raisons qui s'opposent à la ratification de cette convention révisée découlent de ces simples données de fait:

1^o La Suisse enregistre très peu de cas de silicose: une quinzaine par an.

2^o Les malades de silicose reçoivent déjà des prestations volontaires de la caisse nationale.

3^o Le diagnostic de la silicose est très incertain. D'autres maladies des poumons, notamment la tuberculose pulmonaire, si difficile à dépister, même par la radiographie, compliquent souvent la silicose de sorte que la science elle-même ne peut donner des renseignements très sûrs, le seul moyen qui puisse, dans ce cas, garantir l'exactitude de la diagnose est l'autopsie. Mais ce moyen nous paraît tout de même un peu trop radical pour les malades. Parmi les expériences faites dans ce domaine par la caisse nationale, on cite des cas où des assurés indemnisés pour silicose étaient atteints d'une tout autre maladie: cancer, tuberculose.

4^o Le texte de la convention, qui associe la silicose à la tuberculose, est très peu satisfaisant. Il crée un état d'incertitude juridique et expose ainsi la caisse à des revendications abusives.

5^o La ratification de la convention ne pourrait pas se passer, à notre avis, de la révision de l'art. 68 de la loi fédérale sur l'assurance en cas de maladies et d'accidents.

L'art. 68 de cette loi, dispose que: "Le Conseil fédéral dresse un état des substances dont la production ou l'emploi engendre certaines maladies graves. Est assimilée à un accident au sens de la présente loi toute maladie exclusivement ou essentiellement due à l'action d'une de ces substances dans une entreprise soumise à l'assurance."

Or, la silicose n'est pas une substance et la poussière de silice, comme telle, n'engendre, en général, aucune maladie grave.

La prudence et la sagesse, qui bien souvent restent étrangères à nos délibérations, nous conseillent d'attendre les expériences qui seront faites dans le domaine obscur de la silicose et de ne pas nous aventurer sur un chemin qui pourrait nous réserver des surprises bien désagréables.

Le Conseil fédéral nous propose de ratifier la convention révisée concernant le travail de nuit des femmes. Votre commission se rallie à la proposition du Conseil fédéral. Il ne s'agit, en l'espèce, que de deux légères modifications à la convention de 1919, ratifiée par nous en 1922; l'une tend à exclure du champ d'application de la convention les femmes qui occupent des postes de direction impliquant une responsabilité et qui, normalement, n'effectuent pas un travail manuel; l'autre tend à retarder dans certaines circonstances d'une heure la période considérée au sens de la convention comme "nuit".

Ces modifications sont fixées par les art. 2 et 8 de la nouvelle convention.

Le deuxième convention dont on nous propose la ratification concerne l'assurance chômage et l'assistance aux chômeurs.

Les prescriptions de cette convention concordent avec les dispositions de notre législation, qui ne subira donc aucune modification.

Aux termes de l'art. 14 de la convention "des tribunaux, ou autres autorités compétentes, doivent être institués conformément à la législation nationale pour trancher les questions

suscitées par les demandes d'indemnités ou d'allocations présentées par les personnes auxquelles s'applique la présente convention."

D'après la réglementation suisse, il existe dans plusieurs cantons des autorités judiciaires ou administratives chargées de trancher en dernier ressort les conflits entre les caisses chômage et leurs membres. Le Conseil fédéral devra engager les cantons qui en sont encore dépourvus à désigner les autorités spéciales et permanentes au sens de la convention. Celle-ci est la seule tâche nouvelle que nous impose la convention.

Pour conclure, votre commission vous propose d'approuver le rapport du Conseil fédéral et de ratifier les deux conventions concernant, l'une, l'assurance chômage et l'assistance aux chômeurs et, l'autre, le travail de nuit des femmes.

En outre, elle vous recommande de voter le postulat suivant: "Le Conseil fédéral est invité à examiner comment les rapports sur la Conférence internationale du travail pourraient à l'avenir être discutés à un terme plus rapproché".

H u g g l e r : Ich möchte lediglich einige kurze Erklärungen abgeben. Wie Ihnen schon der Herr Kommissionsreferent mitgeteilt hat, hat das abgeänderte Uebereinkommen über die Berufskrankheiten zu einer ziemlich regen Diskussion in der Kommission Anlass gegeben. Nachdem die schweizerischen Regierungsvertreter in der Arbeitskonferenz zuerst der Erweiterung dieses Uebereinkommens zugestimmt haben, ist nachträglich herausgefunden worden, dass wir dieses Uebereinkommen doch nicht ratifizieren können. Ueberdies hat der Bundesrat selbst in seinem Berichte darauf hingewiesen, dass eine Reihe von andern Gründen eigentlich für die Ratifikation sprechen würden. Abgesehen von den Interessen der gefährdeten Arbeiter, die mit Bezug auf die Berufskrankheiten aus der Verwendung von Giften in Betracht kommen, ist es die Tatsache, dass wir das alte Uebereinkommen, das auf einem engeren Rahmen gehalten ist, ratifiziert haben. Bei dieser Ratifikation hat es vorläufig sein Bewenden gehabt. Es

besteht aber noch ein anderer Grund, der nicht erwähnt wurde, der für die Ratifikation sprechen würde. Die Rücksicht auf den Eindruck auf das Ausland, die Rücksicht auf die Stellungnahme der Regierungen anderer Länder, wenn es sich um derartige Ratifikation handelt. Aus diesem Gesichtspunkt ist es für die Schweiz und die schweizerische Industrie nicht unwichtig, ob wir, die wir im allgemeinen mit Bezug auf die Sozialgesetzgebung und den Arbeiterschutz - ich glaube, das sagen zu dürfen gegenüber dem Ausland, einen fortschrittlichen Stand erreicht haben, anfangen dem Ausland ein ungünstiges Beispiel zu geben oder nicht. Es läge offenbar im Interesse der schweizerischen Industrie, dass das Ausland in den Bestrebungen der Erweiterung des gesetzlichen Arbeiterschutzes weitergehen würde als es bisher gegangen ist. Das wäre für uns von Vorteil. Nachdem ich entgegen dem Antrag des Bundesrates den Antrag in der Kommission gestellt hatte, hier die Ratifikation vorzunehmen, habe ich mich davon abbringen lassen aus einem ganz bestimmten Grunde. Nicht deswegen, wie es im Berichte steht, weil die Geschichte mit der Sandlunge, der Staublunge und den tuberkulösen Berufskrankheiten u.s.w. nicht genügend abgeklärt ist. Ich lasse gelten, dass hier zweifellos keine genügende Klarheit herrscht. Aber nachdem die Versicherungsanstalten wie das auch in den Kommissionsverhandlungen bestätigt wurde auf freiwilligem Wege in weitgehender Weise die Sandlungenkrankheitsfälle als haftpflichtig anerkannt haben, ohne eine rechtliche Anerkennung gelten lassen zu wollen, so wäre die Differenz materiell eigentlich sehr klein. Wenn ich trotz alledem schliesslich darauf verzichtet habe, und auch heute darauf verzichte, einen bestimmten Antrag auf Ratifikation zu stellen, so lediglich deshalb, weil uns im Berichte angedroht wird, wenn wir die Ratifikation durchsetzen würden, dass dann die SUVA dazu überginge, die Fälle der Staublunge, die sie heute entschädigt, wie auch andere Krankheitsfälle, wo heute eine freiwillige Entschädigung eingetreten ist, ohne eine gesetzliche Verpflichtung, nicht mehr zu entschädigen. Zur Zeit ist sich

niemand darüber klar, ob nicht die Zahl der Arbeiter, die unter diese Fälle kommen, eventuell bedeutend grösser wäre als die Zahl derjenigen Arbeiter, die einen Vorteil von der Ratifikation hätten. Deshalb möchte ich in einer solchen Unsicherheit keinen Beschluss durchsetzen helfen, dessen Wirkung vielleicht, wenigstens mit Bezug auf die Zahl der Leute, die in Betracht kommen, ungünstiger sein könnte. Dagegen behalten wir uns ausdrücklich vor, auf unsere Stellungnahme in Bezug auf die Ratifikation in einem späteren Zeitpunkte zurückzukommen, wenn, wie der Bundesrat in seinem Berichte in Aussicht stellt, nach näherer Prüfung der Dinge, nachdem einige Erfahrungen gesammelt sind, in absehbarer Zeit die Ratifikation doch durchgeführt wird. Ich hoffe bestimmt, dass dann, wenn der Bundesrat die Sache gründlich geprüft hat, er selbst wahrscheinlich zu dem Schlusse kommen werde, dass im Grunde genommen, keine ernsthaften Motive bestehen bleiben, das Uebereinkommen nicht zu ratifizieren, nachdem die schweizerischen Regierungsvertreter selber an der Arbeitskonferenz die Notwendigkeit der Erweiterung anerkannt haben.

Wenn Sie die Liste der Gifte ansehen, die im Berichte genannt sind, die zu Phosphor, Arsen u.a. dazu die Sylikose und alle die andern Gifte, die dort aufgeführt werden, so wird sich jeder, der ein bisschen menschliches Empfinden hat, sagen müssen, es wäre ein Glück, wenn es gelänge, eine möglichst grosse Zahl von Staaten und Regierungen dazu zu bringen, die Krankheiten, die aus der Verwendung solcher Gifte entstehen, als haftpflichtige Berufskrankheiten zu erklären.

Ein Mitglied unserer Fraktion, das mit den Verhältnissen bei der Sylikose genauer vertraut ist, hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass es sich nicht etwa nur um Arbeiter in Kiesgruben, Sandgruben und Steinbrüchen handelt, sondern dass vor allem in den Giessereien mit den neuen technischen Verfahren, mit ihren Sandstrahleinrichtungen die Gefahr wächst, dass eine grössere Zahl von Leuten, den Quarzsandstaub in die Lunge be-

kommen, sodass mit der Zeit Situationen entstehen, die höchst unerträglich sind.

Ich möchte aber wie gesagt, keinen Beschluss erzwingen in einer Zeit, wo man mit Recht sagen kann, dass die Situation nicht genügend abgeklärt ist. Wir verzichten auf einen gegenteiligen Antrag heute nur mit Rücksicht darauf, dass der Bundesrat, wie das in Aussicht gestellt ist, die Situation wirklich gründlich prüft und dass wir bestimmt erwarten dürfen, dass das Uebereinkommen in absehbarer Zeit doch ratifiziert wird.

M ü l l e r - St. Gallen: Ich sehe mich ebenfalls veranlasst, zum Bericht über die Internationale Arbeitskonferenz einige Bemerkungen anzubringen, und zwar ebenfalls zum Antrag des Bundesrates, das teilweise abgeänderte Uebereinkommen über die Entschädigung der Berufskrankheiten nicht zu ratifizieren.

Es handelt sich bei diesem Uebereinkommen, wie das bereits Herr Huggler dargelegt hat, über den Einschluss der Silikose, einer speziellen Berufskrankheit, die bei bestimmten Berufskategorien eintritt, also darum, die Silikose in den Bereich der gemäss den Bestimmungen des schweizerischen Unfallversicherungsgesetzes zu entschädigenden Krankheiten, einzubeziehen. Die Arbeitnehmer haben es letztes Jahr an der Internationalen Arbeitskonferenz als einen grossen Fortschritt betrachtet und es ausserordentlich begrüsst, dass ein solches Uebereinkommen nun zustande gekommen ist. Der Sprechende hatte letztes Jahr die Ehre, als sog. Conseil technique an der Internationalen Arbeitskonferenz teilzunehmen. Ich habe demzufolge in der nationalrätlichen Kommission den Antrag gestellt, entgegen dem Antrag des Bundesrates, das Uebereinkommen zu ratifizieren.

Ich habe mich dann allerdings vom anwesenden Vertreter der schweizerischen Unfallversicherungsanstalt dahingehend überzeugen lassen müssen, dass mit einer formalen Ratifikation des Uebereinkommens dem Arbeiter nicht viel geholfen sei. Nach den Erklärungen des Vertreters der Unfallversicherungsanstalt zahlt

heute schon unsere Unfallversicherungsanstalt dort, wo Sandlungen oder Staublungen nachgewiesenermassen bei Vorhandensein einer Krankheit ausschlaggebend waren, auch nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes, allerdings ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Wer aber in Unfallsachen einiger-massen bewandert ist, weiss, dass das nicht so bedeutungsvoll ist. Wesentlich ist, dass unsere Unfallversicherungsanstalt den Kreis der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten weiter zieht als das beim vorliegenden Uebereinkommen der Fall ist. Angesichts dieser bestimmten Erklärungen des Vertreters der Unfallversicherungsanstalt bin ich zur Auffassung gekommen, dass dem Arbeiter besser gedient ist mit der Regelung, wie sie unsere Unfallversicherungsanstalt bereits heute praktiziert, als mit einer formalen Ratifikation des Uebereinkommens. Es ist im weitem noch zu bemerken, dass die Unfallversicherungsanstalt einen besondern Dienst eingerichtet hat für diesen speziellen Zweig der Berufskrankheiten. Es steht zu hoffen, dass gestützt auf die Erfahrungen, die man im Laufe der Jahre machen wird, der Moment kommen wird, da auch dieses Uebereinkommen ratifiziert werden kann.

Ich wollte diese Bemerkungen nur anbringen, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, dass selbst jene, die beim Zustandekommen des Uebereinkommens an der Internationalen Arbeitskonferenz dabei gewesen sind, sang- und klanglos mit der vom Bundesrat beantragten Nichtratifikation des Uebereinkommens einverstanden seien. Die Einstellung, die ich heute zum Ausdruck bringe, erfolgt aus der Respektierung des Grundsatzes heraus, dass das Bessere der Feind des Guten ist.

Bundesrat O b r e c h t : Der Bundesrat stellt Ihnen den Antrag, den Beitritt zum Internationalen Uebereinkommen betreffend die Gewährung von Versicherungsleistungen und Unterstützungen an unfreiwillige Arbeitslose und ferner zum Internationalen Uebereinkommen über die Nachtarbeit der Frauen zu genehmigen. Da ist Ihre Kommission mit dem Bundesrat einverstanden, sodass in bezug auf den Beitritt zu diesen zwei neuen interna-

tionalen Uebereinkommen keine Anträge vorliegen.

Zu reden gab, wie aus der Diskussion schon hervorgegangen ist, das abgeänderte Uebereinkommen über die Entschädigungen bei Berufskrankheiten. Der Bundesrat stellt hier den Antrag, den Beitritt zu diesem neuen internationalen Uebereinkommen noch nicht zu erklären. Es soll das aber nicht eine Ablehnung bedeuten, sondern nur eine Verschiebung des Beitrittes. Diese Frage des Beitrittes soll offen bleiben und zur gegebenen Zeit wieder aufgenommen werden. Wir sind also hier mit dem Standpunkt der Herren Huggler und Müller durchaus einverstanden. In dieser Uebergangszeit soll die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt wie bisher diese Fälle von Silikose oder deutsch Sandlungen oder Quarzlungen freiwillig weiter anerkennen. Es soll also an der heutigen Rechtslage nichts geändert werden. Inzwischen bleiben wir gebunden durch das internationale Uebereinkommen, das schon besteht und zu dem wir den Beitritt erklärt haben. Wir erklären nur nicht den Beitritt zum neuen Uebereinkommen. Ich glaube, dass dieser Ausweg richtig ist. Nach einlässlicher Diskussion in ihrer Kommission haben die Herren, die anfänglich der Meinung waren, man sollte diesem neuen Abkommen heute schon beitreten, sich überzeugen lassen, dass die Gründe des bundesrätlichen Antrages ausschlaggebender Natur sind. Aber ich wiederhole: es soll nicht eine Ablehnung, sondern nur eine Verschiebung sein. Wir werden auf diese Sache von uns aus zurückkommen. Wenn wir sie zu lange warten lassen sollten, dann haben ja die Anhänger des Beitrittes ebenfalls die Möglichkeit, auf die Sache zurückzukommen. In der Zwischenzeit wird die Unfallversicherungsanstalt ihr Wohlwollen durch freiwillige Anerkennung aufrecht erhalten.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

La proposition de la commission est adoptée.

An den Ständerat - Au Conseil des Etats.

- - -

3/3291 n Volksabstimmung vom 2. Juni 1935 (Kriseninitiative).

Erwahrung.

Botschaft und Beschlussentwurf vom 5. Juli 1935
(BBl II, 77)

Antrag der Kommission: Annahme des Beschlussentwurfes

Berichterstatter: Hr. Roth-Interlaken.

3/3291 n Votation populaire du 2 juin 1935 (initiative de crise).

Résultat.

Message et projet d'arrêté du 5 juillet 1935 (FF II, 77)

Proposition de la commission: Adopter le projet
d'arrêté.

Rapporteur: M. Roth-Interlaken.

R o t h - Interlaken, Berichterstatter: Das Volksbegehren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not, kurz Kriseninitiative genannt, ist dem Bundesrat am 30. November 1934 mit 33,699 Unterschriften unterbreitet worden. Am 5. April 1935 hat dann das Parlament beschlossen, das Begehren dem Volke zur Abstimmung zu unterbreiten und zwar mit dem Antrage auf Verwerfung. In der Abstimmung, die am 2. Juni 1935 stattgefunden hat, ist die Initiative mit 567.425 Nein gegen 425.242 Ja verworfen worden. Annehmende Stände waren drei ganze und zwei halbe, verwerfende 16 ganze und vier halbe.

Ihre Kommission hat die Akten, unter denen sich auch der interessante Glückwunschtelegrammwechsel zwischen dem Bundesrat und Herrn Gelpke und anderen Gratulanten befindet, geprüft und richtig befunden.

Einsprachen gegen die Abstimmungsergebnisse sind keine eingelangt.

Wir empfehlen Ihnen deshalb den Bundesbeschluss, wie er Ihnen vorliegt, zur Genehmigung.

In der Kommission ist auch vermerkt worden, dass die Teilnahme der Auslandschweizer an dieser Abstimmung ziemlich stark in Erscheinung getreten ist, und es ist der Wunsch ausgesprochen

worden, die schweizerischen Konsulate im Auslande möchten jeweilen durch die Bundeskanzlei darüber unterrichtet werden, wie und wo die Auslandschweizer ihr Stimmrecht ausüben können.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

La proposition de la commission est adoptée par assis et levé.

An den Ständerat - Au Conseil des Etats.

- - -

67/3276 - Interpellation Moser-Thalwil. Krise in der Seidenindustrie. - Crise de la soirie.

× 67. (3276) Moser-Thalwil, vom 7. Juni 1935.

1. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um die einst blühende Seidenindustrie besser zu schützen und speziell auch die Veredlung der Stoffe mehr dem schweizerischen Arbeitsmarkte zu erhalten?
2. Wie gedenkt der Bundesrat, die z. T. auf einen unerträglichen Tiefstand gesunkenen Löhne und Verdienstverhältnisse der Arbeiterschaft der Seidenindustrie und anderer Fabrikindustrien im Sinne der Schaffung ausreichender und würdiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beeinflussen?

Die Interpellation wird unterstützt von den Herren:

Briner, Canova, Eymann, Farbstein, Fenk, Flisch, Frank, Furrer, Gasser, Golay, Graber, Hardegger, Hauser, Höppli, Junod, Kägi, Killer, Muri, Oprecht, Perrin, Pfister-Winterthur, Reinhard, Schmid-Solothurn, Schmidlin, Weber-Kempton, Welti. (26)

× 67. (3276) Moser-Thalwil, du 7 juin 1935.

- 1° Quelles mesures le Conseil fédéral compte-t-il prendre pour assurer une meilleure protection à l'industrie jadis florissante de la soie, notamment pour que le travail de perfectionnement s'exécute davantage en Suisse?
- 2° Comment le Conseil fédéral se propose-t-il d'améliorer les conditions de salaire et de travail de l'industrie de la soie et d'autres activités industrielles pour relever la situation des ouvriers, obligés de se contenter d'un gain absolument insuffisant?

La demande d'interpellation est appuyée par MM.:

Briner, Canova, Eymann, Farbstein, Fenk, Flisch, Frank, Furrer, Gasser, Golay, Graber, Hardegger, Hauser, Höppli, Junod, Kägi, Killer, Muri, Oprecht, Perrin, Pfister-Winterthur, Reinhard, Schmid-Soleure, Schmidlin, Weber-Kempton, Welti. (26)

M o s e r - T h a l w i l: Ich habe Ihnen am 7. Juni 1935 folgende Interpellation eingereicht: (s. oben).

Die Krise in all ihren Auswirkungen hat der schweizerischen Seidenindustrie zugesetzt und gefährdet ihren Bestand wie kaum den einer andern Industriegruppe. Die Verhältnisse haben sich so entwickelt, dass es zum Aufsehen mahnt und dass ich im Interesse der zahlreichen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Zukunft ungewiss ist, hier sprechen möchte und den Bundesrat, speziell aber den Chef des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, Herrn Bundesrat Obrecht, um Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen und um vermehrte Schutzgewährung, bitte.

Die Seidenindustrie war seit Jahrhunderten ein wertvoller Zweig der Schweiz. Volkswirtschaft. Noch im Jahre 1928 war sie mit einem Exportwert an Seidenstoffen von 190 Millionen Franken an dritter Stelle der exportierenden Industrien. Nur die Uhrenindustrie mit 300,4 Millionen Franken und die Maschinenindustrie mit 255 Millionen Fr. übertrafen sie an wertmässiger Bedeutung. Bei einem Gesamtausfuhrwert von 2134 Millionen Fr. entfielen auf die Seidenindustrie somit fast 10 %.

Im gleichen Jahre waren in 169 Fabriken noch 25908 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt und dazu einige tausend Angestellte. Seither sind bald 6 Krisenjahre über uns ergangen. Die Ausfuhr an seidenen, kunstseidenen und Mischgeweben ging damit von Jahr zu Jahr zurück. Wertmässig auf

Fr. 107,211,000	im Jahre 1913
" 135,861,000	im Jahre 1930
" 89,257,000	im Jahre 1931
" 28,120,000	im Jahre 1932
" 20,746,000	im Jahre 1933
" 16,508,000	im Jahre 1934

Die Schrumpfung des Exporthandels ist also eine ganz ausserordentliche. Von Jahr zu Jahr türmten sich die Schwierigkeiten, die dem Absatz unserer guten Schweizer Seidenstoffe im Auslande entgegenstanden. Es ist dabei ein schlechter Trost, dass auch andere sog. "Seidenländer" wie z.B. Frankreich stark betroffen werden.

Auf die verschiedenen Ursachen dieses Rückganges einzutreten, ist hier nicht der Ort. Mir scheint es eine Pflicht zu sein, hier auf diese Zustände hinzuweisen und zu verlangen, dass seitens unserer Bundesbehörden alles getan wird, um die Industrie zu geschlossenem Vorgehen aufzurufen (auch wenn die freie Konkurrenz, die sich heute oft schädlich auswirkt, etwas eingeschränkt wird). Auch die Seidenindustrie ist heute schutzbedürftig. Jahrzehntlang profitierte sie vom Freihandel. Ums Jahr 1900 versetzte ihr dann die stark einsetzende Schutzzollpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika den ersten grossen Schlag. Doch

die Welt war damals noch weit und es gelang, neue Absatzgebiete zu erschliessen und sogar die Industrie weiter zu entwickeln. Das ist heute anders geworden. Starke Schutzzölle, Einfuhrkontingentierungen, Devisenschwierigkeiten usw. hemmen den Handel und jedes Land gewährt den eigenen nationalen Industrien alle möglichen Förderungen und Vorteile. Das Resultat all dieser Massnahmen und Schwierigkeiten geben uns die Exportzahlen.

Aber noch deutlicher sprechen die Zahlen der beschäftigten Arbeiter. Von 26,000 im Jahre 1928 stehen heute in der Seidenstoffweberei noch ca. 4,000 und in der Seidenhilfsindustrie noch 1,800! Und auch diese sind nicht alle vollbeschäftigt und müssen noch die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen.

Aeusserst interessant und aufschlussreich sind aber auch die Zahlen, die über den Import von Seidenstoffen Aufschluss geben. Ich zitiere hier nach dem Jahresbericht der zürcherischen Seidenindustriengesellschaft für das Jahr 1934:

"Ueber die Einfuhr gibt die Handelsstatistik folgende Auskunft:

1913	2,400 q im Wert von 11,382,000 Fr.
1930	8,997 q im Wert von 38,964,000 Fr.
1931	10,247 q im Wert von 35,422,000 Fr.
1932	7,743 q im Wert von 19,551,000 Fr.
1933	5,377 q im Wert von 11,559,000 Fr.
1934	5,167 q im Wert von 10,638,000 Fr.

Die Einfuhrmenge ist gegenüber 1933 noch etwas gesunken, im Verhältnis zum Rekordjahr 1931 dagegen, das stets noch als Grundlage für die Kontingentierungsbemessung dient, um etwa 40 % zurückgegangen; sie ist immer noch mehr als doppelt so gross als in den Vorkriegszeiten. Die Schweiz gehört denn auch nach wie vor zu den aufnahmefähigsten und begehrtesten Absatzgebieten für Seidengewebe und es gibt trotz den Einfuhrbeschränkungen kein Land, das, im Besitze einer eigenen, leistungsfähigen Industrie, im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine so grosse Menge ausländischer Waren kauft. Wird auch berücksichtigt, dass unter den aus dem Ausland bezogenen Geweben Ware enthalten ist,

in der Schweiz nicht angefertigt wird, oder die, wie etwa die Wollstoffe mit Seiden- oder Kunstseideneffekten, nicht zum eigentlichen Produktionsbereich der Seidenweberei gehört, so bleibt dennoch die Tatsache bestehen, dass im Wesentlichen aus Preisgründen von auswärts mehrere Millionen Meter Seiden- und Kunstseidengewebe bezogen werden, die im Lande selbst erhältlich wären.

Nun noch ein Blick auf die Entwicklung der Dinge in der Seidenhilfsindustrie. Dem Berichte der Basler Handelskammer pro 1934 entnehmen wir folgendes:

An Schweizerware wurde im Ausland ausgerüstet:

Seiden- und Kunstseidengewebe
Zollposit. 447 bl-b5

1929	66,000 kg
1930	80,000 kg
1931	123,000 kg
1932	142,000 kg
1933	246,000 kg
1934	349,000 kg

Also in 6 Jahren eine Abwanderung schweizerischer Arbeit ins Ausland um das Sechsfache.

Umgekehrt geht die von jeher wichtige Ausrüstung ausländischer Ware in der Schweiz zurück. 1929 waren es 626,000 Kg., 1930 775,000, 1931 913,000, 1932 516,000, 1933 454,000, 1934 449,000. Dieser Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten äussert sich in der Zahl der Beschäftigten und den Gesamtlohnsummen, wie folgt: 1929 waren in der Seidenhilfsindustrie der Schweiz 4849 Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Die Gesamtlohnsumme betrug 16 Millionen. 1934 waren es noch 1819 Arbeiter und Angestellte mit einer Gesamtlohnsumme von 6,125,000 Fr. Also auch da eine Abschmelzung auf ca. 1/3 des vorherigen Bestandes.

Namhafte Arbeitsmöglichkeiten sind uns hier an das Ausland verloren gegangen, während im Ausland die Ausrüstindustrie

staatliche Förderung erfährt, sei es direkt oder indirekt, so wird für uns im genannten Berichte der Basler Handelskammer festgestellt:

"Die Ausrüstindustrie konnte bis jetzt gegen diese Abwanderung der Arbeit keinerlei staatlichen Schutz erhalten." Und weiter: "Es darf nicht vergessen werden, dass in unserer Industrie in der Mehrzahl männliche Arbeitskräfte beschäftigt sind und dass deren Erwerb in der Hauptsache Familien zukommt. Die Betriebseinschränkungen und Entlassungen hätten wesentlich gemildert werden können, wenn die Aufträge für den Inlandkonsum statt ins Ausland zu wandern, bei uns ausgerüstet worden wären.

Wie in der Seidenweberei, so haben auch hier in den letzten Jahren eine Reihe Betriebe ihre Tore geschlossen. Alte, stolze, einst mächtige Firmen sind verschwunden. Andere haben ihre Betriebe reduziert. Statt 1000, 1200 und mehr Arbeiter sind heute noch 200 - 300, die beschäftigt werden. Soll sich dieses Sterben unserer Industrie fortsetzen? Darf man es an zuständiger Stelle verantworten, nur zuzuschauen und die arbeitslos Gewordenen ihrem Schicksal überlassen? Muss der letzte Rest zusammenbrechen, bis man zu schützenden Massnahmen greift? Wir sind der Auffassung: Nein! Die Hindernisse müssen überwunden werden und zwar rasch. Es ist höchste Zeit, wenn es nicht überhaupt zu spät sein soll.

Die Situation ist ausserordentlich, nicht nur vom Standpunkt des Arbeitsmarktes und der Arbeitsbeschaffung aus. Sie ist es auch in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Löhne waren nie besonders gute, auch in den besten Zeiten nicht. Einige gute Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

In der Krise ist das erst recht schlimmer geworden. Was lag da für die Fabrikanten näher als der Lohnabbau. Unzählige Male wurden die Löhne abgebaut - generell - gruppenweise - oder einzelne Lohnansätze. Heute werden für vielfach strengere und exaktere Arbeit als früher, noch Löhne von 40, 50, 80 Rappen pro Stunde

bezahlt. Zahltag von 40 Fr. und darunter für 2 Wochen sind keine Seltenheit. Es ist nicht mehr zum Leben und doch zuviel zum Sterben. Grosse Not und Entbehrung herrscht bei vielen fleissigen Arbeiterinnen und Arbeitern. Dazu wurden die Ferientage und andere soziale Errungenschaften abgebaut. Kurz, die Arbeiterschaft in der einst so reichen Seidenindustrie hat in der Krise durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau schwarze, magere Jahre hinter sich. Wegen der Drohung mit Kündigung und Entlassung konnte sich auch der verbliebene Teil der Arbeiterschaft gegen diese Verschlechterungen nicht wehren.

In der Arbeiterschaft herrscht eine böse Stimmung. Schliesslich muss man eben der Industrie den Vorwurf machen, dass sie zu lange der Gefahr nicht entschlossen zu begegnen suchte. Man hoffte dort aus egoistischen Gründen immer, dass es ja nur die andern wegwischen werde und man nachher mit weniger Konkurrenz um so besser da stehe. Das Resultat haben wir, indem auch grösste und älteste Firmen ganz ausserordentlich in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Der Bundesrat seinerseits hat ebenfalls nur wenig oder nichts getan. So war die Handhabung der produktiven Arbeitslosenfürsorge derart, dass sie der Textilindustrie bis in die letzten Monate fast nichts helfen konnte. Auch die Einfuhrkontingentierung könnte mehr den Interessen der Arbeitserhaltung und Arbeitsbeschaffung angepasst werden. Wenn die Not da ist und die Gefahr für die Erhaltung einer bedeutsamen Industrie so gross, muss auch bei der Aenderung der Handelsverträge mit allem Nachdruck die Wahrung unserer Interessen verlangt werden. Der Inlandsmarkt darf nicht länger in solchem Uebermass der japanischen, italienischen, deutschen und französischen Schleuderkonkurrenz überlassen werden, eine Schleuderkonkurrenz, die nicht nur begründet ist in den billigeren Produktionsverhältnissen dieser Länder, sondern auch auf Preisen basiert, die zum Ruin der dortigen Industrie führen, wie wir sehr oft aus Mitteilungen in unserer Handelspresse entnehmen können.

Die schweizerische Seidenindustrie ist leistungsfähig, aber

man darf sie nicht länger so preisgeben, wie es bisher der Fall war. Das glauben wir im Interesse der Industrie und der Arbeiterschaft verlangen zu müssen und zu dürfen. Dies um so mehr, als sich die Verhältnisse im laufenden Jahr trotz des Tiefstandes von 1934 zum Teil weiter verschlimmert haben.

Ich möchte nicht schliessen, ohne noch darauf hinzuweisen, dass auch andere Zweige der Textilindustrie sich in einer Notlage befinden und dass auch dort nur geholfen werden kann, wenn sorgsam und in die Zukunft schauend, auf die Lebensinteressen dieser Zweige unserer Industrie Rücksicht genommen wird. Nur dann werden wir davor bewahrt, dass von unserer grossen, schönen und leistungsfähigen Textilindustrie nur noch ganz kleine Bestandteile übrig bleiben, und anderseits die Zahl der unglücklichen Arbeitslosen sich nicht noch weiter vermehrt. Deshalb möchten wir den Bundesrat bitten, bei allen Massnahmen in der Arbeitslosenfürsorge, wie auch in der Handelspolitik in Zukunft in vermehrtem Masse auf die Interessen der Industrie und damit aber auch der darin beschäftigten Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen.

Bundesrat O b r e c h t : Herr Nationalrat Moser führt uns mit seiner Interpellation auf das wenig erfreuliche Gebiet unserer Exportindustrie. Ich will Ihnen einen Passus aus der Botschaft zu dem in Aussicht gestellten Bundesbeschluss zum Schutz der Wirtschaft vorlesen, der eine summarische Uebersicht, ein konzentriertes Bild gibt, was im Verlauf der letzten 5 Jahre aus unserer Exportindustrie geworden ist. Die Maschinenindustrie zählt 900 Arbeitslose; ihre Ausfuhr ist von 200 auf 100 Millionen zurückgegangen. Der Uhrenexport ist wertmässig auf einen Drittel gesunken, die Stickereiindustrie sogar auf einen Siebentel; sechs Siebentel sind verloren gegangen. Die Seidenindustrie stellt von dem, was sie einst war, noch einen Viertel dar; ihr Export ist von 200 Millionen pro Jahr auf 16,5 Millionen Fr. gesunken, also auf weniger als 10 %. Sogar in der Schweiz selbst wird sie von der ausländischen Seidenindustrie hart bedrängt. War die Seidenindustrie einst eine blühende Exportindustrie, so ist sie heute

eine jämmerlich zusammengeschrumpfte Industrie geworden. Wenn der Export bloss noch 16,5 Millionen ausgemacht hat gegenüber 200 Millionen in guten Jahren, so zeigt sich hier ein trübes Bild von der Zusammenschrumpfung dieser einst blühenden Seidenindustrie, Die rückläufige Bewegung setzte eigentlich schon zu Anfang der Nachkriegszeit ein, sie begann mit der Seidenfabrikation und deren Hilfszweigen und griff dann allmählich über auf die Spinnerei und die Stoffweberei. Gleichzeitig hat sich die Kunstseidefabrikation entwickelt, und seit einigen Jahren ist eine Rückbildung auf allen Gebieten in die Wege geleitet worden. Mit Einschluss der Kunstseidefabrikation zählte die Seidenindustrie im Jahre 1923 200 Betriebe, im Jahre 1929 noch 186 und im Jahre 1934 bloss noch 126. Die Zahl der Arbeiter betrug im Jahre 1923 29,400, sie ist sogar noch gestiegen, sie betrug 1929 32.100. Das ist zurückzuführen auf die Entstehung der grossen Werke für die Kunstseide; aber im Jahre 1934 sind nur noch 14.500 Arbeiter in der Seidenindustrie beschäftigt und auch diese zu einem grossen Teil als Kurzarbeiter. Vor Eintritt der Krise umfasste die Ausfuhr bei der Seidenindustrie etwa vier Fünftel der gesamten Produktion; ein Fünftel blieb im Lande. Der Export von Seidenstoffen erreichte im Jahre 1934 nur noch 26 % der durchschnittlichen Ausfuhr von 1921 bis 1931. Der Inlandsmarkt, der nun den grössten Teil der Produktion aufnehmen muss, war bis 1934 noch in beachtenswertem Umfange aufnahmefähig, aber seither hat auch er spürbar nachgelassen. Nach den Erhebungen des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit über den Beschäftigungsgrad waren zu Beginn dieses Jahres rund drei Fünftel der Betriebe der Seidenindustrie schlecht beschäftigt. Die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter hat stark abgenommen, sie beträgt nach den genannten Erhebungen gegenwärtig nur noch 40 % derjenigen von 1928. Dazu kommt noch die ausgedehnte Kurzarbeit, die in rund einem Drittel der Betriebe vorhanden ist.

Welches waren die Ursachen dieses Niederganges? Diese Ursachen sind mannigfaltiger Natur. An erster Stelle stehen schon vor der jetzigen Krise die Zollmassnahmen des Auslandes, die zum Teil prohibitiven Charakter angenommen haben. Mit der gewaltigen Entwicklung der internationalen Kunstseidenfabrikation der Nachkriegszeit fasste die Seidenweberei, die immer mehr neben Naturseide auch die Kunstseide verwendet, in zahlreichen Ländern, wo sie vorher nicht vertreten war, festen Fuss. Auch die schweizerischen Seidenfirmen besitzen vielfach ausländische Filialbetriebe. Bei einigen Firmen hat sich das Schwergewicht geradezu nach dem Ausland verschoben. Das Aufkommen der gestrickten und gewirkten Bekleidungsstoffe hat der Seidenweberei ebenfalls Eintrag getan. Schweren Schaden brachte seit einigen Jahren auch die Konkurrenz aus Japan mit den viel billigeren Produkten, als unsere Seidenindustrie sie herstellen kann. Uebel mitgespielt hat der Seidenindustrie auch die Pfundabwertung, weil die Länder mit Pfundwährung zuvor gute Absatzgebiete für unsere Seidenindustrie gewesen waren.

Unter diesen Umständen ist leider nicht zu erwarten, dass die Stoffweberei, wie auch die Bandfabrikation, je wieder ihre frühere Bedeutung erreichen werden. Dies gilt von der fabrikmässigen Produktion sowohl wie von der Heimarbeit. Wir sind also mit dem Herrn Interpellanten darin einig, dass über unsere Seidenindustrie eine eigentliche Misere hereingebrochen ist. Wenn nun der Interpellant fragt, was wir zu tun gedenken, um diese notleidende Seidenindustrie zu erhalten, so gibt es zwei Massnahmen von effektiver Wirksamkeit. Die eine Gruppe bilden die handelspolitischen Massnahmen, die andere die Massnahmen der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Wir geben uns schon seit einiger Zeit Mühe, die Zollposition Seide von den internationalen Bindungen zu lösen, wir können aber natürlich über unsere Handelsverträge nicht hinwegspringen. Da, wo wir Handelsverträge haben, die noch in Rechtsgültigkeit sind, müssen wir sie respektieren. Wir verhandeln gerade mit Bezug auf die Seidenposition. Aber die Gegenpartei will uns die Freiheit des Seiden-

importes und der Zollgestaltung nicht geben. Da kommen wir immer vor die kritische Frage: Sollen wir wegen der Seidenposition den Handelsvertrag kündigen? Das ist immer eine schwierig zu entscheidende Frage. Wir können es wohl zum Bruch, zum Aeussersten kommen lassen, wenn der Gegenpartner unseren Gedanken nicht Folge leisten will, wenn er uns behaften will auf noch bestehende Bindungen hinsichtlich der Zölle oder der Gestaltung der Einfuhrbeschränkungen; aber wenn wir es auf das Ganze ankommen lassen, so wird er unter Umständen Gegenbegehren stellen, die andere Wirtschaftszweige betreffen und dann kommt man eben zu keinem Schluss. Es ist namentlich Italien, gegenüber dem wir mit bezug auf die Zollposition Seide gebundene Hände haben. Wir hatten gehofft, dass die im Frühjahr gepflogenen Unterhandlungen zu einer Lockerung dieser Bindung führen würden. Das ist leider nicht eingetreten. Italien hat sich geweigert, uns von dieser Bindung auf den Seide-Zollpositionen zu befreien. Die Verhandlungen sind eigentlich immer noch pendent. Wir stehen im Stadium der Verhandlungen gegenüber Italien, sodass ich nach dieser Richtung dem Interpellanten noch keine positiven Resultate geben kann. Aber wir werden nicht nachlassen, bis wir uns auch hier wieder freie Hand gesichert haben, damit wir die Zölle auf der Seideneinfuhr erhöhen oder Einfuhrbeschränkungen so handhaben können, dass grosso modo der immer noch bedeutende inländische Markt unserer Seidenindustrie erhalten bleibt, nachdem der Export der Seide dermassen zurückgegangen ist. Deswegen werden wir unbedingt darauf halten, dass wenigstens der inländische Bedarf unserer eigenen notleidenden Seidenindustrie erhalten bleibt. Hier kann ich also dem Interpellanten mit aller Bestimmtheit die Zusicherung geben, dass es uns dabei ernst ist, und dass wir es uns viel kosten lassen, um hier die handelspolitischen Massnahmen treffen zu können, die zur Aufrechterhaltung der Seidenindustrie notwendig scheinen, soweit diese heute überhaupt noch besteht.

Dann aber kommt das zweite Mittel: die produktive Arbeitslosenfürsorge. Sie haben einer Vorlage zugestimmt, die uns weitere 8 Millionen für diese produktive Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung stellt. Die Arbeitgeber haben am Anfang die produktive Arbeitslosenfürsorge mit etwas scheelen Augen aufgenommen, weil sie auf dem an und für sich respektablen Standpunkt standen, sie wollten vom Staate keine finanzielle Hilfe. Aber die weitere Entwicklung hat dann diese Exportindustriellen so ziemlich auf der ganzen Linie dazu gezwungen, dieses Mittel in ihren Dienst zu ziehen. Es ist mir eigentlich nicht bekannt, warum wir so lange zuwarteten, bis auch die Seidenindustrie in die Wohltat der produktiven Arbeitslosenfürsorge einbezogen wurde. Zur Zeit, als ich mein Amt antrat, ist die Seidenindustrie noch nicht darin inbegriffen gewesen; die Verhandlungen darüber wurden dann aber sofort aufgenommen, die Sache ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber soweit gediehen, dass jedenfalls in nächster Zeit der Beschluss fallen wird, wonach die Seidenindustrie der produktiven Arbeitslosenfürsorge auch teilhaftig werden kann. So wird den Seidenindustriellen genau wie den Maschinenindustriellen die Möglichkeit gegeben sein, gegenüber den Unterbietungen der Seidenindustrie anderer Länder, die mit billigeren Arbeitslöhnen produzieren können, einigermaßen standzuhalten. Das wird eine gewisse Belebung in bezug auf den Seidenexport bringen, und ich verspreche mir von diesem Mittel auch eine wirksame Hilfe, die nicht nur erreichen soll, dass das jetzt noch Bestehende erhalten bleibt, sondern dass wieder eine gewisse Belebung in die Seidenindustrie hineingetragen wird. Ueberall haben wir das feststellen können, wo wir mit der produktiven Arbeitslosenfürsorge eingegriffen haben und beobachtet, dass der Export wieder einigermaßen erhöht werden konnte. Ich könnte Ihnen da ganz konkrete Beispiele vortragen.

Mit bezug auf die erste Frage möchte ich also dem Herrn Interpellanten antworten: Wir werden handelspolitisch nicht ruhen

und nicht rasten, bis wir so weit sind, dass wir der Seidenindustrie den Inlandsmarkt gesichert haben, und werden ihren Export durch Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu steigern versuchen.

Die zweite Frage betrifft die Löhne. Es ist ganz klar, dass, wenn eine Industrie derart heimgesucht wird, und zwar zur Hauptsache deshalb, weil die ausländische Konkurrenz mit billigeren Arbeitslöhnen arbeitet - das ist der Fall bei Italien, aber sogar auch bei Frankreich, von Japan überhaupt nicht zu reden - sie bei ihrem Bemühen, sich wenigstens teilweise den ausländischen Absatzmarkt zu sichern, dabei ungünstige Rückwirkungen auf die Löhne in den Kauf nehmen muss. Der Industrielle sucht sein Produkt auch fortwährend zu verbessern, und weil bei den Edelinindustrien der Lohnfaktor eine bedeutende Rolle spielt, kommen eben dann die Löhne auch an die Reihe. Das ist eine ganz natürliche Entwicklung. Dass die Löhne tatsächlich zurückgegangen sind, dafür habe ich den Ausweis; es sind uns Zahlen an die Hand gegeben worden von verschiedenen Zweigen der Seidenindustrie, von der Seidenstoffweberei, von der Seidenfärberei usw., aber wir haben nicht die Ermächtigung erhalten, diese Zahlen öffentlich bekannt zu geben; infolgedessen kann ich hier davon keinen Gebrauch machen. Daneben haben wir indessen noch die amtlichen Zahlen über die Löhne der verunfallten Arbeiter. Leider sind diese Löhne für die Seidenindustrie nicht ausgeschieden, sondern sie sind in der Gruppe Textilindustrie enthalten. Bei der Textilindustrie im ganzen haben wir - wenn wir das Jahr 1929 mit 100 % ansetzen - einen Rückgang der Löhne für gelernte Arbeiter auf 89 %, bei den ungelernten Arbeitern einen solchen auf 87 %, bei den Frauen einen Rückgang auf 88 %. Wie dieser Aufstellung entnommen werden kann, beträgt der Rückgang der durchschnittlichen Tagesverdienste in der Textilindustrie überhaupt von 1929 bis 1934 11 - 13 %. Das sind Zahlen, die sich aus der Lohnunfallstatistik der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern ergeben.

Wenn nun der Herr Interpellant fragt, was wir zu tun gedenken, damit diese Löhne nicht noch weiter sinken, damit sie nicht ins Bodenlose fallen, muss ich ihm sagen, dass das natürlich für den Chef des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes eine etwas dornige Frage ist. Denn ich habe keine Rechtsmittel, um die Herren Arbeitgeber zu zwingen, höhere Löhne zu zahlen, als sie glauben zahlen zu müssen und zu können. Es ist natürlich heute auch zu berücksichtigen, dass die Arbeitnehmer auch nachgiebiger sind als zu andern Zeiten; denn mancher Familienvater sagt sich: Ich will lieber zu 1 Fr. 20 gegenüber früher 1 Fr. 50 in der Stunde arbeiten, als gar nichts verdienen. Die Position der Arbeitnehmer ist in dieser Beziehung erheblich geschwächt. Hier stehen mir also keine rechtlichen Zwangsmittel zur Verfügung. Aber eines möchte ich dem Herrn Interpellanten erklären: das ist meine Bereitwilligkeit, mit den Arbeitgebern der Seidenindustrie in Verbindung zu treten und auf gütlichem Wege die Zusicherung zu erlangen suchen, dass sie die Situation gegenüber ihren Arbeitern nicht missbrauchen. Dass der Lohnabbau unvermeidlich ist, begreift jeder; aber es sollte bei einer Sachlage, wo die Position des Arbeitnehmers geschwächt ist, von der andern Seite doch jeder Missbrauch vermieden werden. Wenn ich in dieser Beziehung durch gütliches Zureden etwas erreichen kann, dann bin ich bereit, es zu tun. Der Herr Interpellant wird mir zwar sagen, das sei ein schwacher Trost; aber nutzlos sind Bemühungen in dieser Richtung nicht. Ich habe in meiner kurzen Amtstätigkeit die Erfahrung gemacht, dass wenn man offen und deutlich miteinander spricht und wenn man vom hohen Stuhl eines Bundesrates herab einen gewissen moralischen Druck ausübt, dann unglaublich viel zu erreichen ist. Die Widerstände werden auf diesem Wege oft leichter beseitigt als mit Zwangsmassnahmen. Wo der gute Wille auf der Gegenseite nicht da ist, wo sie Ausflüchte sucht, kann ein wohlgemeinter Zuspruch von amtlicher Stelle aus seinen Zweck und sein Ziel viel-

leicht doch noch erreichen. Deshalb möchte ich den Herrn Interpellanten bitten, diesen Trost, den ich ihm biete, diese moralische Hilfe, nicht als untauglich zu betrachten; aber ich muss zugeben: Es ist das einzige Mittel in meiner Hand.

M o s e r - Thalwil: Ich möchte erklären, dass ich von der Antwort auf Punkt 1 befriedigt bin und hoffe, dass die Schritte des Bundesrates zu einer besseren Lösung für die Seidenindustrie führen. Was Ziffer 2 anbelangt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, bin ich teilweise befriedigt. Ich kann sagen: Ich habe auch nicht viel anderes erwartet. Aber es lag mir daran, festzustellen, wie die Dinge sind und darauf hinzuweisen, dass hier eine Lücke besteht und dass der Arbeiter in derartigen Krisenzeiten eigentlich schutzlos der Ausbeutung überantwortet ist.

Die Interpellation wird abgeschrieben.

L'interpellation est classée.

- - - -

Schluss der Sitzung um 12 Uhr 45 Minuten.

Séance levée à 12 h. 45 minutes.

- - - -

NR 7. Sitzung vom 24.09.1935

CN 7. séance du 24.09.1935

In	Protokolle der Bundesversammlung
Dans	Procès-verbaux de l'Assemblée fédérale
In	Verbali dell'Assemblea federale
Jahr	1935
Année	
Anno	
Signatur	CH-BAR#E1301#1960/51#313
Cote	
Segnatura	
Session	Ordentliche Herbstsession (16.09.1935-28.09.1935)
Session	Session ordinaire d'automne (16.09.1935-28.09.1935)
Sessione	
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Datum	24.09.1935
Date	
Data	
Seite	140-239
Page	
Pagina	
Ref. No	100 001 921

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.